149. Sitzung

Dienstag, den 23. Juni 1953

Geschäftliche Mitteilungen	1561, 1594, 1620
Gedenkworte für die Opfer des Gewalt- systems im östlichen Deutschland	1561
Zur Tagesordnung	
Haas (SPD) (z. Geschäftsordnung)	1562
Antrag der Staatsregierung betr. vorgriffs- weise Bewilligung von Haushaltsmitteln für staatliche Hochbauten (Beilage 4197)	
Bericht des Haushaltsausschusses (Bei- lage 4232)	
von Feury (CSU), Berichterstatter	1562
Beschluß	1562
Schreiben des Staatsministeriums der Justiz betr. Aufhebung der Immunität des Abg. Thanbichler	
Bericht des Geschäftsordnungsausschusses (Beilage 4229)	
Elzer (BHE), Berichterstatter	1562
Beschluß	1563
Haushalt der Staatsforstverwaltung für das Rechnungsjahr 1953 (Epl. 09) und	
Haushalt des bayer. Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für das Rechnungsjahr 1953 (Epl. 08)	
Bericht des Haushaltsausschusses (Beilagen 4225 und 4230)	
Bachmann Georg (CSU), Berichterstatter	1563
Baumeister (CSU), Berichterstatter	1565
Dr. Schlögl, Staatsminister	1567
Die Beratung wird vertagt	1594
(Die Sitzung wird unterbrochen)	

Mündliche Anfragen gemäß § 44 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Vorgriffsweise Genehmigung von Mit- teln für Straßen- und Wasserbauten sowie Binnenentwässerung	
Helmerich (CSU)	1595
Zietsch, Staatsminister	1595
2. Vorkehrungen gegen die Wiederholung der Vorfälle anlässlich des Offenhaltens einiger Münchner Geschäfte am Sams- tagnachmittag	
Kiene (SPD)	1595
Dr. Geishöringer (BP)	1595
Dr. Hoegner, Staatsminister	1596
3. Betriebsprüfung der Firma Cerwyonka in Niederhatzkofen	
Reichl (BP)	1596
Zietsch, Staatsminister	1596
4. Bekämpfung des Dirnenunwesens in München	
Zehner (CSU)	1597
Dr. Koch, Staatssekretär	1597
5. Anerkennung von Unternehmerbeiträ- gen als Betriebsunkosten	
Drechsel (SPD)	1597
Zietsch, Staatsminister	1597
6. Freigabe der von der Besatzung be- schlagnahmten Hotels, Gasthäuser und Anlagen an den schönsten Seen und Plätzen	
Kurz (CSU)	1597
Dr. Seidel, Staatsminister	1598
7. Bereitstellung von Mitteln für Not- standsmaßnahmen	
Piper (SPD)	1598
Krehle, Staatssekretär	1598
8. Durchführung des Landtagsbeschlusses vom 29. 10. 1952 über die Erstattung privater Impfkosten anlässlich der Maul- und Klauenseuche	
Ernst (BP)	1599
Dr. Hoegner, Staatsminister	1599
9. Mitentscheidung der Elternbeiräte an den höheren Schulen bei strafweiser Entlassung von Schülern.	
Bauer (Hanns Heinz) (SPD)	1599, 1600
Dr. Schwalber, Staatsminister	1600
10. Wiederaufnahme des Spruchkammer- verfahrens gegen den ehem. General- oberst Jodl (Abg. Dr. Sturm [BP], 144. Sitzung S. 1344)	
Dr. Sturm (BP)	1600
Dr. Koch, Staatssekretär	1600
11. Kurzfristige Auflösung des Heimatver- triebenenlagers Bernreuth/Opf.	
Dr. Strosche (BHE)	1600
Dr. Oberländer, Staatssekretär	1601

12. Denkschrift des Stadtrats München zur Frage des Finanzausgleichs zwischen Staat und Gemeinden			Einwendungen des Senats gegen das Gesetz über Röntgenreihenuntersuchungen (Anlagen 368, 370)	
Dr. Brücher (FDP)	1601		Bericht des sozialpolitischen Ausschusses (Beilage 4053) und des Rechts- und Verfassungsausschusses (Beilage 4110)	
Zietsch, Staatsminister	1601		Loos (SPD), Berichterstatter	1607
13. Durchführung der Landtagsbeschlüsse vom 18. 12. 1952 und vom 16. 4. 1953 auf Erhöhung der Unterhaltszuschüsse und der Vergütungen für Beschäftigungsaufträge			Weishäupl (SPD), Berichterstatter	1609
Dr. Schubert (CSU)	1601		Dr. Franke (SPD)	1609
Zietsch, Staatsminister	1602		Abstimmung	1609
14. Unterbewertung der Reifeprüfung an der Oberschule in Kurzform			Antrag der Abg. von Knoeringen, Dr. Seitz und Fraktion und Dr. Soening betr. Gesetz über die Schaffung eines Landesgesundheitsrates (Beilage 1745)	
Pittroff (SPD)	1602		Bericht des sozialpolitischen Ausschusses und des Rechts- und Verfassungsausschusses (Beilage 4133)	
Dr. Schwalber, Staatsminister	1602		Erste Lesung —	
15. Kreditabwicklung im Konkurs der Erwin-Schnittert-Werke Kulmbach (Abgeordneter Roßmann [BP], 48. Sitzung S. 570)			Strenkert (CSU), Berichterstatter	1610
Roßmann (BP)	1602		Weishäupl (SPD), Berichterstatter	1610
Zietsch, Staatsminister	1602		Weishäupl (SPD)	1610
16. Zulassung der Chemiestudierenden an der Hochschule in Bamberg zum Diplomhauptexamen			Abstimmung	1611
Mittich (BHE)	1603		Zweite Lesung —	
Dr. Schwalber, Staatsminister	1603		Dr. Lippert (BP)	1611
17. Durchführungsverordnung zum Berufsschulgesetz			Stöhr (SPD)	1611
Dr. Keller (BHE)	1603		Abstimmung	1612
Dr. Schwalber, Staatsminister	1604		Antrag der Abg. Helmerich und Genossen betr. Aufhebung des § 64 Abs. 2 letzter Satz der Straßenverkehrszulassungsordnung (Beilage 3647)	
Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Steuergutscheine (2. Steuergutscheinänderungsgesetz) — Beilage 4208			Bericht des Wirtschafts- und Verkehrsausschusses (Beilage 4226)	
Bericht des Haushaltsausschusses (Beilage 4231) und des Rechts- und Verfassungsausschusses (Beilage 4233)			Lindig (SPD), Berichterstatter	1612
Ortloph (CSU), Berichterstatter	1604		Beschluß	1612
Dr. Sturm (BP), Berichterstatter	1604		Antrag des Abg. Dr. Sturm betr. Neuzulassung von privaten Omnibusunternehmen (Beilage 4058)	
Abstimmung	1604		Bericht des Wirtschafts- und Verkehrsausschusses (Beilage 4227)	
Antrag der Abg. Dr. Baumgartner, Knott und Fraktion, Bezold und Fraktion betr. Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Behebung von Frostschäden an den Landstraßen I. Ordnung (Beilage 3970)			Ospald (SPD), Berichterstatter	1612
Bericht des Haushaltsausschusses (Beilage 4071)			Dr. Sturm (BP)	1614
Beier (SPD), Berichterstatter	1605		Stain (BHE)	1614
Beschluß	1605		Beschluß	1615
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das öffentliche Versicherungswesen (Beilage 3987)			Antrag der Abg. Drechsel, Bachmann Wilhelm und Genossen, Dr. Geishöringer und Dr. Schweiger, Mittich und Luft betr. vorübergehende Sperre von Straßen für Schwerlastkraftwagen (Beilage 4151)	
Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses (Beilage 4131)			Bericht des Wirtschafts- und Verkehrsausschusses (Beilage 4151)	
Zillibiller (CSU), Berichterstatter	1605		Pösl (CSU), Berichterstatter	1615
Abstimmung	1606		Beschluß	1615
			Antrag des Abg. Dr. Keller betr. Hilfsmaßnahmen für die durch eine Unwetterkatastrophe betroffenen Gebiete des Spessarts (Beilage 4149) und	

Antrag des Abg. Kraus betr. **Hilfsmaßnahmen für die durch eine Unwetterkatastrophe betroffenen Gebiete des Landkreises Marktheidenfeld** (Beilage 4163)

Bericht des Landwirtschaftsausschusses (Beilage 4222)

Hettrich (CSU), Berichterstatter . . . 1616

Beschluß 1616

Antrag des Abg. Haas betr. **Verbleib der staatlichen Hufbeschlagschule in Nürnberg** (Beilage 3805)

Bericht des Landwirtschaftsausschusses (Beilage 4107)

Falk (FDP), Berichterstatter . . . 1616

Haas (SPD) 1616

Dr. Schönecker (BP) 1617

Dr. Eberhardt (FDP) 1618

Mack (CSU) 1618

Schmid (CSU) 1619

Namentliche Abstimmung 1619

Ergebnis der namentlichen Abstimmung 1620

Antrag der Abg. Donsberger, Dr. Fischer und Dr. Schubert betr. **Einbeziehung der Lehrer höherer Schulen in den unter § 6 des Dritten Besoldungsänderungsgesetzes fallenden Personenkreis** (Beilage 4120)

Bericht des Besoldungsausschusses (Beilage 4220)

Walch (SPD), Berichterstatter . . . 1619

Beschluß 1620

Antrag der Abg. Dr. Fischer, Donsberger und Ortloff betr. **Verbesserung der Besoldung der Richter und Staatsanwälte** (Beilage 4145)

Bericht des Besoldungsausschusses (Beilage 4221)

Dr. Eberhardt (FDP), Berichterstatter 1620

Beschluß 1620

Nächste Sitzung 1620

Präsident Dr. Dr. Hundhammer eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 1 Minute.

Präsident Dr. Hundhammer: Ich eröffne die 149. Vollsitzung des Bayerischen Landtags.

Der Schriftführer gibt das Verzeichnis der vorliegenden Entschuldigungen bekannt.

Gräßler, Schriftführer: Nach Artikel 5 Absatz 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt oder beurlaubt die Abgeordneten Dr. Baumgartner, Eberhard, von und zu Franckenstein, Günzl, Hagen Georg, Dr. Jüngling, von Rudolph, Wolf Franz und Dr. Zdralek.

Präsident Dr. Hundhammer: Der Herr Ministerpräsident teilt dem Landtag mit, daß er sich auf eine vierwöchige Reise nach Nordamerika begeben habe. Diese Mitteilung erfolgt sowohl in seiner

Eigenschaft als Mitglied des Hohen Hauses wie als Ministerpräsident. Er hat um Urlaub für diese Periode gebeten. — Das Hohe Haus nimmt hiervon Kenntnis.

Der Herr Abgeordnete Stock hat Urlaub erbeten bis einschließlich 11. Juli. Der Herr Abgeordnete Dr. Eberhardt bittet um Urlaub für den Monat Juli. Ich schlage vor, den Urlaub wie beantragt zu genehmigen. — Das Hohe Haus ist damit einverstanden.

Meine Damen und Herren, vor Eintritt in die Tagesordnung bitte ich Sie, mit mir **der Toten zu gedenken**, die in den letzten Tagen **im östlichen Teil Deutschlands** im Protest gegen das unmenschliche, kommunistische Gewalt- und Unterdrückungssystem und im Bekenntnis zur Freiheit des Menschen ihr Leben lassen mußten.

(Die Abgeordneten erheben sich)

Mit diesen Opfern gemeinsam gedenken wir der vielen Tausende, die in Ostdeutschland, aber auch in anderen vom gleichen Gewaltssystem beherrschten Ländern gequält und unterdrückt in Gefangenschaft, in Gefängnissen und Konzentrationslagern schmachten. Möge die freie Welt alles tun, um der Menschenwürde überall Geltung zu schaffen!

Sie haben sich zum Gedenken der Toten von den Plätzen erhoben; ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren! Wir treten in die Tagesordnung ein.

Zunächst ist bekanntzugeben, daß auf Grund der Veränderungen in den Fraktionsstärken sich teilweise Um- und Neubesetzungen in den Ausschüssen als notwendig erwiesen haben. Die Fraktion der CSU teilt mit, daß aus folgenden Ausschüssen die genannten Abgeordneten ausscheiden: aus dem Haushaltsausschuß der Herr Abgeordnete Elsen, aus dem Rechts- und Verfassungsausschuß der Herr Abgeordnete Lutz, aus dem kulturpolitischen Ausschuß der Herr Abgeordnete Euerl, aus dem Ausschuß für Vertriebenenangelegenheiten der Herr Abgeordnete Sterzer, aus dem Eingaben- und Beschwerdenausschuß der Herr Abgeordnete Kurz.

Die Fraktion der Bayernpartei teilt mit, daß neu eintreten: in den Haushaltsausschuß der Herr Abgeordnete Dr. Lacherbauer, in den Rechts- und Verfassungsausschuß der Herr Abgeordnete Dr. Sturm, in den kulturpolitischen Ausschuß der Herr Abgeordnete Knott, in den Ausschuß für Angelegenheiten der Heimatvertriebenen der Herr Abgeordnete Gärtner, in den Eingaben- und Beschwerdenausschuß der Herr Abgeordnete Strohmayer.

Die Fraktion der CSU teilt ferner mit, daß in den Geschäftsordnungsausschuß an Stelle des Herrn Abgeordneten Dr. Lacherbauer der Herr Abgeordnete Junker benannt wird. Der Herr Abgeordnete Junker scheidet dafür aus dem Besoldungsausschuß aus, in dem an seine Stelle der Herr Abgeordnete Kurz tritt.

Die Fraktion der Bayernpartei teilt mit, daß der Herr Abgeordnete Dr. Schönecker aus dem Zwi-

(Präsident Dr. Hundhammer)

schausschuß ausscheidet und an seiner Stelle der Herr Abgeordnete Klotz benannt wird. Der Herr Abgeordnete Sturm scheidet aus dem Besoldungsausschuß aus. Als neues Mitglied wird dafür der Herr Abgeordnete Bantele benannt. — Das Hohe Haus nimmt hiervon Kenntnis.

Seit der letzten Plenarsitzung sind folgende Regierungsvorlagen eingelaufen:

1. Der Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Steuergutscheine (zweites Steuergutscheinänderungsgesetz). — Die Angelegenheit steht heute als Ziffer 5 bereits auf der Tagesordnung.
2. Der Entwurf eines Gesetzes über die öffentliche Bestellung und die allgemeine Beerdigung von Dolmetschern und Übersetzern. — Der Entwurf wird im Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen vorberaten.

Nach einer Mitteilung des Herrn Präsidenten des Bayerischen Senats hat der Senat gegen das Gesetz über die Gewährung von Pflegegeld an Zivilblinde keine Erinnerung erhoben. Dagegen wurden Einwendungen erhoben gegen das Gesetz zur Ausführung des Bundesgesetzes über das landwirtschaftliche Pachtwesen (Landpachtgesetz). — Mit den Einwendungen befaßt sich zunächst der Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft und dann der Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen.

Ferner wurden Einwendungen erhoben gegen die Bezirksordnung für den Freistaat Bayern. — Mit dieser Materie befaßt sich der Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen. —

In der Tagesordnung erweist sich eine Umstellung als notwendig, weil am heutigen Vormittag der Ministerrat tagt. Deshalb wird die Fragestunde auf den Nachmittag verlegt. Ebenso dürfte es notwendig sein, die Ziffer 2, die Interpellation der Abgeordneten Bezold, Dr. Brücher und Fraktion, auf den Nachmittag zu verschieben.

(Abg. Bezold: Oder morgen früh!)

— Darüber kann mit dem zuständigen Staatsminister noch eine Absprache getroffen werden.

(Abg. Haas: Zur Geschäftsordnung!)

— Zur Geschäftsordnung erbittet das Wort der Herr Abgeordnete Haas.

Haas (SPD): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Auftrag des Haushaltsausschusses habe ich dem Hohen Haus eine Bitte vorzutragen. Unter Ziffer 6 der Tagesordnung befindet sich der Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Antrag der Staatsregierung betreffend vorgriffsweise Bewilligung von Haushaltsmitteln für staatliche Hochbauten. Da es bei diesem Antrag auf Tage ankommt, war der Haushaltsausschuß der Auffassung, das Hohe Haus solle gebeten werden, diesen Punkt als ersten zu behandeln. Ich bitte das Hohe Haus darum, damit nicht durch eine Verzögerung ein Schaden für den bayerischen Staat eintritt.

Präsident Dr. Hundhammer: Erhebt sich gegen diesen Vorschlag eine Erinnerung? — Das ist nicht der Fall. Dann wird dem Antrag stattgegeben.

Ich rufe also auf die Ziffer 6 der Tagesordnung:

Antrag der Staatsregierung betreffend vorgriffsweise Bewilligung von Haushaltsmitteln für staatliche Hochbauten (Beilage 4197).

Ich erteile das Wort als Berichterstatter über die Beratungen des Ausschusses für den Staatshaushalt (Beilage 4232) dem Herrn Abgeordneten von Feury.

von Feury (CSU), Berichterstatter: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Der Ausschuß für den Staatshaushalt hat sich in seiner 202. Sitzung am 18. Juni 1953 mit dem Antrag der Staatsregierung betreffend vorgriffsweise Bewilligung von Haushaltsmitteln für staatliche Hochbauten (Beilage 4197) befaßt. Berichterstatter war der Abgeordnete von Feury, Mitberichterstatter der Herr Abgeordnete Haas.

Der Vorgriff umfaßt insgesamt 30 082 500 DM und erstreckt sich auf 32 Projekte, die dem außerordentlichen Haushalt des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus und dem außerordentlichen Haushalt des Staatsministeriums des Innern eingegliedert sind. Von den 32 Projekten wurden 30 einstimmig, zwei, und zwar der Neubau der tierärztlichen Kliniken, Bauabschnitt I, und der Neubau eines Dienstgebäudes für das Statistische Landesamt, mit großer Mehrheit gebilligt. Ich bitte das Hohe Haus, ebenso zu verfahren.

Präsident Dr. Hundhammer: Ich eröffne die Aussprache. — Eine Wortmeldung erfolgt nicht. Die Aussprache ist geschlossen.

Wer dem vom Berichterstatter wiedergegebenen Vorschlag des Ausschusses für den Staatshaushalt gemäß Beilage 4232 die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich stelle fest, daß das Plenum des Landtags den Ausschlußvorschlag einstimmig gebilligt hat.

Ich rufe nunmehr auf Ziffer 3 der Tagesordnung:

Schreiben des Staatsministeriums der Justiz betreffend Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Thanbichler.

Der Bericht des Ausschusses für die Geschäftsordnung (Beilage 4229) wird erstattet vom Herrn Abgeordneten Elzer. Ich erteile ihm das Wort.

Elzer (BHE), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuß für die Geschäftsordnung hat sich in seiner 28. Sitzung mit dem Antrag des bayerischen Staatsministeriums der Justiz auf Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Thanbichler befaßt. Berichterstatter war ich selbst, Mitberichterstatter Kollege Grosch.

Laut Mitteilung der Landpolizeistation Laufen hat sich der Abgeordnete Thanbichler verfehlt, weil er ein Kraftfahrzeug führte, das noch nicht zum Verkehr zugelassen war. Außerdem hat er

(Elzer [BHE])

durch das Anbringen des Kennzeichens AB 39 3939 am neuen Wagen den Anschein eines polizeilich zugelassenen Fahrzeugs erweckt.

Nach eingehender Aussprache kam der Ausschuß zu dem einstimmigen Beschluß, die Immunität des Abgeordneten Thanbichler nicht aufzuheben. Ich bitte das Hohe Haus, sich diesem Beschluß anzuschließen.

Präsident Dr. Hundhammer: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. — Wer dem Ausschußvorschlag die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Gegen 4 Stimmen — Stimmenthaltungen? — und bei 5 Stimmenthaltungen ist der Ausschußvorschlag zum Beschluß erhoben.

Ich rufe nunmehr auf die Ziffer 4 der Tagesordnung. Sie umfaßt die Beratung des

Haushalts der Staatsforstverwaltung für das Rechnungsjahr 1953 (Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten) — Einzelplan 09

und des

Haushalts des bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für das Rechnungsjahr 1953 (Einzelplan 08).

Ich schlage vor, sowohl die Berichterstattung wie die Aussprache zu diesen beiden Haushaltsvorschlägen zu verbinden. — Eine Erinnerung erhebt sich nicht.

Ich erteile das Wort zum Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt über den Haushalt der Staatsforstverwaltung für das Rechnungsjahr 1953 (Beilage 4225) dem Herrn Abgeordneten Bachmann Georg.

Bachmann Georg (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren! Der Ausschuß für den Staatshaushalt behandelte in seiner 196. und seiner 197. Sitzung den Einzelplan 09, den Haushalt der Staatsforstverwaltung für das Rechnungsjahr 1953.

Als Berichterstatter führte ich einleitend aus, daß der früheren Forderung des Senats und des Landtags, beim Forstetat die kaufmännische Buchführung einzuführen, durch Beinahme einer sogenannten Erfolgsrechnung zum Teil Rechnung getragen worden sei. Da der Forstetat im Haushalt des Landes der einzige Etat sei, der beachtenswerte Mehreinnahmen und damit Überschüsse bringe, müsse die Staatsforstverwaltung in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben in wirtschaftlicher Weise durchzuführen. Dazu gehöre in erster Linie, daß die Kosten der Wiederaufforstung, für Wegebauten und alle sonstigen Verbesserungen aus den ordentlichen Einnahmen bestritten werden. Obwohl der Haushaltsausschuß das auch in den vergangenen Jahren schon gefordert hat, sind solche Ausgaben trotzdem in beachtlicher Höhe in den außerordentlichen Haushalt übernommen worden, und nun solle der

heurige Forstetat noch Tilgungs- und Zinsraten in einer Höhe von nahezu 3 Millionen DM übernehmen. Dabei stehe schon fest, daß infolge der fallenden Holzpreise, die mit einer gewissen Sättigung des Marktes und mit umfangreichen Schnittholzeinfuhren besonders aus Österreich zu erklären sind, bei Kapitel 0904 die in Titel 15 mit 222 Millionen DM in Ansatz gebrachten Einnahmen nicht erzielt werden. Wenn dann weiter die Absicht bestehen sollte, an den im Ministerrat bereits gekürzten Ansätzen für die Wegebauten weitere Streichungen vorzunehmen, so müsse schon an dieser Stelle die Unmöglichkeit eines solchen Vorgehens nachdrücklich unterstrichen werden. Der Übergang vom Fuhrwerksbetrieb zur Motorisierung setze auch im Wald einen anderen Wegeunterbau voraus, als er ehemals notwendig und üblich war. Könnten Lastkraftwagen und Schlepperzüge nicht in den Wald fahren, so müßte dies eine geringere Holzverwertung nach sich ziehen. Deshalb sei neben der Wiederaufforstung auch im Wegebau ein großer Nachholbedarf vorhanden.

Die völlige Streichung des Ansatzes für die Bestandsaufnahme und die Betreuung des Privatwaldes habe bereits der Senat beanstandet. Auch der Berichterstatter hielt sie für unmöglich. Man werde in der Einzelberatung darauf zurückkommen müssen.

Der Mitberichterstatter Lanzinger unterstrich mit nachdrücklichen Argumenten die vom Berichterstatter bereits herausgestellten wesentlichen Punkte. Erfreulich sei, daß der Ansatz für die Wiederaufforstung nicht gekürzt wurde. Ihre Nachholung werde überdies noch etwa 2 Jahre beanspruchen. Im Gebiet des Obersalzbergs äußere man sich mißfällig, daß erhebliche Flächen mit Betonuntergrund zur Aufforstung mit Humus aufgefüllt wurden, jetzt aber auf Veranlassung der Amerikaner wieder abgeräumt werden.

Die Ausgaben für den Wegebau würden sich durch die erhöhten Einnahmen bei der Holzverwertung in wenigen Jahren amortisieren. Ein Nachlassen auf diesem wichtigen Sektor müßte einen großen Teil der Waldarbeiter arbeitslos machen.

Für die Betreuung des Privatwaldes und seine Bestandsaufnahme müßten unbedingt die erforderlichen Mittel eingeplant werden. Sonst seien die früher aufgewendeten Gelder sinnlos ausgegeben worden und viele Arbeitskräfte, besonders Heimatvertriebene, würden brotlos.

Für den Ausbau und den Unterhalt der Dienstgebäude der Forstbehörden, vor allem für den Bau von Waldarbeiterwohnungen, seien viel zu wenig Mittel vorgesehen. Durch Streichung der 2,8 Millionen DM für Amortisationen und Verzinsungen für die in den letzten Jahren auf den außerordentlichen Haushalt abgewälzten Wiederaufforstungs- und Wegebauausgaben könnten die hierfür benötigten Mittel bereitgestellt werden. Befriedigt sei er, daß seinem Antrag vom Vorjahr, für die Beamten der Forstverwaltung bessere und gleiche Aufstiegsmöglichkeiten zu schaffen, einigermaßen Rechnung getragen worden sei. Bedenklich wäre

(Bachmann Georg [CSU])

es, wenn in den bayerischen Forsten weiterhin Raubbau getrieben würde. Der Einschlag dürfe sich nicht nach dem Geldbedarf des Finanzministers richten.

In der nun anschließenden allgemeinen Aussprache wiesen Redner aller Fraktionen in Fragestellungen, Anregungen und Empfehlungen auf beachtenswerte Gesichtspunkte hin. So wurde gesprochen über das Verhältnis der Verwendung von Heimatvertriebenen im gehobenen Forstdienst, über neuzeitliche Aufforstungsmethoden, über nicht verstummende Klagen bezüglich der in der Forstverwaltung noch vielfach geübten sogenannten Inzucht, über die Zweckmäßigkeit der Aufnahme in den staatlichen Forstdienst nach dem Grade des Abschneidens bei der großen Staatsprüfung, über die schlechte Unterbringung der Staatsforstverwaltung, über die Schaffung besserer Beförderungsmöglichkeiten. Weitere Ausführungen wurden gemacht über die Streichung der Mittel für den Privatwald und die daraus entstehenden Folgen für die arbeitslos werdenden heimatvertriebenen Forstleute, über die Zweckmäßigkeit der Ansammlung eines Fonds für die aus der Annahme eines neuen Forstrechtsgesetzes erwachsenden Ausgaben, über Richtigkeit und Verhältnis der vom Obersten Rechnungshof beanstandeten Stellenmehrungen infolge der Betreuung des Privatwaldes oder über eine andere Lösung dieser doch unerläßlichen Aufgaben, über die Notwendigkeit und den Stand der Motorisierung innerhalb der Forstverwaltung, besonders bei den Forstämtern, wofür ungenügende Mittel eingeplant sind. Ferner wurde gesprochen über die Erregung junger Diplomforstwirte wegen zu strenger Zensur im Staatsexamen, über bereits aufgeforstete und noch aufzuforstende Waldflächen und über die Notwendigkeit, in den heimatlichen Waldungen des Staates, der Gemeinden und der Landwirte die höchstmöglichen Holzmengen zu erzeugen, um ein übermäßiges Ansteigen der Holzimporte überflüssig zu machen.

In seiner zusammenfassenden Stellungnahme und Antwort ging der Herr Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten auf die Anfragen und Anregungen erschöpfend und überzeugend ein. Die Aufzählung der Einzelheiten der ministeriellen Darlegungen darf ich mir wohl sparen, da die Möglichkeiten einer früheren oder späteren Berücksichtigung aus der anschließenden Haushaltsrede des Herrn Ministers zu ersehen sein werden.

In der Einzelberatung wurde bei Kapitel 09 01 unter dem früheren Titel 460 und mit der Bezeichnung „Fortsetzung der Bestandsaufnahme des Privatwaldes“ entsprechend der Empfehlung des Senats ein Betrag von 350 000 DM neu eingesetzt. In der ausgiebigen Aussprache gingen die Anschauungen, ob es sich bei der Betreuung des Privatwaldes um eine Hoheitsaufgabe des Staates handle, weit auseinander. Die Frage wurde schließlich bejaht. Auch über die Frage, ob die bei der Bestandsaufnahme erarbeiteten Unterlagen für die Einheits-

bewertung heranzuziehen sind, bestand keine Einmütigkeit. Entsprechend einer Anregung von Oberregierungsrat Dr. Foohs wurde auf Antrag des Abgeordneten Haas mit 12 gegen 7 Stimmen beschlossen, in den Erläuterungen zu diesem Titel zum Ausdruck zu bringen:

Die Bestandsaufnahme dient sowohl betriebswirtschaftlichen Zwecken der Privatwaldbetreuung als auch der Schaffung von Unterlagen für die Einheitsbewertung.

Weiter wurde bei einigen Stimmenthaltungen ein Antrag Beier angenommen:

Die Staatsregierung wird ersucht, beim Landesverband für den Nichtstaatswald dahin zu wirken, daß die Entlohnung der bei der Aufnahme beschäftigten Personen den heutigen Verhältnissen angepaßt wird.

Da die Förstverwaltung zwar lange nicht in dem Umfange, wie es der Oberste Rechnungshof angenommen hat, aber doch weitgehend die Betreuung des Kleinwaldbesitzes durch ihr Personal vornehmen läßt, kamen besondere Barmittel hierfür leider nicht mehr zum Ansatz.

Wie schon in der allgemeinen Aussprache, so entstand bei Kapitel 09 02 Titel 680 erneut ein heißes Ringen um die Belassung oder Herausnahme der Ansätze für die Schuldentilgung und Verzinsung mit 2 800 000 DM. Die Fehler liegen bereits in den Haushaltsgesetzen der vergangenen Jahre. Um damals die vorhandenen Defizite des gesamten Staatshaushalts zu vermindern, wurden Wiederaufforstungs- und Wegebaukosten auf den außerordentlichen Haushalt übernommen, in welchen sie von Natur aus nicht gehören. Da ein Übertrag auf den Einzelplan 13 an dem Endergebnis des diesjährigen Gesamtplans nichts ändern würde, wurde der Antrag Lanzinger auf Streichung der 2,8 Millionen DM bei Titel 680 mit Mehrheit abgelehnt.

Bei Kapitel 09 03 kamen bei der Beratung der Stellenpläne auch die auf Beilage 2710 und 2896 vorliegenden Anträge auf Schaffung von Beförderungsstellen bei den Forstämtern und Mehrung von Planstellen für den höheren Forstdienst zur Beratung. Nach den Erklärungen der Regierungsvertreter ist eine Stellenmehrung mit 11 Forstmeister- und 31 Assessorstellen vorgenommen worden, doch sind von den seinerzeit vom Reichsforstmeister zugelassenen jungen Leuten 45 noch nicht untergebracht. Entscheidend für die Einstellung kann nur die Prüfungsnote sein. Entgegen der Regierungsvorlage, nach der zwei Stellen für leitende Regierungsdirektoren aus Besoldungsgruppe A 1 b in A 1 a gehoben werden sollen, wurde ein Antrag Op den Orth, die vorhandenen 6 Stellen nach Besoldungsgruppe A 1 a zu heben, mit Mehrheit abgelehnt. Der Antrag Dr. Lippert, die im Haushaltsplan vorgesehenen 2 Stellenhebungen zu streichen, wurde mit 9 gegen 5 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen.

Ich darf dazu bemerken, daß dem Hohen Hause ein Abänderungsantrag meiner Fraktion vorliegt, die Regierungsvorlage in diesem Punkte wiederherzustellen.

(**Bachmann Georg** [CSU])

Die Anträge auf den Beilagen 2896 und 2710 wurden auf Grund der Erklärung der Regierungsvertreter und der angenommenen Beschlüsse von den Antragstellern zurückgezogen.

Bei Kapitel 09 04 Titel 15 wurde sowohl vom Herrn Minister als auch von Ministerialrat Dr. Barbarino ein Bild über die derzeitige Holzmarktlage, die weitgehend von der Schnittholzeinfuhr, besonders aus Österreich, bestimmt wird, gezeichnet. Der Einnahmeansatz ist daher angesichts der heutigen Schau um zirka 10 Prozent zurückzusetzen, wobei das Finanzministerium noch keinen Vorschlag zur Deckung des entstehenden Einnahmeausfalls machen konnte. Entsprechend dem Antrag der beiden Berichterstatter wurde der Ansatz bei Titel 15 um 25 Millionen DM auf 197 Millionen DM ermäßigt. Bei den geringeren Einbieben ließ sich bei Titel 400 bei den Löhnen ebenfalls ein Betrag von 450 000 DM kürzen. Der Ausschuß beschloß demgemäß.

Zu Titel 406 begründete Abgeordneter Hofmann Engelbert den von ihm eingebrachten Antrag auf Beilage 3761 betreffend Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Sicherung und Verbesserung der Rhönbewirtschaftung. Aus der Aussprache ergab sich, daß der größere Teil der angeforderten Mittel auf andere Ressorts entfällt. Nach Anerkennung der wichtigen Erfordernisse durch die Regierung und der Unterstützung durch alle Redner beschloß der Ausschuß auf Vorschlag des Vorsitzenden:

Die Staatsregierung wird ersucht, zur Förderung der Ödlandaufforstung im Rhöngebiet den Betrag von 264 000 DM vorzusehen. Davon sollen 100 000 DM im Haushaltsplan 1953 eingesetzt werden. Demzufolge wird der Ansatz bei Titel 406 um 100 000 DM erhöht.

Unter Titel 413, Arbeiterversicherung und Arbeiterfürsorge, wurde nach Befürwortung durch alle Fraktionen und durch einstimmigen Beschluß der letztere Teil um den Betrag von 130 000 DM zur Gewährung von Zuschüssen an die Betriebsgemeinschaft erhöht.

Bei Titel 415 konnten infolge der Mindereinnahmen aus dem Holzverkauf die anfallenden Umsatzsteuern ebenfalls um 380 000 DM niedriger angesetzt werden.

Im Haushalt der Forstlichen Forschungsanstalt, Kapitel 09 06 Titel 202, fand der Ansatz für die Büchereien eine Erhöhung um 10 000 DM.

Nach diesen Beschlüssen schließt der Einzelplan 09 ab mit 205 724 900 DM Einnahmen und 125 060 500 DM Ausgaben, also mit dem erfreulichen Überschuß von 80 664 400 DM.

Für die hinter diesen unseren gesamten Staatshaushalt weithin bestimmenden Zahlen stehende erfolgreiche und gewissenhafte Arbeit gebührt dem Herrn Minister, dem Herrn Staatssekretär, der Ministerialforstabteilung, nicht zuletzt allen Beamten, Angestellten und Arbeitern der Regierungs- und

der örtlichen Forstämter sowie der Forstlichen Forschungsanstalt und den Schulen aufrichtige Anerkennung und warmer Dank.

Präsident Dr. Hundhammer: Über die Beratungen des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Haushalt des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Einzelplan 08 (Beilage 4230), berichtet der Herr Abgeordnete Baumeister. Ich erteile ihm das Wort.

Baumeister (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Haushaltsausschuß hat in seiner 198., 199. und 200. Sitzung den Etat des Landwirtschaftsministeriums beraten, nachdem der Forstetat für dieses Jahr abgetrennt war. Als Berichterstatter war meine Person eingeteilt, als Mitberichterstatter der Herr Kollege Kiene.

Ich darf im voraus bemerken, daß der Landwirtschaftsetat heuer dank der Erkenntnisse des Haushaltsausschusses in 3^{1/2} Tagessitzungen erledigt werden konnte, im Gegensatz zum Vorjahr, wo wir 16 Tage lang den Etat des Landwirtschaftsministeriums beraten haben. Das ist bestimmt darauf zurückzuführen, daß die Aufgliederung des Etats für heuer sehr gut von seiten des Ministeriums vorbereitet war, so daß große Diskussionen vermieden werden konnten.

(Hört, hört!)

Der Berichterstatter gab zu Beginn einen allgemeinen Überblick über die Bedeutung der Landwirtschaft in Bayern und die wohlwollende Würdigung, die die bayerische Staatsregierung der Landwirtschaft gegenüber an den Tag legt und die sie ihr auch im heurigen Etat wieder zukommen ließ.

Der Mitberichterstatter hob ganz besonders hervor, daß gerade die klare Übersicht, die im heurigen Etat zum Ausdruck kommt, eine schnelle Beratung ermöglichen werde. Der Kollege Eisenmann nahm zu allgemeinen Agrarfragen Stellung und stellte insbesondere heraus, daß durch Preisschwankungen große Unruhe in der Preisgestaltung der Landwirtschaft hervorgerufen werde.

Der Kollege Falk schnitt das Thema der Flurbereinigung, besonders der Flurbereinigung in Franken, an und gab seiner Mißstimmung darüber Ausdruck, daß es gerade in den fränkischen Landkreisen, wo die Flurbereinigung durchgeführt wurde, nach Jahrzehnten fast notwendig werde, die Flurbereinigung neu durchzuführen, da dort die Erbteilung immer noch nicht beseitigt sei.

Der Kollege von Feury betonte in der allgemeinen Aussprache vor allem, daß die Verbraucherpreise den gesunkenen Viehpreisen nicht gefolgt seien. Die Regierung müsse unbedingt alle Möglichkeiten prüfen, die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen zu verringern.

Der Kollege Dr. Lippert ersuchte die Staatsregierung um Aufklärung über die vom Referat Milch und Fett von 1949 bis 1950 an die Molkereien gegebenen Überbrückungskredite.

(Baumeister [CSU])

Der Kollege Ortloph hob besonders das Schulprogramm hervor und stellte fest, im Schuljahr 1938/39 seien an sämtlichen Landwirtschaftsschulen in Bayern 3919 Schüler und 1961 Schülerinnen, zusammen 5280 Besucher, gezählt worden, während es im Schuljahr 1952/53 7272 Schüler und 2420 Schülerinnen, zusammen also fast 10 000 Besucher der landwirtschaftlichen Fachschulen gewesen seien. Die Kritik, die draußen manchmal angebracht werde, daß diese Schulen nicht besucht würden, sei also durch diese Zahlen erledigt.

Der Kollege Haisch bezeichnete die Stellung des Landwirtschaftsministers als sehr schwierig, weil sowohl in den Reihen der Landwirtschaft wie in denen der Verbraucherschaft die Meinungen sehr auseinandergehen.

Der Herr Staatsminister für Ernährung und Landwirtschaft nahm nach der allgemeinen Debatte zu den Ausführungen der einzelnen Redner Stellung, betonte besonders die in seinem Ministerium bestehenden Schwierigkeiten und teilte vor allem zu der Anfrage über die Molkereidarlehen mit, daß von den Molkereidarlehen, die in Höhe von 6,7 Millionen DM ausgegeben worden seien, jährliche Raten von 900 000 bis 1,1 Millionen DM zurückfließen. Alle zurückgezahlten Beträge gingen an ein Kuratorium und würden wieder als Darlehen für Molkereien ausgegeben.

Beim Abschluß des Pachtvertrags für das Staatsgut Gugelhör durch das Finanzamt Weilheim habe man leider versäumt, einen Fachmann beizuziehen. Später habe man versucht, den Pachtzins von 650 auf 2100 DM zu erhöhen, was natürlich erst nach Ablauf des Pachtvertrags im Jahre 1955 geschehen könne. Der Herr Landwirtschaftsminister gab auch Aufschluß auf die Anfrage des Kollegen Frühwald über die Vorkommnisse im Landwirtschaftsministerium hinsichtlich der dort lagernden Textilien und der in der Kantinenwirtschaft vorgekommenen Unterschlagungen.

Zur Flurbereinigung führte der Herr Staatsminister aus, man habe auf diesem Gebiet große Fortschritte erzielt. Während früher im Jahr 18 000 bis 20 000 Hektar flurbereinigt worden seien, sei man jetzt auf 56 000 Hektar gekommen.

Nach diesen Ausführungen des Staatsministers trat der Ausschuß in die Einzelberatungen des Haushalts ein.

In den Einzelberatungen des Gesamtetats sind laut Beilage 4230, die Ihnen heute vorgelegt wurde, innerhalb des Einzelplans 08 folgende Änderungen erfolgt:

1. Kapitel 08 02, Allgemeine Bewilligungen. Bei Titel 600, Zuschüsse zur Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung und Unterstützung wissenschaftlicher, technischer und sonstiger allgemeiner Bestrebungen auf dem Gebiete der Land- und Ernährungswirtschaft, ist der Betrag um 10 000 DM auf 460 000 DM zu kürzen.

In den Erläuterungen zu Titel 612, Zuschüsse zur Förderung der Milchwirtschaft, ist in Ziffer 2

„Zuschüsse an nichtstaatliche Milchwirtschaftliche Lehranstalten“ der Betrag von 30 000 DM auf 40 000 DM zu erhöhen und Ziffer 4 „Zuschüsse für sonstige Förderungsmaßnahmen in der Milchwirtschaft 10 000 DM zu streichen.

Bei Titel 615, Zuschüsse zur Förderung der Pferdezucht, ist der Betrag um 10 000 DM auf 210 000 DM zu erhöhen;

bei Titel 618, Zuschuß an den Landeskontrollverband e. V. München zur Durchführung von Milchleistungsprüfungen, ist der Betrag um 1 000 000 DM auf 1 500 000 DM zu erhöhen;

bei Titel 619, Zuschüsse zur Förderung des Obst- und Gartenbaues, ist der Betrag um 70 000 DM auf 170 000 DM zu erhöhen und in Ziffer 4 der Erläuterungen an Stelle des Betrages von 30 000 DM 100 000 DM einzusetzen;

bei Titel 621, Zuschüsse zur Förderung der Jagd im allgemeinen, ist der Betrag um 20 000 DM auf 100 000 DM zu kürzen.

2. Kapitel 08 10, Landesanstalt für Pflanzenbau und Pflanzenschutz München. Bei Titel 3, Gebühren, ist der Betrag um 100 000 DM auf 600 000 DM zu erhöhen;

bei Titel 101, Dienstbezüge der planmäßigen Beamten, ist im Stellenplan bei Besoldungsgruppe A 3 b Regierungsamtmann die Zahl von 1 auf 2 zu erhöhen;

bei Titel 104, Dienstbezüge der nichtbeamteten Kräfte, ist im Stellenplan bei 1. Angestellte b. Tarifliche Angestellte unter Vergütungsgruppe IV die Zahl um 1 auf 4 zu kürzen.

Es ist folgender Titel einzufügen:

Tit. 950 Zuschuß an die Stadt München zur Unterbringung der Büroräume der amtlichen Pflanzenbeschau in der Großmarkthalle 50 000 DM.

3. Kapitel 08 12, Landessaatzuchtanstalt Weihenstephan: Bei Titel 104, Dienstbezüge der nichtbeamteten Kräfte, ist im Stellenplan bei 1. Angestellte b. Tarifliche Angestellte unter Vergütungsgruppe VII die Zahl um 1 auf 22 zu erhöhen.

4. Kapitel 08 40, Landwirtschaftsämler und Landwirtschaftsschulen (118 Landwirtschaftsämler, 104 Landwirtschaftsschulen). In der Überschrift ist die Zahl 118 durch 121 zu ersetzen. Bei Titel 101, Dienstbezüge der planmäßigen Beamten, ist der Betrag um 18 300 DM auf 3 027 500 DM zu erhöhen und im Stellenplan unter b. Landwirtschaftsämler und -schulen in der Besoldungsgruppe A 2 c 2 Landwirtschaftsräte die Zahl um 3 auf 131 zu erhöhen.

Bei Titel 104, Dienstbezüge der nichtbeamteten Kräfte, ist der Betrag bei a. Vergütungen der Angestellten um 23 400 DM auf 4 008 900 DM zu erhöhen und im Stellenplan unter Bedarf an nichtbeamteten Kräften, 1. Angestellte b. Tarifliche Angestellte bei Vergütungsgruppe VII die Zahl um 6 auf 387 und bei Vergütungsgruppe VIII die Zahl um 3 auf 68 zu erhöhen.

(Baumeister [CSU])

Bei Titel 206, Bewirtschaftung von Dienstgrundstücken und Diensträumen, ist der Betrag um 15 600 DM auf 365 100 DM zu erhöhen.

Bei Titel 340, Schulbesuchsbeihilfen, ist der Betrag um 20 000 DM auf 80 000 DM zu erhöhen.

5. Kapitel 08 41, Ländliche Hauswirtschaftsberatung und ländliche Hauswirtschaftsschulen (118 hauswirtschaftliche Beratungsstellen, 103 ländliche Hauswirtschaftsschulen): In der Überschrift ist die Zahl 118 durch 121 und die Zahl 103 durch 104 zu ersetzen.

Bei Titel 101, Dienstbezüge der planmäßigen Beamten, ist der Betrag um 16 000 DM auf 911 400 DM zu erhöhen und im Stellenplan unter b. Ländliche Hauswirtschaftsberatung und ländliche Hauswirtschaftsschulen bei Besoldungsgruppe A 4 b 2 Lehrerinnen der landwirtschaftlichen Haushaltungskunde die Zahl um 4 auf 112 zu erhöhen.

Bei Titel 206, Bewirtschaftung von Dienstgrundstücken und Diensträumen, ist der Betrag um 5700 auf 201 200 DM zu erhöhen.

6. Kapitel 08 51, Landesanstalt für Tierzucht in Grub: Bei Titel 104, Dienstbezüge der nichtbeamteten Kräfte, ist der Betrag bei a. Vergütungen der Angestellten um 11 500 DM auf 165 000 DM zu erhöhen. Im Stellenplan zu Titel 104 ist bei Bedarf an nichtbeamteten Kräften 1. Angestellte b. Tarifliche Angestellte bei Vergütungsgruppe III die Zahl um 1 auf 4, bei Vergütungsgruppe IV b die Zahl um 1 auf 3 und bei Vergütungsgruppe VIII die Zahl um 1 auf 9 zu erhöhen.

7. Kapitel 08 52, Versuchsgüter der Landesanstalt für Tierzucht in Grub. In den Erläuterungen zu Titel 15, Wirtschafts- und Betriebseinnahmen, ist Ziffer „5. Privatmoorwirtschaften 231 000 DM“ zu streichen, in Ziffer „6. Nebenbetriebe“ an Stelle des Betrages von 57 700 DM die Zahl 266 700 DM und in „7. Allgemeine Wirtschafts- und Betriebseinnahmen“ an Stelle von 4700 DM die Zahl 26 700 DM zu setzen.

8. Kapitel 08 65, Pferdezuchtinspektoren. Die Überschrift erhält folgende Fassung: „Pferdezuchtinspektionen“.

9. Kapitel 08 68, Hufbeschlagschulen. In der Überschrift ist das Wort „Ansbach“ durch das Wort „Nürnberg“ zu ersetzen.

10. Kapitel 08 73, Staatsweingut Würzburg. Es ist folgender Titel einzufügen:

Tit. 150 Ruhegehälter 16 400 DM.

Bei Titel 152, Witwen- und Waisengelder, ist der Betrag um 16 400 DM auf 3600 DM zu kürzen.

Das sind die Änderungen, die vom Haushaltsausschuß innerhalb der einzelnen Kapitel festgestellt und beschlossen worden sind. Außer diesen Beschlüssen wurden folgende Anträge angenommen:

1. Antrag des Abgeordneten Beier betreffend Führung der Landwirtschaftspolitik nach den Grundsätzen der Marktregelung (Beilage 4238);

2. Antrag des Abgeordneten Elsen und Genossen betreffend Gewährung von Zuschüssen und Darlehen an die durch Frostschäden existenzgefährdeten Winzer (Beilage 4175);

3. Antrag des Abgeordneten Frühwald betreffend Bereitstellung von Haushaltsmitteln für das Institut für Erbwertsforschung (Beilage 3264).

Der Antrag des Abgeordneten Stegerer und Genossen betreffend Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Umpfropfung von Obstbäumen (Beilage 3762) fand durch die Erhöhung des Ausgabenbetrags bei Kapitel 08 02 Titel 619 seine Erledigung. Der Antrag des Abgeordneten Dr. Lachenbauer und Fraktion betreffend Änderung im Stellenplan bei der Landesanstalt für Pflanzenbau und Pflanzenschutz (Beilage 4239) hat durch Änderung des Stellenplans bei Kapitel 08 10 Titel 101 und 104 seine Erledigung gefunden.

Der Antrag des Abgeordneten Dr. Schönecker, Frühwald, Lanzinger, Mergler, Junker und Nagen-gast, Dr. Franke, Bauer Georg betreffend Förderung der Fasanenzucht (Beilage 4240) wurde abgelehnt.

Diese Beschlüsse des Haushaltsausschusses hatten eine Änderung der Endsummen und nach Abgleichung eine Änderung des Zuschußbetrags des Einzelplans 08 zur Folge, und zwar beläuft sich der Zuschuß beim Landwirtschaftsetat für das Haushaltsjahr 1953/54 nun auf 45 043 600 DM.

Ich bitte das Hohe Haus, auch hier nach den Beschlüssen des Haushaltsausschusses zu verfahren und den Haushalt zu genehmigen.

Präsident Dr. Hundhammer: Ich erteile nunmehr das Wort dem Herrn Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu seiner Haushaltsrede.

Dr. Schlögl, Staatsminister: Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus! Die Etatrede gliedert sich in drei große Abschnitte. Im ersten Abschnitt behandle ich die Fragen der Agrarpolitik im allgemeinen, nachdem wir bekanntlich an einem Wendepunkt der Agrarpolitik stehen. Der zweite Teil gibt einen Überblick, einen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit des Ministeriums und im dritten Teil behandle ich die Fragen, die die Forstwirtschaft betreffen.

Meine Damen und Herren! Zur **Agrarwirtschaft** darf ich feststellen: Die Bevölkerung auf dem bayerischen Staatsgebiet seines derzeitigen Umfangs hat sich in den letzten 50 Jahren von 5,3 Millionen im Jahre 1900 auf 7,1 Millionen im Jahre 1939 und auf 9,2 Millionen Menschen im Jahre 1950 erhöht. Auf dem Quadratkilometer leben jetzt in Bayern durchschnittlich 130 Menschen. Etwa der vierte Teil der heute in unserem Lande vorhandenen Bevölkerung ist infolge der Kriegs- und Nachkriegsereignisse zugewandert. Schon unser natürlicher **Bevölkerungszuwachs** erfordert ständig eine vermehrte Lebensmittelerzeugung oder aber eine erhöhte Lebensmitteleinfuhr, um die sich dauernd vermehrende Menschenmenge ernähren zu können. Überall auf unserer Erde ist

(Dr. Schlögl, Staatsminister)

das so. Der Unvermehrbarkeit des Grund und Bodens der Erde steht ein täglicher Geburtenüberschuß von etwa 60 000 Menschen gegenüber.

Die Weltbevölkerung hat sich im Laufe der letzten 100 Jahre von rund 1,1 Milliarden Menschen auf rund 2,4 Milliarden erhöht. Die Weltbevölkerung stellt außerdem überall, insbesondere aber in den Gebieten mit einem primitiven Lebensstandard, die Forderung, besser als bisher ernährt zu werden; sie verlangt mehr konzentrierte Lebensmittel, insbesondere mehr Veredlungserzeugnisse tierischer Herkunft. Solche Veredlungserzeugnisse sind von der Landwirtschaft nicht ohne Veredlungsverluste herstellbar; die Kuh liefert zum Beispiel etwa ein Drittel der Futterkalorien in Form von Milch und Fleisch zurück, das Schwein nur etwa ein Viertel und Geflügel sogar nur etwa ein Siebtel. Der anfallende Dünger gleicht diese Veredlungsverluste bei weitem nicht aus. In den Veredlungsverlusten liegt auch der Grund dafür, daß die menschliche Ernährung in Notzeiten von den Veredlungsprodukten weg zu den unmittelbaren Ackerprodukten verlagert zu werden pflegt, was allerdings zu den Ernährungserfordernissen konzentrierter geistiger Tätigkeit in ausgesprochenem Widerspruch steht. Es genügt also nicht, wenn sich die landwirtschaftliche Bodenleistung nur der sich vermehrenden Menschenzahl anpaßt; sie muß im Hinblick auf die allgemein anerkannte Forderung eines höheren Lebensstandards weit darüber hinausgehen, um auch noch die sich erhöhenden Veredlungsverluste auszugleichen. Daß diese Probleme in Ländern, die keine agrarischen Überschußländer sind, besonders hervorstechen, ist selbstverständlich. **Bayern, das Bundesgebiet, ja ganz Westeuropa sind derzeit agrarische Zuschußgebiete.** Westeuropa muß etwa 30 Prozent seines Nahrungsbedarfes aus Übersee beziehen; der Zuschußbedarf des Bundesgebietes liegt bei etwa 35 Prozent. Man braucht durchaus nicht an einen Krieg zu denken, um den Ernst dieser Situation zu verdeutlichen; im Zeitalter des modernen Weltverkehrs kann jedes Gebiet des Erdteils bei Mißernten die Bedarfsdeckung des europäischen Raumes in ernste Gefahr bringen.

Ebenso wie die ganze Menschheit die Verpflichtung trägt, für ihre Nahrung zu sorgen, ebenso unterliegen auch wir in unserem Lande dieser ersten aller Menschenpflichten. Es wäre eine unverantwortliche Spekulation, nicht alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die einer Mehrung der Nahrungsmittel-Erzeugung auf der eigenen Scholle dienlich sind; das gemeinsame Interesse aller Staatsbürger an einer möglichst gesicherten Lebensmittelversorgung macht die **Ausdehnung der landwirtschaftlichen Erzeugung** zur ersten und unmittelbaren Aufgabe des Staates. Dafür zu sorgen, daß die Menschen zu essen haben, ist eine **ausgesprochene Hoheitsaufgabe.** Ein agrarisches Überschußgebiet kann zeitweise vor die Notwendigkeit gestellt sein, der Produktion Grenzen zu setzen; ein argrarisches Zuschußgebiet ohne Flä-

chenreserven muß den Weg der Produktionsausweitung ununterbrochen gehen; denn nur dann können sich landwirtschaftliche Mehrleistungen gesichert entwickeln und zu einer Dauerversicherung werden, so daß sich Versorgungsnöte und Preissprünge in Schranken halten lassen. Länder, die diese Grundsätze in der Vergangenheit nicht beachtet haben, mußten bittere Erfahrungen damit machen. So hat zum Beispiel das Kolonialreich England die bis zum Kriege eingetretene Vernachlässigung seiner Landwirtschaft des Mutterlandes unter anderem durch sehr lange Beibehaltung der Lebensmittelrationierung teuer bezahlen müssen. Die **Grundlinie unserer Ernährungspolitik** muß deshalb in einer zielbewußten und konstanten Bemühung um die Hebung unserer landwirtschaftlichen Erzeugung bestehen.

Mit dieser, in Auswirkung der Nahrungsnot der ersten Nachkriegsjahre aufgebauten Politik sind seit der Währungsreform sehr beachtliche **Erfolge** erzielt worden. Diese Erfolge finden in der Öffentlichkeit und besonders in der Presse leider regelmäßig nur geringe Beachtung. Man kann in der letzten Zeit vielmehr verstärkt die Meinung hören, daß die zunehmenden Leistungen der Landwirtschaft dem weiteren Aufbau der gewerblichen Wirtschaft sogar hinderlich seien, weil sie einer Vergrößerung des Lebensmittelimportes und damit einer Vermehrung der gewerblichen Ausfuhrmöglichkeiten nachteilig seien. Ich möchte zu solchen Gedankengängen nur die Frage stellen, ob es möglich gewesen wäre, im Jahre 1952, in welchem der Export gegenüber 1951 schon um 2,3 Milliarden DM erhöht war, noch eine weitere Erhöhung um 2,9 Milliarden DM zu bewerkstelligen, wenn die Landwirtschaft des Bundesgebietes zu diesem Zeitpunkt nur den Stand ihrer Produktion von 1951 aufrechterhalten hätte? Rund 2,9 Milliarden DM machte nämlich 1952 die Produktionserhöhung der Landwirtschaft des Bundesgebietes über den Wert der Vorjahresproduktion hinaus aus. Ich darf daran erinnern, daß der sogenannte **Longterm-Plan der Besatzungsmächte** nach sehr eingehenden Untersuchungen der hervorragendsten nationalen und internationalen Sachverständigen die Auffassung vertreten hat, daß es der Landwirtschaft des Bundesgebietes bei allen Anstrengungen erst im Jahre 1953 gelingen sollte, den vor Kriegsbeginn erreichten Produktionsstand wiederzugewinnen. Dieser Plan ist also von der deutschen Landwirtschaft **weit überholt** worden.

Ich möchte es hier aussprechen, daß es nur dem Fleiß und nur dem Fortschritt in der Landwirtschaft zu danken ist, daß in den letzten Jahren Nahrungsmittelverknappungen kaum noch aufgetreten sind und daß der Wiederaufbau unserer gesamten Wirtschaft von den hemmenden Folgeerscheinungen einer Nahrungsmittelnot verschont bleiben konnte.

Für das Bundesgebiet ist im Wirtschaftsjahr 1951/52 die Bruttobodenproduktion gegenüber den Jahren 1935/39 auf 108 Prozent angestiegen gegenüber der Schätzung des Longterm-Planes von 100 Prozent erst für 1953. Für das laufende Wirtschaftsjahr lauten die vorausschauenden Berechnungen für die Entwicklung der Bruttobodenpro-

(Dr. Schlögl, Staatsminister)

duktion gegenüber dem gleichen Vergleichszeitraum auf 104 Prozent, weil die Bodenerträge vor allem durch die Trockenheit in den südlichen Ländern die Erträge des Vorjahres nicht erreichen konnten. Die Bruttobodenproduktion stellt die Summe aller Bodenerträge der landwirtschaftlichen Nutzfläche in ihrer ursprünglichen Form dar, und zwar auf der Grundlage des sogenannten Getreidewertes. Die Nettonahrungsmittelproduktion, also die Produktion von Nahrungsmitteln und von Erzeugnissen für die gewerbliche Verarbeitung, ebenfalls ausgedrückt in Getreidewerten, berechnet sich für das Bundesgebiet im Vergleich zum Zeitraum 1935/39 für das laufende und das vergangene Wirtschaftsjahr auf 111 Prozent. Man muß sich davor hüten, den Erzeugungsindex der Landwirtschaft mit dem industriellen Erzeugungsindex zu vergleichen, ohne dabei zu beachten, daß in der Wertigkeit und in der Art dieser Produktionen tiefgreifende Unterschiede bestehen. Die landwirtschaftliche Urerzeugung ist an den im wesentlichen nicht vermehrbaren Grund und Boden und an die Nutzbarmachung des nur wenig beeinflussbaren Klimas gebunden. Solche naturgegebenen Grenzen sind der gewerblichen Wirtschaft im allgemeinen nicht gesetzt; die Erzeugungshöhe hängt hier in der Hauptsache nur von wirtschaftlichen Voraussetzungen ab, die in weitem Umfange beeinflussbar sind. Die in den letzten Monaten durch staatliche Maßnahmen herbeigeführte Anreicherung der allgemeinen Kaufkraft hat zum Beispiel der gewerblichen Wirtschaft einen neuen Produktionsimpuls und damit einen Vorsprung gegeben, der um so größer ist, als die Landwirtschaft infolge unnötiger Importe und dadurch entstandener Absatzschwierigkeiten an der Kaufkraftserhöhung kaum teilnehmen darf.

Die **Standortbedingungen** für die landwirtschaftliche Erzeugung sind in Bayern deutlich ungünstiger als im Durchschnitt des Bundesgebietes. Vor allem in den Gebirgs- und Mittelgebirgslagen, die einen hohen Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche ausmachen, herrschen ertragsarme Böden und ungünstige Klimaverhältnisse vor. Der kontinentale Charakter des Klimas in Bayern mit regelmäßig auftretenden Trockenperioden beeinträchtigt den Ertrag vielfach auch auf den besseren Böden. In Nordostbayern, besonders im Fichtelgebirge und im Frankenwald, aber auch im Steigerwald und in den Haßbergen, sind die Klimaverhältnisse für die landwirtschaftliche Erzeugung anerkanntermaßen die ungünstigsten im ganzen Bundesgebiet, wenn man von der Landwirtschaft in den Gebirgshochlagen absieht. Ich habe berechnen lassen, daß in 2549 Gemeinden, also in 35 Prozent aller bayerischen Gemeinden, mindestens 60, oft aber 100 und mehr Angehörige der landwirtschaftlichen Bevölkerung von 100 000 DM Einheitswert leben müssen! Trotzdem hat auch in unserem Lande Bayern die Erzeugungserhöhung in der Landwirtschaft eine ähnliche Entwicklung genommen wie im Bundesgebiet. Die Bruttobodenerzeugung ist für das Wirtschaftsjahr 1951/52 auf 109 gegenüber dem Erzeugungsdurchschnitt 1936/39

festgestellt worden. Die Bruttobodenerzeugung in Tonnen Getreidewert je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche berechnet sich auf derselben Vergleichsbasis für 1951/52 sogar auf 114. Die Nahrungsmittelerzeugung aus eigener Bodenleistung in Tonnen Getreidewert berechnet sich auf 106 für 1951/52 gegenüber 1936/39.

Der Bruttoproduktionswert der bayerischen Landwirtschaft ist für 1951/52 auf 3,855 Milliarden gegenüber 2,67 Milliarden DM im Jahre 1949/50 gestiegen. Die **Wertschöpfung der Landwirtschaft in Bayern** berechnet sich für 1949/50 auf 1,862 Milliarden DM, für 1951/52 auf 2,664 Milliarden DM. Die Bodenleistung in Getreidewerten betrug 1952 je Hektar der landwirtschaftlichen Nutzfläche 24,7 Doppelzentner, während sie im Jahre 1947 zum Beispiel nur mit 12,4 Doppelzentner je Hektar auszuweisen ist. Auch diese Zahlen beweisen, daß der Umfang der landwirtschaftlichen Produktion weit stärker erhöht wurde, als in den ersten Nachkriegsjahren voraus kalkuliert war; denn das seinerzeitige Vereinigte Wirtschaftsgebiet hatte das auf längere Sicht gesteckte Produktionsziel im Jahre 1948 für Bayern auf 23,5 Doppelzentner Getreidewert je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche festgelegt. Die Förderungsarbeit der bayerischen Staatsregierung war also durchaus erfolgreich!

Diese Erfolge der bayerischen Landwirtschaft, die trotz des großen Nachholbedarfes aus der Kriegszeit und trotz Landflucht und anderer Schwierigkeiten erreicht wurden, berechtigen durchaus zu der Ansicht, daß die Landwirtschaft ihre Anstrengungen um weitere Erzeugungserhöhungen auch in Zukunft mit Erfolg fortsetzen wird, wenn die notwendigen Voraussetzungen hierzu nicht beeinträchtigt werden. Das **Tempo der Erzeugungssteigerung**, die nach langjährigen Beobachtungen aus der Vorkriegszeit im Durchschnitt etwa 2 Prozent jährlich betragen hat, läßt sich dann allein schon in Auswirkung der bereits eingetretenen produktionsfördernden Maßnahmen zweifellos noch wesentlich beschleunigen. Ich halte die Auffassung für durchaus zutreffend, daß innerhalb des Bundesgebietes etwa 80 Prozent des Nahrungsbedarfes einer normal wachsenden Bevölkerung aus der heimischen Scholle in absehbarer Zeit gewonnen werden können, ohne daß das landwirtschaftliche Preisniveau den Preisindex der gewerblichen Erzeugnisse überschreiten müßte. In unserem Lande Bayern kann die Mehrerzeugung raschere und größere Fortschritte machen als anderwärts im Bundesgebiet. Allein schon deshalb, weil wir nunmehr auf wichtigen Förderungsgebieten den anderen Bundesländern gegenüber wenigstens im allmählichen Aufholen begriffen sind. Jedenfalls steht fest, daß bei der heute verbesserten Gesamteinstellung unserer Landwirtschaft zum Fortschritt für die nächsten Jahre und Jahrzehnte eine wesentlich stärkere Erzeugungssteigerung möglich ist als bisher angenommen.

Ich habe dargelegt, daß eine Steigerung der Erträge möglich ist. Wer soll nun unseren 500 000 Landwirten in Bayern die Wege weisen, die zum Ziele führen? Glaubt man wirklich, daß die Er-

(Dr. Schlögl, Staatsminister)

tragssteigerung ohne Aufklärung sich von selbst entwickelt? Ist die erreichte Mehrleistung der Landwirtschaft nicht vor allem ein Verdienst der Beratung in Wort und Schrift in Kursen und Tagungen, sowie die Frucht der ständig mehr besuchten Fachschulen? Die Bejahung dieser Frage zwang mich, in Bayern dem landwirtschaftlichen Schul- und Beratungswesen mein besonderes Augenmerk zu schenken. Das **landwirtschaftliche Schul- und Beratungswesen** ist eine Hoheitsaufgabe, weil es eines der wichtigsten Mittel der Erzeugungserhöhung darstellt. Dieser Erkenntnis haben sich zahlreiche Länder angeschlossen, so zum Beispiel die Niederlande, Belgien, Frankreich, Österreich, Italien, USA und andere mehr. Andere Länder üben mittelbar einen bestimmenden Einfluß aus. In Bayern hat im vorigen Jahrhundert der Landwirtschaftliche Verein, der bekanntlich durch den Reichsnährstand zerschlagen wurde, die landwirtschaftliche Beratung eingeführt. Seit im Jahre 1861 der erste „Wanderlehrer“, wie damals der Landwirtschaftsberater genannt wurde, in Würzburg tätig war, ist die Erkenntnis der Notwendigkeit der landwirtschaftlichen Beratung ständig gestiegen. 1900 waren 20 landwirtschaftliche Beratungsstellen im rechtsrheinischen Bayern, 1913 38, 1922 72, 1939 88, 1950 110. Nunmehr sollen die Beratungsstellen um weitere 11 Landwirtschaftsämter vermehrt werden und müssen zukünftig so lange weiter vermehrt werden, bis jeder Landkreis eine Beratungsstelle besitzt.

Die Fachberater privater Zusammenschlüsse werden nur den Mitgliedern des betreffenden Vereins oder Versuchsringes zur Verfügung stehen, da diese ja auch das Gehalt des Beraters aufbringen müssen. Die kleineren und mittleren Betriebe, die jede Ausgabe scheuen müssen, würden abseits stehen und kaum am Fortschritt teilnehmen. Auch kann es nicht richtig sein, wenn der Berater finanziell von jedem Landwirt, den er berät, abhängig ist, um dann doch, wenn er alt und krank geworden ist, der Fürsorge anheimzufallen. Der bayerische Landwirtschaftsberater steht jedem Bauern ohne Ansehen der Person oder der Größe des Hofes zur Verfügung, um ihn ohne Bindung an Personen und Parteien nach bestem Wissen und Gewissen zu beraten.

Im Jahre 1948 wurden nun vom Bund Mittel zur Verfügung gestellt, um durch Einsatz einer größeren Zahl von Fachberatern Brennpunkte intensiver Belehrung zu schaffen und damit den Beweis zu liefern, daß durch Anwendung neuester Forschungsergebnisse die Wirtschaftlichkeit und Ertragssicherheit eines Betriebes beträchtlich gesteigert werden kann. Ich habe in jedem Regierungsbezirk in je einem Landkreis diesen Versuch durchführen lassen. Die Beratungskräfte des „**Erweiterten landwirtschaftlichen Beratungsdienstes**“ wurden den betreffenden Landwirtschaftsämtern unterstellt. Die Ziele der Beratung waren in enger Zusammenarbeit mit der landwirtschaftlichen Praxis festzulegen. Jedem Wirtschaftsberater wurde ein eigener Beratungsabschnitt zugeteilt mit 6 bis 12 Gemeinden. Der Erfolg war durchschlagend. Da-

mit ist erneut der Beweis erbracht worden, daß durch Beratung und intensive Aufklärung eine Hebung unserer landwirtschaftlichen Erzeugung erreicht werden kann.

Aber die beste Übermittlung von Kenntnissen und Erfahrungen nützt nichts, wenn der zu Belehrende nicht in der Lage ist, sie geistig zu verarbeiten und sich zu eigen zu machen. Will daher die Beratung nachhaltig erfolgreich sein, so muß in erster Linie die Jugend geschult werden. Beratung und Schule lassen sich nicht trennen. Ich habe deshalb den Ausbau des landwirtschaftlichen Schulwesens mir besonders angelegen sein lassen. Seit meiner seinerzeitigen Rede in Ingolstadt, in der ich mein **Schulprogramm** bekanntgab, ist es gelungen durch die Opferfreudigkeit der Landkreise als Bauherren und Träger der Schulen und mit Hilfe von amerikanischen Geldern 72 Landwirtschaftsschulen und Spezialschulen teils durch Neu- und Umbau und Erweiterungsbauten ins Leben zu rufen und die 3 Ackerbauschulen der Notwendigkeit entsprechend zu erweitern. Darüber darf aber die Überholung der alten Landwirtschaftsschulen nicht vergessen werden, sollen sie der Anforderung moderner Pädagogik genügen. In erfreulicher Weise nimmt der Besuch der Landwirtschaftsschulen von Jahr zu Jahr zu. Dazu nur wenige Zahlen: Es waren vorhanden

1900/01 in	21 Landwirtschaftsschulen	712 Schüler
1913/14 in	36 Landwirtschaftsschulen	1519 Schüler
1938/39 in	73 Landwirtschaftsschulen	3919 Schüler
1952/53 in	104 Landwirtschaftsschulen	6937 Schüler

und dazu kommen 1952/53 noch 799 Schüler von Ackerbau- und klösterlichen Schulen. Und doch kann der Bedarf noch lange nicht befriedigt werden. Von den rund 300 000 landwirtschaftlichen Betrieben Bayerns über 5 Hektar können bei einer durchschnittlichen 30jährigen Betriebsleitertätigkeit nur 32 Prozent der zukünftigen Leiter landwirtschaftlicher Betriebe eine Fachausbildung auf der Landwirtschaftsschule haben. Die nachgeborenen Söhne sind hierbei nicht gerechnet. Interessant ist ein Vergleich unserer Verhältnisse auf diesem Gebiete mit denen in anderen Ländern der Bundesrepublik. Im Winterhalbjahr 1949/50 konnten von den Landwirtschaftsschulen erfaßt werden in

Nordrhein-Westfalen 95% des bäuerlichen Nachwuchses

Schleswig-Holstein 89% des bäuerlichen Nachwuchses

Württemberg-Baden 66% des bäuerlichen Nachwuchses

Niedersachsen 64% des bäuerlichen Nachwuchses

Baden 62% des bäuerlichen Nachwuchses

Hessen 60% des bäuerlichen Nachwuchses

Rheinland-Pfalz 59% des bäuerlichen Nachwuchses

Württemberg-Hohenzollern 44% des bäuerlichen Nachwuchses und

Bayern 32% des bäuerlichen Nachwuchses.

Bayern steht also in Westdeutschland immer noch an letzter Stelle. Von einem „Zuviel“ auf diesem Gebiete kann also wirklich nicht ernsthaft gespro-

(Dr. Schlögl, Staatsminister)

chen werden! Auch dagegen, daß der Landwirt-schaft in unseren Mittelgebirgslagen der Schulbesuch mehr als bisher ermöglicht wird, um sie zu befähigen, besser mit ihren besonderen Schwierigkeiten fertig zu werden, kann wohl nichts eingewandt werden.

In den Zahlen, die ich Ihnen eben genannt habe, steckt eine der entscheidenden Ursachen dafür, daß die Roh- und Reinerträge im Norden des Bundesgebietes bei sonst gleichwertigen Ertragsvoraussetzungen um vieles höher liegen als in Bayern. Im übrigen ist das dichte Netz der Landwirtschaftsschulen im Norden des Bundesgebietes nicht als Geschenk vom Himmel gefallen! Selbst wenn es wahr wäre, daß der bayerische Staat mehr für seine landwirtschaftliche Erzeugung ausgibt als Niedersachsen oder ein anderes Land des Bundesgebietes, wäre das voll und ganz in Ordnung; denn wir haben hier immer noch viel, ja allzuviel nachzuholen. Weil wir zu wenig Landwirtschaftsschulen und Landwirtschaftsämter in Bayern hatten und immer noch haben, ist unsere Landwirtschaft „depressionsempfindlicher“ als die Landwirtschaft anderer deutscher Länder; beseitigen wir diesen Zustand, dann brauchen wir um den Schulbesuch auch in Zeiten angespannter Ertragsverhältnisse ebenso wenig Sorge haben wie die anderen deutschen Bundesländer! Wer anders denkt, verwechselt Ursache und Wirkung! Es gibt viele Beweise dafür, daß der **Nachholbedarf** auf dem Gebiete der Schulung und Beratung bei uns in Bayern noch sehr groß ist. Besonders sinnfällig in diesem Zusammenhange ist die Tatsache, daß die **Anwendung von Handelsdünger** in Bayern immer noch viel geringer ist als im Durchschnitt des Bundesgebietes. Während im Durchschnitt des ganzen Bundesgebietes je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche im Düngjahr 1951/52 27,4 kg Reinstickstoff angewandt wurden, erreichte der bayerische Bauer auf der gleichen Fläche nur 15,3 kg. Bei der Phosphorsäure sind für das ganze Bundesgebiet im Durchschnitt 33,4 kg Reinphosphorsäure, in Bayern hingegen nur 22,1 kg und bei Kali 51,2 kg im Bundesgebiet, gegenüber nur 30,6 kg je Hektar in Bayern festgestellt worden. Es muß daher auch an dieser Stelle klar zum Ausdruck gebracht werden: Wenn die bayerische Landwirtschaft den Leistungsstand anderer Länder des Bundesgebietes erreichen will, wird sie namentlich auch den Verbrauch an sämtlichen Mineraldüngern einschließlich der noch stark vernachlässigten Kalkdüngung noch wesentlich erhöhen müssen. Die Erhöhung des Mineraldüngerverbrauches, die von 1950/51 auf 1951/52 in Bayern erreicht wurde und die bei Stickstoff 6,6 Prozent, bei Phosphorsäure 6,1 Prozent, bei Kali 3,5 Prozent ausmacht, ist viel zu gering, um befriedigen zu können. Den fortschrittlichen anderen europäischen Ländern gegenüber hinken wir beachtlich nach in der Anwendung von Handelsdünger; so ist für 1950/51 zum Beispiel in Holland der Stickstoffverbrauch je Hektar 49 kg, in Bayern nur 12,8 kg gewesen. Dies ist aber nur ein Beispiel dafür, daß wir noch sehr viel mehr als bisher auf dem Gebiete der Schulung und Beratung tun müssen. Bei allen

Förderungsaufgaben, ganz gleich, ob es sich um den Landbau, die Tierzucht oder sonstige Fachgebiete handelt, ist stets eine vermehrte und verbesserte Fachschulung und Beratung die primäre Voraussetzung für einen genügenden Erfolg der Einzelmaßnahmen.

Man sagt, der Bauernstand sei der Garant für die Erneuerung und das stetige Wachsen des Volkes; die **Bäuerin** aber ist die Urzelle des Volkes! Wenn sie durch ein Übermaß an Arbeit frühzeitig altert, dann ist der Fortbestand des ganzen Volkes gefährdet. Es war deshalb ganz selbstverständlich, daß ich der fachlichen Ausbildung unserer kommenden Bäuerinnen all mein Interesse zuwandte. Die Bäuerin muß von ihrer schweren Arbeit durch Einsatz zweckmäßiger Maschinen und arbeitsparender Methoden der Wirtschaftsführung entlastet werden, auf daß ihr Arbeitstag endlich einmal von 16 und mehr Arbeitsstunden auf ein erträgliches Maß herunterkommt. Die jetzt bestehenden 103 ländlichen Haushaltungsschulen bilden jedes Jahr zirka 3000 Bauernmädchen aus, um einst gesunde, für ihre Lebensaufgabe voll ausgebildete Bäuerinnen zu haben. Und die Bäuerinnen selbst sollen in den überall entstehenden **Häusern der Bäuerinnen** einen Mittelpunkt der Arbeit und zugleich Erholung im Dorfgeschehen haben.

Es wäre falsch, wenn wir uns nur um die Erwachsenen der Bauernfamilie kümmern würden und darüber die **ländliche Jugend** vergäßen, die doch unsere Zukunft ist. Gerade die Landflucht zwingt, zu versuchen, die Jugend für die Landwirtschaft zu erhalten oder neu zu gewinnen. Der Nachwuchs muß leistungsfähig und berufsfreudig sein. Es wurde deshalb die Möglichkeit für die ländliche Jugend geschaffen, in einer geregelten Lehre und Berufsausbildung auf freiwilliger Basis sich das Rüstzeug zu erwerben, das allein die Hoffnung gibt, den Kampf ums Dasein des Bauernhofes zu bestehen. Diese Ausbildung soll aber auch einen sichtbaren Abschluß bringen. Der neugeschaffene **Landwirtschaftsbrief** soll allen denen bestätigen, die praktische Lehre und fachliche Schulausbildung erfolgreich bestanden, daß sie geeignet erscheinen, unsere Heimatscholle zu bearbeiten, wie man es von einem fortschrittlichen Landwirt erwarten kann.

Überall im Wirtschaftsleben kommt es auf die arbeitenden Menschen und ihre Fähigkeiten in erster Linie an. Deshalb habe ich die Maßnahmen meines Ministeriums, die der fachlichen Schulung und der Beratung von Mann, Frau und Landjugend in erster Linie gelten, vorweg dargelegt. In der freien westlichen Welt ist es der Sinn aller fachlichen Ertüchtigung, dem arbeitenden Menschen im Rahmen seiner beruflichen Zweckbestimmung zu einer möglichst günstigen Gestaltung seiner wirtschaftlichen Existenz zu verhelfen. Die Grundvoraussetzungen für eine wirtschaftliche Bewährungsmöglichkeit kann aber nicht der einzelne Wirtschaftler schaffen, diese müssen vorhanden und laufend so geordnet sein, daß sie den allgemeinen Interessen eines Staatsgebildes ebenso dienen, wie sie dem einzelnen Wirtschaftler Möglichkeit und Anreiz zur Leistung geben. Für die Landwirtschaft

(Dr. Schlögl, Staatsminister)

waren diese wirtschaftlichen Grundvoraussetzungen in der Nachkriegszeit vorhanden, aber ungünstiger als in den anderen tragenden Sektoren unserer Wirtschaft, und sie haben sich vor allem in den letzten Monaten deutlich verschlechtert.

Der bedenkliche Zustand, daß der **Anteil der Land- und Forstwirtschaft am Sozialprodukt** beziehungsweise am Volkseinkommen in keinem gesunden Verhältnis zu der eingesetzten Arbeitskraft steht, ist seit langer Zeit nicht nur unverändert, sondern hat sich sogar noch verschärft. Für 1951/52 berechnet sich die Beteiligung der Land- und Forstwirtschaft am Sozialprodukt des Bundesgebietes auf 12,4 Prozent, obwohl der landwirtschaftliche Anteil an den Erwerbstätigen bei rund 23 Prozent liegt. Für **Bayern** ist berechnet worden, daß an dem Sozialprodukt 1951 mit rund 17 Milliarden DM die Land- und Forstwirtschaft mit 2,8 Milliarden DM, also mit 16 Prozent beteiligt ist, während rund 33 Prozent der Erwerbstätigen Bayerns auf die Land- und Forstwirtschaft entfallen. Aus dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten verlautet, daß für 1952/53 das **Einkommen je Kopf der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft bei 2310 DM, in der übrigen Wirtschaft bei 4820 DM** liegt. Man mag bei diesen Betrachtungen auf die geringere Arbeitsproduktivität in der Land- und Forstwirtschaft hinweisen, sollte sich dabei jedoch bewußt sein, daß die Erhöhung der Arbeitsproduktivität in der Land- und Forstwirtschaft nichts mit dem Arbeitswillen und der sprichwörtlichen Arbeitsintensität des Bauern und seiner Kräfte zu tun hat, sondern ein Finanz-, ein Schulungs- beziehungsweise Beratungsproblem darstellt.

Wenn die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft je Kopf der Erwerbstätigen geringer ist als in der gewerblichen Wirtschaft, hängt dies sicherlich zum Teil auch damit zusammen, daß viele alte Leute, viele Menschen im Kindesalter und viele Menschen mit Körperschäden Arbeit verrichten. Diese Tatsachen der Landwirtschaft anzulasten, ist ein Verbrechen an der Arbeitermoral. Oder sollen vielleicht diese Menschen die Hände in den Schoß legen und womöglich auch noch den Sozialetat belasten? Der Landwirtschaft kann auch nicht dauernd die Verantwortung dafür verbleiben, daß der Wirkungsgrad technischer Hilfsmittel naturnotwendig nie so hoch sein kann wie in der gewerblichen Wirtschaft. Gerade die Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards mit dem vermehrten Verbrauch von landwirtschaftlichen Veredlungserzeugnissen setzt der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft enge Grenzen, da man Kälber oder Ferkel ebensowenig maschinell aufziehen kann wie andere Lebewesen. Die Arbeitsproduktivität der Landwirtschaft in Bayern stellt sich nach Buchführungsergebnissen für das Wirtschaftsjahr 1951/52 auf 2700 DM je Vollarbeitskraft (einschließlich Betriebsleiter) im großen Durchschnitt aller Getreide- und Futterbaubetriebe und aller Betriebsgrößen über 5 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche. Die Grünlandbetriebe gelangen nur auf 2114 DM je Vollarbeitskraft und nur spezielle Betriebs-

typen geringer Verbreitung erreichen einen höheren Arbeitsertrag; die Spitze bilden die Hopfenbaubetriebe und die Brennereiwirtschaften mit den auch nur bescheidenen Arbeitserträgen bis zu rund 4000 beziehungsweise 5000 DM je Arbeitskraft.

Ich muß in diesem Zusammenhange noch darauf hinweisen, daß der Anteil der Landwirtschaft am Sozialprodukt größer sein könnte, wenn ihr ein **höherer Anteil am Verbraucherpreis ihrer Erzeugnisse** zufließen würde, als das heute der Fall ist

(Sehr richtig!)

Das Problem der **erweiterten Handels- und Verarbeitungsspannen** gerade bei Lebensmitteln ist in der letzten Zeit schon so oft zur Debatte gestanden, daß ich heute nur meiner Unzufriedenheit darüber Ausdruck geben möchte, daß nichts geschieht auf diesem Gebiete. Es ist ein zu bequemer Standpunkt, auf das System der sozialen Marktwirtschaft, das ein Eingreifen in diese Materie nicht zulasse, zu verweisen; denn die Konkurrenz ist unter der in der Nachkriegszeit ungeheuer vermehrten Zahl kleiner Lebensmittelgeschäfte kaum wirksam, da sich die Spannen dahin ausgerichtet haben, daß auch ein kleiner Umsatz eine Familie ernährt. Ich möchte der Bundesregierung auch sagen, daß der Hinweis auf das Wirtschaftsstrafgesetz, mit dem diese Probleme bekanntlich nicht lösbar sind, unbefriedigend ist. Es ist hohe Zeit, daß auch im Bundesgebiet Maßnahmen zur Eindämmung überhöhter Handels- und Verarbeitungsspannen Platz greifen; dabei können andere westeuropäische Länder zum Vorbild dienen, die es fertiggebracht haben, durch zielbewußte Agrarpolitik ihrer Landwirtschaft ausreichende und stetige Erzeugerpreise, dem Konsumenten angemessene Verbraucherpreise zu sichern. In der Landwirtschaft sind die Erzeugerpreise jedenfalls bei weitem nicht dergestalt, daß eine Familie von 2 oder 3 Hektar leben könnte, obwohl das in einer solchen Wirtschaft festgelegte Kapital mehrfach höher ist als der Kapitalwert einer kleinen Lebensmittelhandlung. Es ist zwar erfreulich, daß nunmehr die Konsumentenschaft diese Zusammenhänge besser als noch vor kurzer Zeit erkennt und nicht mehr die Landwirtschaft für zu hohe Spannen verantwortlich macht; aber damit darf dieses wichtige Problem nicht abgetan sein.

Das **Betriebsgrößenproblem** erschwert die Besserung dieser Gegebenheiten. Die Durchschnittsgröße aller landwirtschaftlichen Betriebe Bayerns liegt bei rund 8 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche; 75 Prozent unserer Höfe sind kleiner als 10 Hektar; die Durchschnittsgröße der Betriebe mit 5 und mehr Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche ist rund 12 Hektar. Betriebe von 4 bis 7,5 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche sind 122 755 vorhanden. Ich bin der Meinung, daß es nicht so sehr die Nebenerwerbsbetriebe sind, die soziale Notstände aufweisen, als vielmehr die **kleinbäuerlichen Wirtschaften**, deren Familienarbeitskraft vom Betrieb gebunden ist, die aber durch den Zwang zu unwirtschaftlicher Zugviehhaltung, durch zwangsweisen, weitgehenden Verzicht auf Motorisierung

(Dr. Schlögl, Staatsminister)

und Mechanisierung und vor allem durch den im Verhältnis zur Betriebsfläche hohen Bedarf an unabwendbaren Familienausgaben auf keinen grünen Zweig kommen. Diese Betriebsgrößen finden auch nur sehr schwer den „Start“ zu intensiver Betriebsgestaltung; sie leiden besonders auch darunter, daß dem Spezialfrüchtebau sehr enge Grenzen gezogen sind und daß die arbeitsintensive Veredlungserzeugung, die diesen Betriebsgrößen familienwirtschaftlich auf den Leib geschrieben ist, preisungünstiger geworden ist.

Daß die Flüchtlings- und Kapitalnot derzeit keine Möglichkeit läßt, einerseits eine systematische Aufstockung, andererseits die notwendige harmonische Verringerung der Zahl solcher Betriebe zu betreiben, ändert nichts an der agrarpolitischen Zielsetzung auf diesem Gebiet.

Die unbefriedigende Beteiligung der Landwirtschaft am Volkseinkommen ist der hauptsächliche Grund für die sogenannte **Landflucht**. Die starke Einkommensdifferenz bei der Arbeitskraft in der Landwirtschaft und bei der Arbeitskraft in der gewerblichen Wirtschaft, die ich oben angedeutet habe, beweist, wie schwer diesem Problem beizukommen ist. Solange es der Landwirtschaft verwehrt wird, mindestens **industriegleiche Löhne** zahlen zu können, werden subventionsartige Maßnahmen zur Bekämpfung der Landflucht wohl eine Linderung, aber keine wirkliche Lösung herbeiführen können. Den Kritikern, die da sagen „Landflucht tut not“ und damit meinen, daß der **Arbeitskräftesog der gewerblichen Wirtschaft** dem Landwirt reibungslosen Absatz seiner Produkte zu guten Preisen sichert, möchte ich erwidern, daß die Richtigkeit ihrer Argumentation eine autarke Wirtschaft oder eine Einfuhrbeschränkung auf das notwendige Maß voraussetzt.

Man soll auch aus den Zahlen über die **familienfremden Arbeitskräfte** in der Land- und Forstwirtschaft keine falschen Schlüsse auf den Umfang der Landflucht ziehen. Im Juni 1948 waren rund 373 000 familienfremde Arbeitskräfte in der bayerischen Land- und Forstwirtschaft beschäftigt; diese Zahl ist in den Jahren seit 1948 konstant gesunken bis auf rund 244 000 im Juni 1952. Es ist also eine Abnahme um mehr als ein Drittel eingetreten. Die Zahl aller Erwerbstätigen in der bayerischen Landwirtschaft (also Betriebsinhaber, familieneigene und familienfremde Arbeitskräfte) ist von 1 489 425 im Jahre 1933 auf 1 439 604 im Jahre 1939 und auf 1 398 145 im Jahre 1950 zurückgegangen. Andererseits waren im Juni 1938 rund 249 000 familienfremde Arbeitskräfte in der bayerischen Land- und Forstwirtschaft, also nur wenig mehr als im Juni 1952 beschäftigt. Ich halte es für verfehlt, die starke Abnahme seit 1948 besonders zu betonen, weil damals eine Übersättigung an Arbeitskräften in der Landwirtschaft vorlag. Ich halte es aber auch für verfehlt, den Umfang der Landflucht mit dem Hinweis darauf zu bagatellisieren, daß ja fast ebensoviele familienfremde Kräfte zur Verfügung stehen wie in der Vorkriegszeit. Damals gab es immerhin einen Landdienst usw. und heute

gibt es unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung viele Kriegsbeschädigte, die keine oder keine volle Arbeit mehr leisten können. Das Hauptgewicht liegt im übrigen bei der **Dienstbotennot**, also beim typischen Fremdkräftebedarf des mittel- und großbäuerlichen Betriebes, der der bayerischen Landwirtschaft ihr Gepräge gibt. Die natürlicherweise sehr ungleichmäßige Verteilung der vorhandenen familieneigenen Arbeitskräfte in den Betrieben, die Umschichtungen zwischen dem Dienstboten- und Landarbeiterstand, die im Vergleich zur Vorkriegszeit stärkere Fluktuation im Kräftebestand überhaupt und die weitgehende Belegung landwirtschaftlicher Werkräume mit Flüchtlingen, die ihre Mithilfe im Betrieb eingestellt haben, machen anhaltend besondere Schwierigkeiten. Die so gut wie vollständige Fernhaltung der Landwirtschaft und ihrer Arbeitskräfte von den Mitteln für den sozialen Wohnungsbau erhöht die berechtigte Verstimmung in der Land- und Forstwirtschaft.

Die **Aussichten auf industriegleiche Preise und Löhne in der Agrarwirtschaft**, um der Landflucht wirksam begegnen zu können, haben sich in der letzten Zeit sehr verschlechtert. Die Preise für Schlachtschweine Klasse C (Durchschnitt von 24 Märkten) sind zum Beispiel von 281 DM je Doppelzentner im Oktober 1951 auf 218 DM je Doppelzentner im März 1953, also um 22,4 Prozent abgesunken! Das ist eine Preiseinbuße, die selbst dann außerordentlich ist, wenn man den Preisstand vom Oktober 1951 als überhöht beurteilt. Ich könnte mir nicht vorstellen, daß unsere Kohle- oder Eisenwirtschaft zum Beispiel eine derartige Preisreduzierung ertragen könnte. Es kommt noch dazu, daß der Verbraucher nur zum Teil in den Genuß des Preisrückganges gekommen ist;

(Sehr richtig!)

denn der Verbraucherpreis für Schweinefleisch ist von 4,53 DM je Kilogramm im Oktober 1951 nur auf 3,89 DM je Kilogramm im März 1953, also nur um 14,1 Prozent zurückgegangen. Bei den Preisen für Rindvieh und für Rindfleisch liegen die Dinge ähnlich. Die Preise für Schlachtkühe Klasse B (Durchschnitt von 24 Märkten) sind von 164 DM je Doppelzentner im Juni 1952 auf 131 DM je Doppelzentner im März 1953, also um 20,1 Prozent gefallen, während die Verbraucherpreise für Rindfleisch im gleichen Zeitraum von 4,41 DM je Kilogramm auf 3,91 DM je Kilogramm, also nur um 11,3 Prozent zurückgegangen sind.

Bei steigender Tendenz der Viehpreise pflegen die Verbraucherpreise durchaus zu folgen; so ist zum Beispiel der Preis für Schlachtkühe Klasse B von 151 DM je Doppelzentner im Juli 1951 auf 164 DM je Doppelzentner im Juni 1952, also um 8 Prozent, gestiegen, während der Verbraucherpreis für Rindfleisch im gleichen Zeitraum von 3,77 DM je Kilogramm auf 4,41 DM je Kilogramm, also um 17 Prozent, in die Höhe gegangen ist.

(Hört, hört! — Zuruf von der SPD: Geschäft!)

Auf **viehwirtschaftlichem Gebiet** ist sowohl der Bestandsverfall bei der Schafhaltung, wie der Rückgang der Schweinebestände und der Schweine-

(Dr. Schlögl, Staatsminister)

produktion ein **Warnzeichen**, das den Zusammenhang von Preis und Erzeugungsentwicklung neuerdings verdeutlicht.

Die **Preisentwicklung bei Milch und Butter**, die gerade für uns in Bayern — insbesondere aber für unser Allgäu — so entscheidend wichtig ist, bereitet ebenfalls Sorge. Der Molkereiabgabepreis für Markenbutter war auf Bundesebene lange Zeit bis zu Beginn des Jahres 1952 unverändert 5,70 DM je Kilogramm; für April 1953 lautet er nur noch auf 5,31 DM je Kilogramm. Im übrigen ist der Butterverbrauch, der ebenfalls bis Anfang 1953 mit zirka 28 000 Tonnen im Monat sehr konstant war, stark rückläufig geworden; er ist für März 1953 mit nur mehr 24 000 Tonnen auszuweisen. Interessant dabei ist, daß die starken Butterpreisschwankungen des Vorjahres keinen Einfluß auf den Verbrauchsumfang erkennen lassen. Auf ackerbaulichem Gebiet bereiteten die **Absatznöte bei Hafer und Gerste** besondere Sorgen.

Die **allgemeine Preislage der Landwirtschaft** kann unmöglich so bleiben, wie sie derzeit ist. Auf der Basis 1938 = 100 lautet der zuletzt festgestellte **Index für die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte auf 191**. Demgegenüber steht der **Index für die sächlichen Betriebsmittel bei 212**, der **landwirtschaftliche Lohnindex bei 239**. Diese Divergenz der Einnahmen- und Ausgabenpreise kann nur ausgeglichen werden, wenn die Mengen der Erzeugung steigen, ohne daß der Mengenumfang der Ausgaben mitsteigt, oder wenn bei gleicher Mengenerzeugung die Menge des Aufwandes sinken würde. Mit letzterem ist in keiner Weise zu rechnen, da es ein Kennzeichen der neueren landwirtschaftlichen Entwicklung ist, daß der Umfang des Aufwandes stark zugenommen hat. Die Verflechtung der Landwirtschaft mit unserer gewerblichen Wirtschaft hat sich in der Nachkriegszeit erheblich verdichtet; besonders deutlich tritt dies bei der Abnahme von Düngemitteln und von Maschinen, sowie bei allen Ausgaben, die damit zusammenhängen, zu Tage. Nach dem **Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs** ist aber bei Ausdehnung des Aufwandes nicht mit einem gleichbleibenden Zuwachs des Ertrages zu rechnen, so daß auch bei diesen Zusammenhängen die Preisgestaltung der Einnahmen- und Ausgabenpreise entscheidend ist. Im Wirtschaftsjahr 1951/1952, in dem die sogenannte Preisschere viel weniger zum Nachteil der Landwirtschaft geöffnet war als derzeit, hat es der durch einen besonders günstigen Witterungsverlauf gesteigerte Mengenertrag ermöglicht, ein verhältnismäßig günstiges Reinertragsergebnis der landwirtschaftlichen Erzeugung zu erreichen. Gemessen am Vorkriegsdurchschnitt, sind in diesem Wirtschaftsjahr die Verkaufserlöse auf 232, die Betriebsausgaben dagegen nur auf 222 angestiegen. Im laufenden Wirtschaftsjahr dagegen müssen wir mit einem Zurückbleiben der Mengenerzeugung wegen des ungünstigeren Witterungsverlaufes und gleichzeitig mit erhöhten Ausgaben rechnen, wodurch ein Ausgleich der Wirkung des ungünstigen Verhältnisses der Erzeugnispreise und der Aufwandspreise verhindert

werden muß. **Rationalisierung** im landwirtschaftlichen Betrieb mit dem Ziele, mehr und billiger zu erzeugen, ist eine berechnete Forderung; ihre Umsetzung in die Praxis ist aber angesichts unserer Betriebsgrößenstruktur in der Landwirtschaft außerordentlich schwierig und langwierig. Es darf nicht vergessen werden, daß rund 80 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe des Bundesgebietes, Betriebe bis zu 10 Hektar sind. Vor allem aber: Rationalisierung kostet zunächst viel Geld, das verdient werden muß, bevor es ausgegeben werden kann.

In unserer gewerblichen Wirtschaft waren und sind die Möglichkeiten der Eigen- und Fremdfinanzierung besser als in der Landwirtschaft und vor allem ist dort auch die Preissituation viel günstiger als in der Landwirtschaft. Auf der Basis von 1938 liegt der Erzeugerpreisindex für industrielle Produkte derzeit immer noch bei 220, also um zirka 15 Prozent höher als bei der Landwirtschaft. Die zuletzt ermittelten Brutto-Stundenverdienste der Industriearbeiter gegenüber 1938 liegen bei 199. Wir haben es also hier mit Verhältnissen zu tun, die gegenüber der Landwirtschaft ziemlich genau umgekehrt liegen und wobei die **Landwirtschaft stark im Nachteil** ist. Natürlich ist bekannt, daß landwirtschaftliche und gewerbliche Erzeugung ihre eigenen Gesetzmäßigkeiten haben, daß auch die gewerbliche Wirtschaft ihre Sorgen hat und daß schon eine leichte Einengung der Spanne zwischen den Indices für industrielle Erzeugnisse und für Löhne Schwierigkeiten bereitet. Ich will auch nicht so weit gehen, zu verlangen, daß die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse auf den Index für gewerbliche Erzeugnisse erhöht und die Ausgabenpreise des Landwirts gleichzeitig auf den Lohnindex der Industrie zurückgeführt werden müssen; aber die Agrarwirtschaft wartet darauf, daß sich die großen Investitionen in der gewerblichen Wirtschaft preislich auswirken, zumal die Rationalisierung in der gewerblichen Wirtschaft doch wohl unbestritten eine Verbilligung des Produktes viel leichter und in viel kürzerer Frist zuläßt als in der Landwirtschaft. Ich bin überzeugt, daß die landwirtschaftliche Erzeugung mit den jetzigen Preisrelationen nicht fertig werden kann und daß eine **gegenseitige Anpassung der Preissituationen der tragenden Wirtschaftssektoren grundsätzlich vonnöten** ist.

Auch in der Landwirtschaft steuert der Preis die Erzeugung und eine Erhöhung der Flächenproduktion ist nur möglich, wenn die Verkaufserlöse die Ausgaben mehr als ausgleichen. Zur Technisierung und zur Rationalisierung braucht der Landwirt die Gewißheit, daß der Aufwand sich lohnt. Lassen Sie mich an dieser Stelle daran erinnern, daß das industrielle Preisniveau auch nach dem ersten Weltkrieg über dasjenige der Agrarwirtschaft gestiegen war, was zu einer Scheinblüte geführt hatte, die sich in der Weltwirtschaftskrise 1930/34 abreagierte hat. Eine gegenseitige Anpassung der Preisniveaus für Landwirtschaft und gewerbliche Wirtschaft und ein Ausgleich der Einnahmen- und Ausgabenpreise innerhalb der Landwirtschaft ist sofort dringend notwendig.

(Dr. Schlögl, Staatsminister)

Diese Forderung, der sich anzuschließen ich das Hohe Haus bitte, enthebt die Landwirtschaft nicht der Aufgabe, von sich aus alles zu tun, was ihre Arbeit erleichtert und verbilligt. Dazu ist die Landwirtschaft durchaus bereit, worüber sie den Nachweis durch ihre Erzeugungsleistung in der Nachkriegszeit erbracht hat; sie hat dabei ihre eigenen Finanzierungsmöglichkeiten, nämlich die **unterbezahlte Familienarbeit** und die noch übrig gebliebenen **Holzvorräte**, über das vertretbare Maß hinaus eingesetzt, so daß sie in Zukunft vermehrt auf **Fremdkapital** angewiesen ist.

Das **Fehlen langfristiger Kredite** kennzeichnet derzeit die Lage auf dem Gebiete des Agrarkredites. Das ist sehr nachteilig nicht nur auf dem Gebiete des landwirtschaftlichen Bauwesens, sondern auch beim landwirtschaftlichen Besitzwechsel und bei der Ansetzung unseres bäuerlichen Nachwuchses. Auf diesen Gebieten entstehen durch die Kreditnotlage laufend tiefgreifende Schädigungen, die bestimmt größer sind, als gemeinhin angenommen wird. Ein großer Teil der bäuerlichen Stallungen ist veraltet und für moderne Tierhaltung unbrauchbar; sie sind ebenso wie die meisten Scheunen in arbeitswirtschaftlicher Hinsicht unzweckmäßig und damit im Betrieb zu teuer. 60 bis 70 Prozent aller landwirtschaftlichen Arbeiten sind Hofarbeiten, stehen also im Zusammenhang mit den Wirtschaftsgebäuden. Ohne langfristige Kredite können diese wichtigen Aufgaben nicht bewältigt werden. Bei den Betriebsübergaben ist wegen des Kreditmangels vielfach zu beobachten, daß die Realteilung zur Abfindung von Geschwistern, die für die Hofübernahme nicht in Frage kommen, wieder ausgedehnt wird. Andere Länder des Bundesgebietes, zum Beispiel das Land Baden-Württemberg, haben in der letzten Zeit durch Einsatz von Landesmitteln wenigstens einige Hilfe auf diesen Gebieten bringen können. Das Land Baden-Württemberg hat seiner Landwirtschaft am Ende des Jahres 1952 immerhin 10 Millionen Kredite zur Verfügung gestellt, von denen 4,5 Millionen für das landwirtschaftliche Bauwesen und für die Verhinderung von Realteilungen vorgesehen wurden.

(Hört, hört!)

Wir sollten ernstlich prüfen, ob nicht ähnliche Maßnahmen auch für unsere Landwirtschaft in Bayern in Frage kommen müssen. Auf der Bundesebene aber möge man erkennen, daß der Um- oder Neubau eines Kuhstalles, der durch langfristigen Kredit ermöglicht wird und zu tbc-freien Kühen mit erhöhter Milchleistung verhilft, volkswirtschaftlich sehr wohl in Wettbewerb treten kann mit dem durch einen Zehnjahreskredit erkaufte Export einer Maschine zur Industrialisierung von Agrarländern.

(Sehr gut! bei der CSU)

Im Gegensatz zum sozialen Wohnungsbau usw. geht auf dem Gebiete des landwirtschaftlichen Kredites neuerdings vielfach die Auffassung dahin, daß der langfristige Kredit hinter den kurz- und

mittelfristigen Laufzeiten zurückstehen könne. Diese Meinung ist wohl dadurch entstanden, daß die Besatzungsmacht die für die Agrarwirtschaft vorgesehenen Gegenwertmittel bewußt dort einsetzen wollte, wo eine rasche Wirkung auf den Umfang der landwirtschaftlichen Erzeugung erwartet werden konnte. So richtig die Verfügung über die knappen Kreditmittel zugunsten einer beschleunigten Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Erzeugungskraft in den vergangenen Jahren gewesen ist, so wenig läßt sich dieses System auf die Dauer fortsetzen; denn auch die Produktionsmittel des landwirtschaftlichen Betriebes, die mit kurz- und mittelfristigen Krediten nicht in Ordnung gebracht werden können, dürfen auf die Dauer nicht in einer Vernachlässigung bleiben. Wirtschaftsgebäude sind ihrem Wesen nach ein Produktionsmittel des landwirtschaftlichen Betriebes genau so gut wie landwirtschaftliche Maschinen usw.

Die Frage nach dem Kreditbedarf der Landwirtschaft wird oft gestellt; sie ist in exakter Weise nicht zu beantworten, da sie von zu vielen Imponderabilien abhängig ist. Fest steht aber für mich, daß der **langfristige Kreditbedarf** auf der Grundlage des Zinsfußes für steuerbegünstigte Emissionen erheblich ist. Ich möchte annehmen, daß jährlich 20—30 Millionen DM solcher Kredite nötig sind, um wenigstens den dringendsten langfristigen Bedarf der bayerischen Landwirtschaft abdecken zu können.

Die sogenannten **ERP-Kredite**, die in den letzten Jahren die Hauptsache des landwirtschaftlichen Kreditkontingentes ausgemacht haben, sind nunmehr bis auf einige Rückflüsse ausgelaufen. Die Landwirtschaft des Bundesgebietes hat bis zu Anfang dieses Jahres von 4 Milliarden ERP-Mitteln 524 Millionen, also nur 13,1 Prozent zur Verfügung gestellt erhalten. Die ERP-Mittel sind zum Teil als Kredite, zum Teil als Zuschüsse zur Verfügung gestellt worden. Die Kredite wurden in 3 Aktionen von 1949 bis 1952 abgewickelt. Insgesamt kamen nach Bayern 76,207 Millionen Kredite und 25 551 874 DM Zuschüsse. Diese Summen sind recht klein, wenn man daran denkt, daß Bayern rund 500 000 landwirtschaftliche Betriebe aufweist und daß ein großer Nachholbedarf in den meisten Höfen abzudecken war. In den genannten Summen sind erhebliche Anteile für die Flüchtlingssiedlung und auch für die Ernährungsindustrie enthalten; hervorheben möchte ich, daß auch der Bau der Zuckerfabrik Ochsenfurt mit 10 Millionen DM teilfinanziert wurde. Im übrigen wurden diese Kredite, die fast durchwegs **mittelfristig** sind und zu 5 beziehungsweise 6 Prozent, abgesehen von einigen besonderen Ausnahmen, verzinst werden müssen, für die verschiedensten Erzeugungsaufgaben der Landwirtschaft, insbesondere auch für die Förderung der Mechanisierung, verausgabt.

Um sicherzugehen, daß diese für die Landwirtschaft so wertvollen ERP-Kredite auch der Betriebsgrößenstruktur der bayerischen Landwirtschaft entsprechend aufgeteilt werden, habe ich notwendige Maßnahmen getroffen. Nach einer Statistik hierüber sind zum Beispiel für die II. Kredittranche (mittelfristig) 56,1 Prozent der Mittel in

(Dr. Schlögl, Staatsminister)

Kreditsummen bis zu 5000 DM, 27,1 Prozent in Kreditbeträgen von 5000 — 10 000 DM, 10,1 Prozent in Kreditbeträgen von 10 000 — 20 000 DM und nur 6,7 Prozent in Beträgen von über 20 000 DM verausgabt worden. Obwohl es für jedes Bankinstitut günstiger ist, mit großen Kreditposten zu arbeiten, ist es also gelungen, die ERP-Kredite unter weitestgehender Berücksichtigung unserer Betriebsgrößenverteilung in Bayern aufzuteilen.

Die **ERP-Zuschüsse** von insgesamt 25 551 874 DM sind nicht einzelnen landwirtschaftlichen Betrieben zugute gekommen, sondern für die Durchführung staatlicher Förderungsaufgaben und für ähnliche Zwecke eingesetzt worden. Aus diesen Zuschüssen konnten insbesondere das landwirtschaftliche Schul- und Beratungswesen, die landwirtschaftliche Forschung, die Flurbereinigung, die Errichtung von Gemeinschaftshäusern für Landfrauen, die Bekämpfung der Rinder-Tbc und die Verbesserung der Grünländereien vorwärtsgetrieben werden. Hinsichtlich der verstärkten Wirtschaftsberatung ist erwähnenswert, daß die Finanzierung aus ERP-Zuschüssen auch für die nächste Zeit gesichert ist. Aus den ERP-Zuschüssen von insgesamt 115 Millionen DM für das Bundesgebiet hat das Land Bayern rund 23 Prozent erhalten.

Die **landwirtschaftlichen Notstandsgebiete** in Bayern sind schon bei der Vergabe der ERP-Kredite und -Zuschüsse verschiedentlich bevorzugt worden, vor allem dadurch, daß besondere Anteile nur für diese Gebiete einsetzbar waren. Daneben ist eine besondere Förderung der vom Bund anerkannten Notstandsgebiete durch Zuweisung von Krediten und Zuschüssen aus dem Bundeshaushalt durchgeführt worden. Auf dem engeren landwirtschaftlichen Sektor erhielten die genannten Notstandsgebiete im Etatjahr 1951/52 insgesamt 1,1 Millionen DM, und zwar je zur Hälfte in Form von Zuschüssen und in Form von Krediten, während im Jahre 1952/53 0,8 Millionen DM, darunter 532 000 DM Zuschüsse, zur Verfügung gestellt wurden. Die Mittel wurden hauptsächlich zur Nutzflächengewinnung mit Folgeeinrichtungen, zur Förderung der ländlichen Elektrifizierung, zur Förderung besonders teurer Flurbereinigungs-Unternehmungen und auch zum Ausbau der gemeinschaftlichen Vattertierhaltungen eingesetzt.

Nach neuesten Mitteilungen soll eine Erweiterung des bayerischen Bundessanierungsgebietes in Aussicht stehen.

Die **Verschuldung der Landwirtschaft** ist auf Grund von buchführungsmäßigen Feststellungen für das Bundesgebiet zum 1. Juli 1952 mit 4846 Millionen DM ermittelt worden. Für das Bundesgebiet hatte am 1. Juli 1939 die landwirtschaftliche Verschuldung 6180 Millionen Mark betragen. Am Währungsstichtag war die landwirtschaftliche Verschuldung im Bundesgebiet auf 2480 Millionen Mark abgesunken; sie ist in der Zwischenzeit ziemlich gleichmäßig von Jahr zu Jahr um rund 600 Millionen DM gestiegen. Dabei hat sich das Verhältnis zwischen der Hypothekar-Verschuldung

und der Personal-Verschuldung gegenüber der Vorkriegszeit grundsätzlich verändert. Die kurz- und mittelfristigen Schulden stehen jetzt wegen des Fehlens langfristiger Kredite ausgesprochen im Vordergrund. Dieser Zustand ist wirklich bedenklich.

Für das Land Bayern lasse ich eingehende Beobachtungen über den Stand der landwirtschaftlichen Verschuldung und über ihre Entwicklung durchführen. Die Befragung einiger Tausend landwirtschaftlicher Berichterstatter zum 31. Dezember 1952 hat ergeben, daß die **Gesamtverschuldung** der bayerischen Landwirtschaft einschließlich Altenteils-lasten usw. 1 448 380 000 DM oder je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche 385 DM im Mittel ausmacht. Auf Grund des aus Buchführungen vorliegenden Materials über die Verschuldung der bayerischen Landwirtschaft errechnet sich, daß die Hektar-Verschuldung insgesamt 419,7 DM für den 1. Juli 1952 beträgt. Der durchschnittliche Einheitswert je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche macht bei dieser Untersuchung 1278 DM aus, liegt also höher als der Hektar-Einreihungswert im Durchschnitt des Landes Bayern, der etwa 1000 DM ausmacht. Die Steigerung der Verschuldung vom 1. Juli 1951 zum 1. Juli 1952 beträgt nach den Buchführungsbeobachtungen 13,6 Prozent.

Ist die heutige Verschuldung der Landwirtschaft gefährlich oder nicht? Diese Frage hängt in erster Linie mit der Gestaltung der Ertragslage der Landwirtschaft zusammen. Ich möchte mit allem Ernst trotz des Umstandes, daß auf den Zinsendienst kaum 2 Prozent der Verkaufserlöse entfallen, darauf hinweisen, daß die seit mehreren Monaten rückläufige Entwicklung der allgemeinen Ertragsvoraussetzungen die vorhandene Schuldenlast, zu der man ja schließlich auch die Lastenausgleichsverpflichtungen rechnen muß, drückender gemacht hat. Die durchschnittliche Verschuldung sagt in dieser Beziehung nicht allzuviel; denn es gibt neben Betrieben ohne Schulden solche mit recht hohen Belastungen. Die letzteren haben ihre Kalkulation auf einem ungestörten Absatz und auf ausreichenden Preisen aufgebaut und haben zunehmende Schwierigkeiten vor allem mit der Erfüllung ihrer **hohen Tilgungsverpflichtungen aus den mittelfristigen Krediten**. Die schlechtere Ernte des Vorjahres verschärft diese Erscheinung. Jedenfalls muß sich jedermann klar darüber sein, daß ein weiteres Absinken der Verkaufserlöse sehr rasch zu ernststen Schwierigkeiten Anlaß geben muß. Die Waffe unseres bäuerlichen Betriebes gegen schlechte Zeiten, nämlich die Flucht in eine extreme Sparsamkeit und die Taktik radikalster Ausgabensenkung, ist stumpf geworden! Die sogenannten fixen Kosten und die Verflechtung mit der gewerblichen Wirtschaft, die nicht plötzlich gelöst werden kann, sind zu intensiv geworden! Ich möchte in diesem Zusammenhang auch feststellen, daß der Jahresumsatz eines schuldenfreien landwirtschaftlichen Betriebes mit zum Beispiel 45 000 DM Einheitswert im Mittel mit rund 2,5 Prozent allein durch die **Lastenausgleichszahlungen** belastet ist. Auf den Umsatz kommt es überall im wirtschaftlichen Leben in erster Linie an! Ich

(Dr. Schlögl, Staatsminister)

erlaube mir diesen Hinweis, weil ich wünsche, daß jeder, der von seinem Umsatz weniger als die Landwirtschaft für den Lastenausgleich abzugeben hat, den agrarischen Fragen aufgeschlossener und gerechter als bislang gegenüberstehen möge.

Eine von zeitbedingten, eigenberuflichen Interessen losgelöste Einstellung unseres ganzen Volkes zur Agrarwirtschaft ist auch die Voraussetzung für eine befriedigende Lösung der immer mehr in den Vordergrund tretenden internationalen Agrarverflechtungen.

Auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Erzeugung haben wir ebenso wenig zu verschenken wie bei Kohle und Stahl.

(Sehr gut! bei der SPD)

Für die Agrarwirtschaft ist es ermutigend, daß es in aller kürzester Zeit gelungen ist, die im Rahmen der Montanunion aufgetretene Konkurrenz zu beseitigen; denn es wird zu hoffen sein, daß dieses Vorbild auch gilt, wenn es sich um Butter, Käse, Wein oder Gemüse handeln sollte. Für meine Person vermag ich jedenfalls keinen soziologischen oder wirtschaftlichen Unterschied darin zu sehen, ob ein Stahlarbeiter arbeitslos wird oder ob ein Bauer ins Elend gerät.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Liberalisierung, Zollregelung, Agrarunion, Handelsverträge, Einfuhrschleuse — das gehört alles in einen Topf. Letztlich kommt es auf die Preise an; denn diese bestimmen Art und Umfang der landwirtschaftlichen Erzeugung in den einzelnen Ländern. Die Gesamtliberalisierung ist von Januar 1952 bis April 1953 von 56,8 Prozent auf 90,1 Prozent ausgedehnt worden; auf dem landwirtschaftlichen Sektor ist die **Liberalisierung** im gleichen Zeitraum von 51,3 Prozent auf 79,4 Prozent gestiegen. Die Liberalisierung wäre in der Agrarwirtschaft nicht so gefährlich, wenn hier der Zollschatz demjenigen der gewerblichen Erzeugnisse entsprechen würde. Die stärkere **Krisenempfindlichkeit der Agrarpreise**, ihre relative Unstabilität erhöht daneben die Gefahr auf diesem Gebiete. Anlaß zur erhöhten Liberalisierung war vornehmlich, den gewerblichen Export durch erleichterte Einfuhr von billigen Nahrungsmitteln zu stützen und so einen allzu großen Devisenüberschuß zu vermeiden, der den multilateralen Währungsausgleich gefährden würde. Um einen zu hohen Devisenüberschuß zu vermeiden, können aber doch wohl in größerem Umfange als bisher auch andere Rohstoffe als Nahrungsmittel eingeführt werden; ich denke an lagerfeste Industrierohstoffe, die für uns ja Goldeswert sind. Dem Einwand, daß die Spekulation auf ein Absinken der Weltmarktpreise für solche Rohstoffe den Import nicht ratsam erscheinen läßt, möchte ich entgegenhalten, daß die **unnötige Lebensmitteleinfuhr einem Erzeugungsausfall gleichzusetzen** ist. Wenn alle mengenmäßigen Beschränkungen der Einfuhr aus den Mitgliedsländern der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit und aus den von ihnen abhängigen überseeischen Gebieten wegfallen — und wir sind

ja beinahe so weit —, dann ist es im wesentlichen nur noch die **Zollgestaltung**, die einem völlig freien Markt in den EZU-Ländern entgegensteht. Der Gedanke der **Agrarunion** zielt also im Kern darauf ab, die Agrarzölle aus dem allgemeinen Zollproblem herauszunehmen und für sich allein neu zu regeln. Dabei entsteht die große Gefahr, daß sich die in den westeuropäischen Ländern zumeist politisch und wirtschaftlich nur schwache Stellung der Landwirtschaft nachteilig auswirken wird. Die Verflechtung der Landwirtschaft mit der gewerblichen Wirtschaft ist zu intensiv, als daß ohne größte Schäden und ohne Vernichtung riesiger volkswirtschaftlicher Werte, ein Trennungsstrich zwischen der Landwirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft Westeuropas gezogen werden könnte. Im übrigen überschatten die sehr labilen Währungs-, Steuer-, Kredit- und Arbeitskräftefragen, die im Rahmen einer Agrarunion kaum lösbar sind, alle Betrachtungen zur Frage der Produktionsbedingungen und der Produktionskosten in den verschiedenen Teilnehmerländern. Was heute in diesen Hinsichten richtig ist, kann morgen total falsch sein. Ich muß in diesem Zusammenhang an die Erfahrungen aus der Zwangswirtschaft denken, die dahin gehen, daß alle Teil-Lösungsversuche sich immer nur nachteilig ausgewirkt haben. Ich glaube, daß eine Mißachtung solcher Erfahrungen gerade auf internationalem Gebiet sehr gefährlich ist und daß **Totallösungen im Rahmen der Europaunion allen Teillösungen vorzuziehen** sind.

In Zeiten von Absatzschwierigkeiten der heimischen Landwirtschaft und des Auseinanderklaffens der Indizes der Erzeugerpreise für industrielle und landwirtschaftliche Produkte hat die Behandlung dieser Probleme den Vorrang vor den Kalkulationen zur Frage der internationalen Gestaltungsmöglichkeiten der Agrarmärkte. Es sollte überall verständlich sein, daß aus der Landwirtschaft heraus immer lauter nach „**Paritätspreisen**“ verlangt wird. Dieses Verlangen ist grundsätzlich durchaus kein Ruf nach höheren Preisen, sondern ein **Begehren nach gleichem Recht für alle!**

(Sehr richtig!)

Die Landwirtschaft hat einen berechtigten Anspruch auf einen relativ angemessenen Lebensstandard und auf Preise, die die Erzeugungskosten ausgleichen. Die Berechtigung dieses Anspruches möchte ich auch mit den Untersuchungen der Vereinten Nationen begründen, die die **Entwicklung der Ernährungskosten in Westeuropa** zum Gegenstand haben. Mit diesen Berechnungen hat die Geschäftsstelle der Vereinten Nationen, gestützt auf Einzeluntersuchungen bei ihren Mitgliedsländern, festgestellt, daß die Preiserhöhung seit 1948 für Nahrungsmittel in Großbritannien 50 Prozent, in Norwegen 49 Prozent, in Dänemark und Frankreich 40 Prozent, in Schweden 36 Prozent, in Holland 24 Prozent, in Westdeutschland aber nur knapp 20 Prozent ausgemacht hat.

(Hört, Hört! bei der CSU)

Seit Abschluß dieser Untersuchungen Mitte 1952 sind die Agrarpreise rascher und stärker gefallen als die Preise in der gewerblichen Wirtschaft, wäh-

(Dr. Schlögl, Staatsminister)

rend die Löhne gleich blieben oder sogar gestiegen sind. Der deutsche Arbeiter kann seinen Nahrungsbedarf im Mittel also relativ vorteilhaft decken. Nach den Feststellungen der Vereinten Nationen gehört Westdeutschland nicht zu den kaufkraftmäßig teureren Gebieten, wie zum Beispiel Italien oder Frankreich. Ein Beweis dafür, daß die Lebensmittel in Westdeutschland kaufkraftmäßig für den Verbraucher vorteilhaft liegen, ist auch die Tatsache, daß fortschreitend hochwertige Lebensmittel zu Lasten billigerer, unveredelter landwirtschaftlicher Erzeugnisse verlangt und gekauft werden. Die Paritätspreisforderung der Agrarwirtschaft stützt sich auch auf das Beispiel, das vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika mit Vorratskäufen und Beleihungen, aber auch andere Länder, wie zum Beispiel England, die Schweiz und Schweden, auf diesem Gebiete geben. Es kann nicht bestritten werden, daß in den Ländern mit einem Paritätspreis-System die landwirtschaftliche Erzeugung ganz besonders rasch und intensiv vorwärtsgeführt worden ist. So sehr wohl jedermann die Forderung nach Paritätspreisen als berechtigt anerkennen muß, so schwierig ist es, die Frage der Organisation eines Paritätspreis-Systems zu entscheiden. Wir werden es uns in Westdeutschland kaum leisten können, das komplizierte und teure Verfahren der USA auf diesem Gebiete nachzumachen, zumal unsere landwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur für die Durchführung solcher Organisationen ohne Zweifel ungünstig liegt. Der Gedanke der Paritätspreise ist im wesentlichen der gleiche wie jener, der zur landwirtschaftlichen Marktordnung in Deutschland geführt hat. Unsere heutigen Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Agrarpreise hängen aufs engste damit zusammen, daß wir es bisher versäumt haben, unser Marktordnungssystem entsprechend wirksam werden zu lassen.

Vorratshaltung und Einfuhrschleuse sind das **Kernstück der Marktordnungsgesetze**; wirklich angewandt wird aber die Einfuhrschleuse nur bei Getreide und bei Zucker. Deshalb werden auch bei Getreide und Zucker keine Zölle erhoben, sondern es werden die Preise durch An- und Rückkaufverträge geregelt. Die Einfuhrschleuse nimmt hier auch Einfluß auf die mengenmäßige und zeitliche Gestaltung der Einfuhren. Notwendig ist, daß die Einfuhrschleuse auch bei den anderen Marktordnungsgesetzen, insbesondere also für Vieh, Fleisch, Butter, Schmalz, zur Wirkung gebracht wird. Dann könnten auch die Gefahren der Liberalisierung aufgefangen werden. Handelspolitisch würden wir uns dabei leichter tun. Wir kämen zu stabilen Preisen, die nicht nur für die landwirtschaftliche Erzeugung, sondern auch für die Verbraucher so sehr bedeutungsvoll sind. Keineswegs braucht dabei befürchtet werden, daß die Preise sich unkontrolliert entwickeln könnten; es könnte im Gegenteil eine Preislinie herbeigeführt werden, die Paritätsmerkmale trägt und so allen Interessenten billigerweise gerecht wird. Es ist bezeichnend, daß der Widerstand gegen die Einfuhrschleuse — was ich einmal offen feststellen möchte — in erster Linie von

Kreisen ausgeht, die am Handel mit den Grundnahrungsmitteln unmittelbar interessiert sind. Bei einer so wichtigen Frage müssen aber die Interessen der Allgemeinheit ausschlaggebend sein. Die Bundesregierung wird die Einfuhrschleuse in allen Marktordnungsgesetzen effektiv gestalten müssen, wie es die Gesetze über die landwirtschaftliche Marktordnung zur Erreichung ihrer Zielsetzung erfordern. Bei der Vorratshaltung sind bisher sicherlich geschäftliche Fehldispositionen aufgetreten, aber die Hauptursache dafür, daß der notwendige Ausgleich des inneren Marktes nur unvollkommen durch die Vorratsstelle bewerkstelligt werden konnte, ist der Umstand, daß zu wenig Mittel zur Verfügung gestellt werden. Mit rund 80 Millionen, wie im Etatjahr 1951/52, lassen sich diese Aufgaben einfach nicht erfüllen. Die USA haben 1950 für diese Zwecke rund 4 Milliarden Dollar ausgegeben! Bei den Kosten der Vorratshaltung handelt es sich keineswegs um Subventionsmittel für die Landwirtschaft; die Herbeiführung stabiler, mittlerer Preise ist auch für den Verbraucher von Nutzen und vermeidet auch so manche politischen Schwierigkeiten.

Ich habe dem Hohen Haus einen kleinen Einblick gegeben in die derzeitigen agrarwirtschaftlichen Entwicklungen, mit denen sich die Land- und Forstwirtschaft unseres Bayernlandes auseinanderzusetzen hat. Es ist bis heute mit Fleiß und Umsicht vieles neu geschaffen und vieles verbessert worden; aber vieles bleibt noch zu tun übrig. Wenn ich einen unserer Höfe besichtige, dann wird mir immer dargelegt, was noch alles geschaffen werden soll in diesem Hof. Das geht vom neuen Stall über die Maschinen bis zur Aussteuer der Tochter. Es sind Milliardenbeträge, die in der bayerischen Land- und Forstwirtschaft jährlich und auf Jahre hinaus investiert und für vermehrten Produktivaufwand laufend eingesetzt werden sollten, um die Erzeugung zu erhöhen und zu rationalisieren. Die Land- und Forstwirtschaft ist nicht nur Lieferant von Nahrungsmitteln und Rohstoffen, sondern auch über die 8 Milliarden hinaus, die 1951/52 im Bundesgebiet für gewerbliche Bedarfsgüter allein verausgabt wurden, ein **sehr interessanter Kunde unserer gewerblichen Wirtschaft**. Die Kaufkraft, die wir unserer heimischen Landwirtschaft zukommen lassen, hat eine **nachhaltige, sich regenerierende Wirkung**; die Kaufkraft, die wir durch überhöhten Nahrungsimport ohne Not außer Landes geben, hat bestenfalls einmalige, vorübergehende Wirkung. Je sorgfältiger diese Erkenntnis bei den großen wirtschaftspolitischen Entscheidungen beachtet wird, desto rascher kann die Mehrerzeugung unserer Land- und Forstwirtschaft fortschreiten, unsere Ernährung sicherstellen und das Rohstoffpotential für große Teile unserer gewerblichen Wirtschaft stabilisieren. Nach der Parole: Industrie und Landwirtschaft muß uneingeschränkter als seither gehandelt werden!

Ich komme nun zum zweiten Teil meiner Ausführungen: Technik, Betriebswirtschaft und Ernährung.

Die Arbeiten meines Ministeriums, die der **Weiterentwicklung der technischen und betriebswirt-**

(Dr. Schlögl, Staatsminister)

schaftlichen Ertüchtigung der Landwirtschaft dienen, sind mit erhöhter Intensität fortgeführt worden. Die Landesanstalten haben dabei getreulich mitgeholfen. Die **Landesanstalt für Pflanzenbau und Pflanzenschutz** hat neben ihren Arbeiten auf dem Gebiete des Forschungs- und Versuchswesens für den Acker- und Pflanzenbau eine erhöhte Tätigkeit zugunsten des Pflanzenschutzes zu entwickeln gehabt; es ging dabei besonders um die Bekämpfung der Kartoffelkäfer, der Maikäfer und Engerlinge. Es ist gelungen, dieser Landesanstalt als Ersatz für das frühere Pachtgut Nederling ein Versuchsgelände von 7 Hektar in Nymphenburg, das zur Zeit mit Versuchsfeldeinrichtungen ausgestattet wird, zuzuweisen. Die **Landessaatzuchtanstalt Weihestephan** mit ihren Saatzuchtinspektionen in den Regierungsbezirken und der Außenstelle in Regen für den Kartoffelsaatbau im Bayerischen Wald hat ihre segensreiche Tätigkeit auch dadurch anerkannt gesehen, daß für die Erzeugung und Verteilung von bestem Qualitätssaatgut 954 000 DM ERP-Zuschüsse zugunsten der Notstandsgebiete zur Verfügung gestellt wurden. Diese Saatgutverbilligungsaktion war für die Notstandsgebiete eine große Hilfe, die sich auch in Zukunft nutzbringend auswirken wird. Die **Landesanstalt für Moorwirtschaft und Landkultur** mit ihren 7 Moorwirtschaftsstellen und der Rhönkulturstelle, die zusammen in 19 örtliche Dienststellen und 19 Versuchs- und Beispielbetriebe gegliedert sind, hat im Jahre 1952 durch Entwässerung und Umbruch 642,9 Hektar Moorflächen in landwirtschaftliches Kulturland überführen können. Außerdem konnten 1254,4 Hektar Ödland und Hutungen durch Umbruch, Entsteinung und Planierung für die landwirtschaftliche Nutzung neu gewonnen beziehungsweise einer intensiven Nutzung zugänglich gemacht werden. Auf Moor und Ödland wurden 10 Vollbauernstellen mit 158 Hektar und 5 Nebenerwerbssiedlungen errichtet. Hervorheben möchte ich noch die Erfolge dieser Landesanstalt auf dem Gebiete der Forschung, die sich unter anderem auf ein neues Verfahren zur chemischen Untersuchung von Bodenproben usw., auf eine neue Methode zur Verhütung von Mangelkrankheiten im Pflanzenbau und auf eine erfolgreiche Mineralsalzmischung zur Beifütterung an mangelkranke Tiere beziehen. Die neue **Landesanstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau Veitshöchheim** faßt die bisherigen verschiedenen Dienststellen vor allem auf dem Gebiete des Weinbaues zusammen und hat als neue Aufgabe die Grundlagenforschung für eine lohnende Rebkultur in Franken. Sie ist der Zentralpunkt für die Weinbauförderung in Bayern. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß vor 50 Jahren rund 7000 Hektar in Franken Reben trugen, heute nicht einmal 3000 Hektar! Die **Landesanstalt für Tierzucht in Grub** ist in den letzten 5 Jahren zu einer der angesehensten und bedeutendsten Forschungs-, Lehr- und Beratungsstätten auf dem Gebiete der Tierzucht in Europa und darüber hinaus geworden. Ihre Aufgaben erstrecken sich heute auf Forschung, Lehre und Beratung von der volkswirtschaftlichen, ernährungswirtschaft-

lichen und betriebswirtschaftlichen Bedeutung der Tierzucht, von den futterwirtschaftlichen Grundlagen der Tierzucht, den Fragen des Wertes der einzelnen Futtermittel bis zu den modernen Problemen der Züchtung und Vererbung. Die einzelnen Tierarten vom Pferd bis zum Kleintier finden in Forschung, Lehre und Beratung ebenso Berücksichtigung wie die Fragen der Haltung auf Weiden und im Stall, wobei besonders Stallverbesserung und Stallbau eine umfassende Bearbeitung erfahren. Der Landesanstalt ist seit 1951 das **Institut für Konstitutionsforschung** der Forschungsanstalt für Landwirtschaft in Völkensrode angegliedert, seit 1952 die **Futterberatungsstelle Bayern** und seit 1953 das **Institut für Erbwertforschung in Neustadt/Aisch**.

Die Selbsthilfe der Landwirtschaft gegen die Folgen der Landflucht besteht in erster Linie in einer erheblichen **Ausweitung der Mechanisierung und Motorisierung** in der Nachkriegszeit. Der Bestand an landwirtschaftlichen Schleppern in Bayern ist von rund 19 000 im Jahre 1946 auf rund 86 000 am Ende des Jahres 1952 angestiegen. Die Finanzierung dieser Investitionen, die den Ausbau des gewerblichen Sektors auf diesem Gebiete außerordentlich gefördert haben, erfolgte in erster Linie durch starke Einbrüche in die Bestände des Bauernwaldes, dann durch Inanspruchnahme von ERP-Krediten, durch weitestgehenden Lohnverzicht der mitarbeitenden Familienangehörigen und schließlich aus Erübrigungen, die ein günstiges Verhältnis der landwirtschaftlichen Erzeugnispreise zu den Preisen für den landwirtschaftlichen Aufwand in den ersten Jahren nach der Währungsreform zugelassen hat. Die betriebswirtschaftliche Ausnutzung des erhöhten Maschinenbestandes konnte bisher mit dem raschen Tempo der Motorisierung und Mechanisierung nicht Schritt halten. Die vorhandenen Betriebsgrößenverhältnisse in der bayerischen Landwirtschaft erschweren es sehr, zu einer genügenden Rationalisierung der Betriebe durch erhöhte Technisierung gelangen zu können. In den 1—2-Pferde-Betrieben liegen die Verhältnisse auf diesem Gebiete besonders schwierig. Die **Motorisierung des kleinbäuerlichen Betriebes** ist bisher noch nicht gelöst, insbesondere nicht hinsichtlich der Schlepperfrage. Wenn auch die Einspannkuh vorläufig immer noch der billigste Traktor für den Kleinbetrieb ist, so darf doch nicht übersehen werden, daß es Verhältnisse gibt, wo infolge überweiter Entfernung der Felder vom Dorf auch diese Frage zur Lösung drängt. Die Frage der Kleinschlepper, insbesondere der Einachsschlepper usw. muß deswegen auf das Programm der breiten Versuchsanstellungen in der Technisierung gesetzt werden.

(Abg. Dr. Franke: Einheitsschlepper, damit sie endlich billiger werden, und nicht 180 Typen! Das ist ja furchtbar!)

— Wir haben ja heute noch an die 180 Typen bei den Schleppern.

Die Hauptschwierigkeit der Motorisierung und Mechanisierung liegt darin, daß ihr Nutzen erst bei einer vollen Motorisierung des Betriebes greifbar wird oder zumindest, wenn eine ganze Ar-

(Dr. Schlögl, Staatsminister)

beitskette motorisiert wird. Das übersteigt aber meist die finanzielle Kraft der landwirtschaftlichen Betriebe, so daß sich die überall im Gange befindliche Teilmotorisierung zunächst finanziell nicht oder nicht genügend auswirken kann.

Voraussetzung für eine **wirtschaftliche Technisierung** ist, daß Fehlinvestitionen vermieden werden, daß Maschinen und Geräte den Erfordernissen und Eigenheiten des jeweiligen Betriebes angepaßt sind und daß mit Hilfe der Maschinen zu neuzeitlichen Arbeitsmethoden und erhöhter Intensität des Anbaues übergegangen wird. Daraus ergeben sich die weitreichenden Aufgaben auf dem Gebiete der technischen und der betriebswirtschaftlichen Untersuchungen, der Entwicklung, Normung und Typisierung neuer Landmaschinen.

Die Konstruktionen von motorisierten Geräteträgern, Gebläse-, Feldhäckslern, Häcksel- und Mähdreschern sowie die Mechanisierung der Stallungarbeiten haben eine Fülle von technischen Problemen gebracht, die besonders sorgfältig untersucht und gewertet werden müssen. Die Förderung einiger besonders aussichtsreicher Erfindungen auf diesem Gebiete erscheint angebracht.

Der wirtschaftliche Einsatz bestimmter Maschinen, wie zum Beispiel Schlepper, Dreschmaschinen, Mähdrescher usw., kann in bäuerlichen Kleinbetrieben nur genossenschaftlich oder gemeinschaftlich durchgeführt werden. Die Form der **bäuerlichen Maschinengemeinschaft** wurde durch Bereitstellung von Zuschüssen, Zinsverbilligungen und mittelfristigen ERP-Krediten so gefördert, daß innerhalb eines Jahres 996 Schleppergemeinschaften, 66 Mähdreschergemeinschaften und 110 sonstige Maschinengemeinschaften gebildet werden konnten. Zu diesem Zweck wurden über 6 Millionen DM an ERP-Krediten, 276 000 DM an Zinsverbilligungen und 45 000 DM an Zuschüssen aufgewendet.

Die praktische Ausbildung von Bauern und Landwirten zu Maschinen- und Schlepperführern konnte durch fachliche Betreuung der **Deula-Landmaschinenschule** in besonderem Maße gefördert werden. Die Anmeldungen zu diesen Lehrgängen sind so zahlreich, daß der Ausbau der Deula-Landmaschinenschule und die Verlegung von Markt-Schwaben nach Freising sich als notwendig erwiesen haben. Mit dem Bau von zwei großen Maschinenhallen und einem Internatsgebäude wurde bereits begonnen. Vom Bund wurden zu diesem Zweck 90 000 DM zur Verfügung gestellt. Das Staatsministerium bringt hierzu einen Zuschuß in Höhe von 30 000 DM auf. Zur Fertigstellung der maschinentechnischen Abteilung an der Lehranstalt für Maschinenkunde in Triesdorf erhält der Bezirksverband Mittelfranken einen Zuschuß von insgesamt 200 000 DM.

Die **Erzeugung auf dem Acker und auf dem Grünland** hat in den beiden letzten Jahren eine Steigerung erfahren, die noch vor 5 Jahren unmöglich erschien. Durch die verstärkte Anwendung von Handelsdüngern und bestem Saatgut sowie durch Mechanisierung und Rationalisierung der

Erzeugung ist es gelungen, die Hektarerträge erheblich zu steigern und den Anbau zu intensivieren.

Es ist eine bedeutende Zunahme der Weizenanbaufläche bei gleichzeitiger Steigerung der Durchschnittserträge eingetreten. Wenn eine Anbausteigerung bei Roggen und damit eine bessere Bedarfsdeckung erreicht werden soll, muß der Roggenpreis näher an den Weizenpreis herangebracht werden. Der Braugerstenabsatz hat im vergangenen Jahr durch überreichliche Einfuhr sehr gelitten. Da in diesem Jahr infolge des durch die Witterungsverhältnisse bedingten verringerten Wintergetreideanbaues mehr Sommergetreide und damit auch mehr Sommergerste angebaut werden mußte, ist mit einer erhöhten Braugerstenerzeugung zu rechnen. Es muß der Erwartung Ausdruck gegeben werden, daß dieser Umstand bei der diesjährigen Gersteneinfuhr entsprechende Berücksichtigung findet. Die Bestrebungen zur Förderung der Qualitätsgerstenerzeugung werden zunichte gemacht, wenn die einheimische Gerste gegenüber der Auslandsware hintangesetzt wird. Die Haferanbaufläche muß wegen des mangelnden Absatzes von Futter- und Industriehafer eine bedeutende Einschränkung erfahren. Der Haferanbau für den Verkauf muß in erster Linie den rauhen Mittelgebirgslagen überlassen bleiben, während in den günstigen Lagen mehr Sommergerste und Sommerweizen an Stelle des Hafers treten sollen.

Mit der ständig zunehmenden Einführung von Mähdreschern tritt ein schwieriges Problem, nämlich die **Trocknung des Mähdruschgetreides**, mehr und mehr hervor. In den landwirtschaftlichen Betrieben, die mit Mähdreschern arbeiten, kann dieses Problem kaum gelöst werden. Es bleibt eine besonders vordringliche Aufgabe der Genossenschaften und des Handels, in ihren Lagerhäusern die Möglichkeit zum Trocknen des Getreides zu schaffen. Es ist zu wünschen, daß von ihnen diese Aufgabe ungesäumt in Angriff genommen wird.

Die **Getreideversorgung** konnte sich im laufenden Wirtschaftsjahr bei Bund und Ländern nach den aufgestellten Versorgungsplänen vollziehen. Bis einschließlich April 1953 sind von den eingepflanzten 2 Millionen Tonnen Einfuhrweizen 1 824 200 Tonnen hereingenommen worden, wodurch die Brotversorgung sichergestellt wurde. Die Roggeneinfuhr spielt keine nennenswerte Rolle. Für unser Land Bayern gilt auf diesem Gebiete folgendes:

Von den im Versorgungsplan 1952/53 vorgesehenen 220 000 Tonnen Einfuhrweizen sind bis 31. März 1953 115 615 Tonnen in Anspruch genommen worden. Die Getreideeinfuhrmenge bei Roggen betrug im gleichen Zeitraum 6458 Tonnen, bei Gerste 8485 Tonnen, bei Hafer 1300 Tonnen, der aus alten Beständen den Nahrungsmittelfabriken zugeführt wurde, bei Milocorn 48 135 Tonnen und bei Mais 26 321 Tonnen. Dem steht eine Anlieferung aus bayerischer Ernte 1952 von 259 906 Tonnen Roggen, 409 836 Tonnen Weizen, 267 598 Tonnen Gerste und 49 563 Tonnen Hafer gegenüber. Die eingeführten Brotgetreidemengen wurden an die Mühlen nach einem Verteilungsschlüssel verteilt, der im abgelaufenen Jahr nach längeren

(Dr. Schlögl, Staatsminister)

Verhandlungen mit den beiden Mühlengruppen zur Zufriedenheit beider neu festgesetzt wurde. Der Bayerische Landtag hatte eine diesbezügliche Eingabe des Bayerischen Müllerbundes der Staatsregierung zur Würdigung herübergegeben. Von der Tauschaktion Roggen gegen Milocorn wurde wegen des ungenügenden preislichen Anreizes nur wenig Gebrauch gemacht; es wurden lediglich zirka 22 800 Tonnen Milocorn und 3700 Tonnen Gerste zum Preise von 32,50 DM beziehungsweise 34,50 DM per 100 kg ab Lager der Einfuhr- und Vorratsstelle disponiert; der übersteigende Frachtbetrag von 1,50 DM per 100 kg wurde den Beziehern auf Antrag vergütet. Die nunmehr ab 15. Februar 1953 beendete **Konsumbrot-Subventionierung** hat für Bayern einen Betrag von nahezu 91,8 Millionen DM beansprucht, der an zirka 11 000 Bäckereibetriebe ausbezahlt wurde. Die zur Überwachung der ordnungsgemäßen Meldung angesetzten Kontrolle fanden bis 1. April 1953 bei 4280 Bäckereibetrieben statt; 1 217 000 DM wurden auf Grund dieser Prüfungen zurückgefordert.

(Abg. Kiene: Hört, hört!)

Die Prüfungen laufen bis Ende des Jahres weiter; jeder Betrieb soll mindestens einmal kontrolliert werden.

Für die **Frühdruschprämien-Aktion** für Roggen wurden bis zum 31. März 1953 3 454 363 DM ausbezahlt. Mit der Annahme des Getreidepreisesetzes ist die Wirtschaftspolitik auf dem Getreidesektor für ein weiteres Jahr festgelegt. Die von einem Teil der Wirtschaft gewünschte Anordnung von Festpreisen für die Landwirtschaft ließ sich nicht durchsetzen. Die von den Verarbeitungsgruppen gleichzeitig geforderte Mehl- und Brotpreisbindung wurde ebenfalls nicht akzeptiert. Es bleibt daher auch für das kommende Getreidewirtschaftsjahr bei den Von-bis-Preisen für Getreide und bei dem freien Wettbewerb der Verarbeitungsgruppen.

Ein ausgedehnter **Kartoffelanbau** ist unbedingt erforderlich, um eine gesicherte Ernährung und eine ausreichende Futterbasis zu haben. Im Kartoffelanbau ist jedoch eine Spezialisierung notwendig. Für die verschiedenen Verwendungszwecke müssen die vorhandenen Spezialsorten angebaut werden, um entsprechenden Absatz zu befriedigenden Preisen zu erzielen.

Für einen verstärkten **Zuckerrübenanbau** in Bayern sind die Voraussetzungen jetzt insofern erfüllt, als die Verarbeitungskapazität der Zuckerfabrik Regensburg um die Hälfte erhöht und dazu noch die Zuckerfabrik Franken in Ochsenfurt neu errichtet wurde. Die Vorteile, die der Zuckerrübenanbau für jeden Betrieb bringt, lassen einen vermehrten Anbau auch gerechtfertigt erscheinen. Sehr viel mehr Bezirke in Bayern könnten Zuckerrüben bauen. Diese Angelegenheit ist viel weniger eine Frage der Böden als der Ackerkultur und der Fruchtfolge. Es ist notwendig, daß in diesem Jahre wenigstens der Zuckerrübenpreis rechtzeitig in ausreichender Höhe festgesetzt wird.

(Sehr richtig!)

Die Förderung der **Grünland- und Futterwirtschaft** ist für uns in Bayern ganz besonders wichtig, da 42,3 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche allein auf das Grünland entfallen. Fast 8000 aus ERP-Mitteln finanzierte Demonstrationsflächen zur Steigerung der Futtererzeugung haben bewiesen, daß sich noch Ertragssteigerungen von erheblichem Ausmaß erzielen lassen. Sorgen bereitet mir der Umstand, daß wir mit der künstlichen Trocknung von Grünfütter und Rübenblatt nicht recht vorwärtskommen. Nicht nur die Schweiz und Holland, sondern auch andere deutsche Länder haben uns in dieser Frage geradezu überrollt. Freilich stehen anderwärts nicht nur langfristige billige oder zinslose Kredite, sondern auch namhafte Zuschüsse zur Errichtung von Trocknungsstationen zur Verfügung, so daß der genossenschaftliche Zusammenschluß nur einen Teil — etwa $\frac{1}{3}$ — selbst zu den Errichtungskosten beizutragen hat. Ich werde auf diese Angelegenheit im Rahmen künftiger Etats zurückkommen müssen.

Die **Organisation des Ackerbaues** ist im Lande Bayern immer noch weitgehend durch die verbesserte Dreifelderwirtschaft gekennzeichnet. Nur der Regierungsbezirk Unterfranken — ich bitte die unterfränkischen Abgeordneten, Obacht zu geben — hat ein ungefähr ausgeglichenes Verhältnis des Anbaues von Halmfrüchten und Blattfrüchten auf dem Ackerlande erreicht. Besonders stark ist der Getreideanbau im östlichen Oberbayern entwickelt, wobei der Sommergetreideanbau vielfach sogar im Vordergrund steht. Befriedigende Getreideerträge können bei einer solchen Organisation des Ackerbaues aus Gründen der Fruchtfolge, der stärkeren Verunkrautung usw. nicht erwartet werden. Auf der Grundlage der Ergebnisse der letzten landwirtschaftlichen Betriebszählung werden im Durchschnitt des Landes Bayern auf dem Ackerlande 56,6 Prozent Halmfrüchte und 43,4 Prozent Blattfrüchte angebaut. Das Verhältnis von Ackerland zu Dauergrünland ist im Landesdurchschnitt wie 1:0,76; die Grenzwerte für dieses Verhältnis sind im Regierungsbezirk Unterfranken mit 1:0,25 und im Regierungsbezirk Schwaben mit 1:1,64 gekennzeichnet. Der Zwischenfruchtbau nimmt im Durchschnitt Bayerns nur 7,5 Prozent des Ackerlandes in Anspruch; er ist im Regierungsbezirk Niederbayern mit 10,1 Prozent am stärksten entwickelt, überall aber noch ausbaufähig. Die Hauptfutterfläche, also Grünland und Feldfutterbau, nimmt im Durchschnitt des Landes 56,8 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche ein; die Nebenfutterfläche, also vor allem Zuckerrüben und Zwischenfrüchte, beanspruchen 4,6 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche.

Das **Grünland**, also der Hauptbestandteil unserer Futterfläche, bringt überwiegend so geringe Erträge, daß es überall dort, wo ein Übergang zur intensiven Mähweide nicht möglich ist, sowohl nach räumlicher Ausdehnung wie nach landwirtschaftlicher Kultur einer völligen Umgestaltung bedarf. Im Rahmen dieser Umgestaltung ist auch die Aufgabe der **Abkehr von der** noch überwiegend vertretenen Fruchtfolge der **Dreifelderwirtschaft in Richtung auf die Fruchtwechselwirtschaft** zu betreiben. Es sind hier Zielsetzungen nicht nur

(Dr. Schlögl, Staatsminister)

für Betriebe, sondern für ganze Gemeindefluren auszuarbeiten. Für die nächsten Jahre stehen wir jedenfalls vor betriebswirtschaftlichen Aufgaben, die größer und schwieriger sind als je zuvor. Ohne einen Ausbau der für diese Arbeiten einschlägigen Dienststellen werden sich diese Probleme nicht lösen lassen.

Der **Hopfen** kann als eine bayerische Spezialkultur bezeichnet werden, denn 90 Prozent der deutschen Gesamternte stammen aus Bayern. Die Hopfenbauern wissen, daß für sie die Erzeugung bester Qualität von ausschlaggebender Bedeutung ist, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein. Die bayerische Hopfenerzeugung ist heute schon so hoch, daß im Durchschnitt mindestens ein Drittel zur Ausfuhr gelangen muß.

Meine Damen und Herren! Die Frage des Hopfenforschungsinstituts für die Hopfenbauern lasse ich lieber weg, weil sich darüber die kritischen Geister immer noch nicht 100prozentig einig sind.

Der **Tabakanbau** ist für viele fränkische klein- und mittelbäuerliche Betriebe, die gezwungen sind, aus ihren geringwertigen Böden das Höchstmögliche herauszuholen, um existieren zu können, von großer wirtschaftlicher Bedeutung. In der Erkenntnis, daß nur Qualitätsware entsprechenden Absatz zu anständigen Preisen findet, sind die fränkischen Tabakpflanzler rechtzeitig zur künstlichen Trocknung übergegangen und haben für die zahlreichen Röhrentrocknungsanlagen über 1 Million investiert. Bahnbrechend sind die Tabakanbauer auch im Absatz ihres Produktes vorgegangen, indem sie die Versteigerung eingeführt haben, die sich bestens bewährt. Für die zwei großen Versteigerungshallen, die in Schwabach errichtet wurden, wurde eine staatliche Beihilfe gewährt. Ich möchte an dieser Stelle den Tabakanbauern meine besondere Anerkennung zollen, da sie in ganz kurzer Zeit die Probleme gelöst haben, die notwendig sind, damit dieser Anbau auch in Bayern gewährleistet bleibt.

Auch die anderen Sonderkulturen, wie **Heil- und Gewürzpflanzen** und **Korbweiden**, erfahren staatlicherseits Unterstützung.

Die Förderungsmaßnahmen im Acker- und Pflanzenbau werden in enger Zusammenarbeit mit den für die verschiedenen Fruchtarten vorhandenen privaten Spezialorganisationen durchgeführt, denen bei ihren Bestrebungen zur Steigerung und Verbesserung der Erzeugung sowie des Absatzes die ideelle und finanzielle Unterstützung des Staates zukommt.

Große Fortschritte sind auch auf dem Gebiete der **landwirtschaftlichen Abwasserwertung** erzielt worden. Die Oberste Baubehörde hat im besten Einvernehmen mit dem bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten seit 1950 1700 Hektar landwirtschaftliche Verwertungsflächen in 22 betriebsfertigen Projekten geschaffen, die für das ganze Bundesgebiet beispielgebend sind. Das wissenschaftliche Gremium für die Erforschung landwirtschaftlicher Abwasserwertungsfragen, in dem maßgebende bayerische Forschungsinstitute und unsere Landesanstalten

mitarbeiten, gibt die Gewähr dafür, daß die von der Hygiene erhobenen Vorwürfe bei Beachtung einiger Vorsichtsmaßnahmen nicht aufrechterhalten werden können. Riesige Abwassermengen unreinigen seit Jahr und Tag unsere Gewässer. Diese auf dem Wege der Landbehandlung nutzbringend zu verwerten, müßte in den kommenden Jahren eine Staatsaufgabe ersten Ranges sein.

In der **Almwirtschaft** lag und liegt der Schwerpunkt der Förderungsarbeiten im Entsteinen und Schwenden der Almflächen. Daneben sind durch Verbesserung der Düngerwirtschaft durch Bau von Dungstätten und Güllegruben und durch vermehrte Unterteilung der Flächen die Futtererträge zu steigern und in der Güte zu verbessern, um mehr Vieh sömmern zu können. Diese Maßnahmen setzen vielfach Umbau der Almställe und Ausbau der Almwege zur Beförderung der Baustoffe und Handeldüngermengen voraus.

Mit dem Einsatz von Landesmitteln (60 000 DM je Jahr) und 460 000 DM aus ERP-Mitteln konnte in den beiden letzten Jahren viel zur Erhaltung und Verbesserung der Almwirtschaft geschehen. Im Allgäu allein konnten deshalb 3000 Stück Vieh mehr aufgetrieben werden.

Ziel der Almwirtschaftsförderung ist es, auch noch die 10 000 Hektar in der Kriegs- und Vorkriegszeit verloren gegangener Almweide durch Schwenden und Entsteinen zurückzugewinnen, mindestens jährlich 500 Hektar in Weideschläge unterzuteilen, die Weideerträge durch 100 Stallumbauten, 100 Düngerstätten und Güllegruben zu steigern und den Betrieb durch Ausbau der Wege zu erleichtern. In der wichtigen Frage der Trennung von Wald und Weide dürfen die Interessen unserer Gebirgsbauern nicht zu kurz kommen.

Die notwendigen **Almverbesserungen** gehen meist über die bergbäuerliche Leistungskraft hinaus. Ohne namhafte Beihilfe durch den Staat vermag der Almbauer nicht die Förderungsmaßnahmen durchzuführen, die im Interesse der Steigerung der Milch-, Fett- und Fleischerzeugung notwendig erscheinen. Es darf nicht übersehen werden, daß viele Verbesserungsmaßnahmen zwar zur Erhaltung der Almen und zur Betriebserweiterung notwendig sind, aber auch sehr hohe Kosten verursachen.

Die Forderung der gärtnerischen Berufsorganisationen auf **Errichtung von staatlichen Obst- und Gartenbaustellen**, die der Bayerische Landtag im November 1951 genehmigte, konnte vorerst so weit erfüllt werden, daß in den Regierungsbezirken Niederbayern/Oberpfalz, Unterfranken und Schwaben je eine Staatliche Obst- und Gartenbaustelle errichtet wurde. Zur Zeit bestehen in Bayern einschließlich der schon seit vor dem ersten Weltkrieg tätigen Obst- und Gartenbaustelle in Bamberg insgesamt 4 Staatliche Obst- und Gartenbaustellen. Die Tätigkeit dieser Stellen hat sich für die gärtnerische Praxis als außerordentlich wertvoll erwiesen. Der Mehraufwand von 59 500 DM für den Obst- und Gartenbau gegenüber dem Rechnungsjahr 1952 steht in keinem Verhältnis zu den Vorteilen, die hier durch die Förderung des Gartenbaues der gesamten Volkswirtschaft erwachsen.

(Dr. Schlögl, Staatsminister)

Dem Lande Bayern wurden vom Bund aus ERP-Mitteln für das „Programm zur Förderung des gartenbaulichen Beratungsdienstes“ 147 900 DM zur Verfügung gestellt. Dieses ERP-Programm endet mit dem 31. März 1953. Die Hauptaufgabe des Beratungsdienstes bestand neben der Verstärkung der Schädlingsbekämpfung und der Vereinfachung der Arbeitstechnik vor allem darin, die Technisierung im Gartenbau voranzutreiben, um eine Senkung der hohen Gestehungskosten zu erreichen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß unsere landwirtschaftliche Erzeugung auf dem Gebiete des Pflanzenbaues stetige und rasche Fortschritte gemacht hat. Die Flächenproduktivität der wichtigsten Feldfrüchte liegt auf Bundesebene im Jahre 1952 bei 115—120 Prozent der Vorkriegserträge. Wie stark die **Erhöhung der Hektarerträge auf dem Ackerland** in langjähriger Sicht gewesen ist, ergibt sich aus einem Vergleich neuerer Ertragszahlen mit denen aus dem vorigen Jahrhundert. So sind zum Beispiel die Weizen- und Roggenerträge von 1880 bis 1939, jeweils im mehrjährigen Durchschnitt, um 70—80 Prozent gestiegen und die Kartoffelerträge haben sich in dem gleichen Zeitraum ziemlich genau verdoppelt. Für das Land Bayern zeigt eine Gegenüberstellung der Hektarerträge des Jahres 1951 mit denjenigen des Jahres 1880, daß zum Beispiel bei Getreide sogar mehr als eine Verdoppelung der Erträge eingetreten ist; der Winterweizenertrag ist beispielsweise von 12,9 Doppelzentner je Hektar auf 28,6 Doppelzentner je Hektar gestiegen. Die Landwirtschaft hat damit den Beweis erbracht, daß sie die Ergebnisse von Forschung und Wissenschaft weitgehend praktisch angewandt hat. Es ist auch kein Grund dafür zu sehen, daß etwa die Tendenz der Steigerung der Hektarerträge nicht weiter fortgesetzt werden könnte. Leider ist es nicht gelungen, ähnliche Ertragssteigerungen auch auf dem wichtigen **Sektor des Grünlandes** zu erzielen. Auf die Reserven, die hier noch vorliegen, habe ich bereits hingewiesen. Immerhin ist es gelungen, den Milchkuhbestand wieder auf 99,4 Prozent des Vorkriegsbestandes zu bringen und die Leistung je Tier zu steigern. Nicht nur die Milchleistung nimmt zu, sondern auch der Fettgehalt der Milch. Eine Steigerung des Milchertrages je Kuh und Jahr von 2000 kg im Vorkriegsdurchschnitt auf 2300 kg im letzten Jahr ist durchaus beachtlich. Trotzdem kann und muß auf dem Gebiete des Grünland-ertrages noch viel geschehen, wobei ich unter anderem zum Beispiel auf den starken Kleeertrag in der Schweiz mit immerhin ähnlichen Böden- und Klimaverhältnissen hinweisen möchte. Aber in der Schweiz bekommt der Bauer 38—40 Rappen für den Liter Milch, während bei uns der Fortschritt auf dem Gebiete der Veredlungserzeugung durch ausgesprochen ungünstige Preisrelationen gehemmt ist. Auf der Basis der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte für das Wirtschaftsjahr 1949/50 ergibt sich zum Beispiel, daß die Erzeugerpreise der Landwirtschaft im März 1953 insgesamt bei 106 stehen, während die Getreidepreise bei 159, die Schlachtviehpreise aber nur bei 98, die Milchpreise nur bei 107 und die Eierpreise

nur bei 68 liegen. Derselbe Vergleich, auf das letzte Vorkriegsjahr bezogen, führt zu grundsätzlich gleichen Ergebnissen. Genau so gut, wie jeder gewerbliche Betrieb seine Erzeugung auf den Absatz und die Preise einstellt, muß dies auch der landwirtschaftliche Betrieb tun, wenn er auch Produktionsumstellungen nur langsamer und vorsichtiger vornehmen kann als ein gewerbliches Unternehmen. Es ist also zur Erreichung höherer Leistungen unserer Grünlandflächen usw. von größter Wichtigkeit, daß sich die **Preisrelation für ackerbauliche- und für Veredlungserzeugnisse** wieder normalisiert. Im Durchschnitt Bayerns entfallen zirka 70 Prozent der Einnahmen unserer landwirtschaftlichen Betriebe auf Einnahmen aus der Veredlungstätigkeit; bei den klein- und mittelbäuerlichen Betrieben sind es auch in Ackerbaugebieten, also auch dort, wo die Natur die Veredlungswirtschaft nicht begünstigt, 80, 90 und 100 Prozent. Der kleinere Betrieb kann ohne stark entwickelte Veredlungswirtschaft nicht existieren; er leidet unter der Ungunst der Preisrelationen zwischen Ackererzeugnissen und Veredlungsprodukten ganz besonders.

Mit seinen 3 592 724 Rindern, die am 3. Dezember 1952 gezählt wurden, ist **Bayern eines der größten Tierzuchtländer Europas**. Auch daraus geht hervor, daß der Umfang der Erzeugungsleistung und ebenso die allgemeine Ertragslage unserer Landwirtschaft entscheidend von dem Rindvieh- und von dem Milchpreis abhängen. Im vergangenen Jahr betrug der Auszahlungspreis pro kg Milch im Durchschnitt bei einem Fettgehalt von 3,80 Prozent: 26,95 Pfg. Damit lag er in Bayern am niedrigsten unter allen deutschen Ländern. Er lag um 1,49 Pfennig niedriger als in Hessen und um 2,89 Pfg. niedriger als in Rheinland-Pfalz, womit ich die Grenzwerte dieses Vergleiches angegeben habe. 1 Pfennig **Milch-Geld** je Kilo macht aber für die bayerische Landwirtschaft rund 19,5 Millionen DM im Jahr aus.

Ebenso wie die Landwirtschaft aber berechtigt ist, einen gerechten Milchpreis zu fordern, ebenso hat sie auch erkannt, daß sie alles tun muß, um die Erzeugungskosten zu senken. Unter den vielen Maßnahmen, die eine Senkung der Erzeugungskosten bewirken, sei vor allem die **Milchleistungsprüfung** genannt. Das Jahr 1952 hat die Erfüllung eines Programms gebracht, das wir uns in der bayerischen Landwirtschaft selbst gestellt hatten: Verdoppelung der Teilnehmerzahl an den freiwilligen Milchleistungsprüfungen. Mit Beginn des Jahres 1953 standen 47 219 Betriebe mit 378 831 Kühen = 21,8 Prozent des Gesamtkuhbestandes unter Kontrolle.

Die Durchführung der Milchkontrolle kostet viel Geld. Jeder Eingeweihte weiß, daß man in allen westeuropäischen Ländern die Milchleistungsprüfungen nur mit hohen Staatszuschüssen durchführen kann. Je mehr Kleinbetriebe, je kleiner die Kuhzahl der Betriebe, desto höher der Zuschußbedarf. Eine unleugbare Tatsache, die uns in Bayern besonders berührt. Rentieren sich nun diese Aufwendungen? Sämtliche im Jahre 1952 kontrollierten Kühe hatten ein durchschnittliches

(Dr. Schlögl, Staatsminister)

Ergebnis von 3005 kg Milch. Dabei ist festzustellen, daß diejenigen Betriebe, die schon längere Zeit bei den Milchleistungsprüfungen mittun, um über 500 Liter Milch mehr je Kuh als die jüngeren Teilnehmer, nämlich 3353 gegen 2842, erzeugt haben; sie hatten auch wesentlich höhere Fettprozentage, nämlich 3,92 Prozent gegen 3,8 Prozent.

Die langjährige Teilnahme an den Milchleistungsprüfungen hat die Betriebe durch bessere Betriebsorganisation, insbesondere verbesserten Futterbau, krisenfester gemacht — zum eigenen Nutzen, aber auch zum Nutzen der Versorgung der Bevölkerung.

Nun zu den Betrieben, die der Milchkontrolle nicht angeschlossen sind: Diese haben um rund 800 Liter je Kuh und Jahr weniger erzeugt als die kontrollierten Betriebe. Dies bedeutet in Geld ausgedrückt, eine Mindereinnahme von 280 Millionen DM. Würde man aber nur — einen ausreichenden Milchpreis vorausgesetzt — die in Bayern zweifellos vorhandene Möglichkeit einer Leistungssteigerung von 400 Liter je Kuh und Jahr in Rechnung setzen, so ergäbe das bei 1 798 741 Kühen in Bayern und einem Erzeugermilchpreis von 0,25 DM einen Erzeugermehrwert von 178 974 100 DM. Welche Volkswirtschaft, welche Staatsführung kann sich eine solche Mehrerzeugung, ein solches Anwachsen volkswirtschaftlicher Erzeugungskraft entgehen lassen?

(Sehr gut! bei der CSU)

Wenn aber schon die bayerische Landwirtschaft auf die **Veredlungswirtschaft** in so außerordentlichem Maße angewiesen ist, dann muß auch alles getan werden, um eine gute Veredlungswirtschaft zu betreiben. Dies besonders deshalb, weil die Hauptveredlungsländer Westeuropas, vor allem Holland und Dänemark, unter weit günstigeren Verhältnissen mit ihren Veredlungsprodukten auf den deutschen Markt drängen; deshalb gilt es, alle Anstrengungen zu machen, um die Erzeugungskosten so weit wie möglich zu senken. Dies ist möglich erstens durch die **Hebung des Fachwissens**.

Die vorhandenen Beratungskräfte können der Überfülle der Aufgaben kaum mehr nachkommen. Es war mit der vorhandenen Zahl von Melklehrern im letzten Jahr nicht möglich, den Wünschen der Landwirtschaft nach Durchführung der Viehhaltungs- und Melkkurse nachzukommen. Deshalb ist hier künftig eine Stellenmehrung notwendig. Neue Aufgaben stehen heran! Die **Melkmaschine** — bei richtigem Einsatz ein Hilfsmittel der Arbeitserleichterung für die vielgeplagte Bauersfrau — hat eine weite Verbreitung gefunden. In der Zeit vom 15. Oktober 1951 bis 31. Dezember 1952 ist die Zahl der in Bayern in Betrieb befindlichen Melkmaschinen von 2402 auf 7204 gestiegen. Zu Anfang dieses Jahres wurden 103 443 Kühe mit Maschinen gemolken. Auch in den kleineren Betrieben bis zu 6 Kühen gewinnt die Verwendung von Melkmaschinen zunehmend an Boden; am 31. Dezember 1952 waren immerhin 440 Melkmaschinen bei diesen kleineren Betrieben in Verwendung. Wenn die Melkmaschine

eine Hilfe der Bäuerin bleiben solle und die Milch in ihrer Qualität und die Kühe in ihrer Gesundheit nicht leiden sollen, muß die Ausbildung in der Handhabung und im Einsatz dieser Maschine mit allen Mitteln vorangetrieben werden. Es müssen also die vorhandenen Viehhaltungsschulen so ausgebaut werden, daß laufend Lehrgänge im Maschinenmelken durchgeführt werden können. Dies genügt aber nicht. Durch die schon überlasteten Melklehrer müssen Kurzurse auf den Dörfern für Maschinenmelken abgehalten werden, um größte Verstöße gegen Technik und Tier zu verhindern.

Zweitens bedarf die **Teilnahme an der Milchleistungsprüfung** einer weiteren Steigerung. Durch die Teilnahme an dieser Leistungsprüfung finden die Beratungskräfte oft erst Eingang in die Ställe und Betriebe, um dort die Erkenntnisse der rentablen Viehhaltung dem Bauern zu vermitteln. Es handelt sich ja nicht nur um die Feststellung der Milchmengen und des Fettprozentgehaltes, sondern ganz besonders um die züchterische und betriebswirtschaftliche Auswertung dieser Ergebnisse neben einer laufenden Futterberatung. Berücksichtigt man nur die durch die Milchleistungsprüfungen den Landwirten ermöglichte Steigerung des Fettgehaltes der abgelieferten Milch, so ergibt sich, daß die im Jahre 1952 von den Molkereien erfaßte Milch um 38 276 Doppelzentner Butter mehr enthielt als die gleiche Milchmenge mit dem Fettprozentgehalt des Jahres 1938. Diese Buttermenge entspricht einem Verkaufspreis von rund 23 Millionen DM.

Wenn der Staat die bisher gewährten Mittel für die Milchleistungsprüfungen nicht mehr zur Verfügung stellen würde, so müßte in allen kleineren Betrieben — und das sind vor allem fast alle Betriebe Nordbayerns und Nordschwabens — die Milchleistungsprüfung eingestellt werden. Damit würde man diese kleinen Betriebe der Möglichkeit, an der Beratung und damit am Fortschritt teilzunehmen, berauben.

Neben der laufenden Ausbildung, Fortbildung und Beratung sind es vor allem drittens **züchterische Maßnahmen**, die eine Erzeugungssteigerung gewährleisten. Eine Beschleunigung des züchterischen Fortschrittes kann vor allem dadurch erreicht werden, daß es gelingt, durch Einsatz aller züchterischen Maßnahmen Vätertiere mit bestem Erbgut zu züchten.

Eine besondere Aufgabe besteht schließlich darin, möglichst viele Betriebe der Landestierzucht für die **Herdbuchzucht** und Herdbuchführung — als Voraussetzung für jede züchterische Beratung — zu gewinnen, um dadurch baldmöglichst in die Lage zu kommen, den Bedarf an gutem, tbc-freiem weiblichem Zuchtmaterial im eigenen Lande zu befriedigen. Ich bin überzeugt, daß es nach jeder Richtung hin vorteilhafter ist, durch unsere Tierzuchtämter die Tierbestände aller unserer Betriebe leistungsfähiger und damit gesünder zu machen, als Nachteile und Schäden, die durch kranke Bestände verursacht werden, doch auch unter Aufwendungen der öffentlichen Hand nachhinein zu bekämpfen. Auf allen Gebieten ist eine vorausschauende Ver-

(Dr. Schlögl, Staatsminister)

meidung von Schäden billiger und vollkommener als die Behebung bereits eingetretener Nachteile. Ich möchte dem Obersten Rechnungshof nahelegen, diese Erkenntnis nicht abzulehnen. Im übrigen sehe ich die enge organisatorische Zusammenarbeit der Tierzuchtämter mit den Tierzuchtverbänden, dem Bauernverband und den milchwirtschaftlichen Organisationen als ein nachahmenswertes Beispiel dafür an, wie der Aufwand des Staates für die Wirtschaftsförderung zu höchster Wirkung gebracht werden kann; die Verbindung von Praxis und Beamtentum kann mir gar nicht eng genug sein.

Gerade die Tatsache, daß praktisch bei jedem Tierzuchtamt in Form des Verbandsausschusses ein wirklich einflußreicher bäuerlicher Beirat besteht, macht anerkanntermaßen die Stärke der süddeutschen Tierzuchtorganisationen aus. Es ist nicht von ungefähr, daß man in Holland, als dem wohl erfolgreichsten Tierzuchtland der Welt, von Staats und Gesetzes wegen ganz ähnliche Einrichtungen geschaffen hat. Meine Damen und Herren! Wenn es in Bayern nicht mehr so gehandhabt werden darf, werde ich mir auch erlauben, im Bayerischen Landtag ein entsprechendes Gesetz einzubringen. Ich hoffe, daß im Interesse der Landestierzucht dieses Gesetz dann vom Landtag auch wirklich angenommen wird.

Auf dem Gebiete der **Milchwirtschaft** hat der Leistungswille erneut Erfolge zu verzeichnen. Die Milchanlieferung an die bayerischen Molkereien war im ersten Halbjahr 1952 um etwa 10 Prozent über derjenigen im ersten Halbjahr 1951 gelegen und hat im Jahresdurchschnitt 1952 trotz der Trockenheit im Sommer 1952 und der dadurch bedingten ungünstigen Futterverhältnisse des zweiten Halbjahres 1952 noch eine Steigerung von rund 5,5 Prozent gegenüber dem Vorjahre gebracht. Im Vorkriegsdurchschnitt hat die Molkereimilchlieferrung rund 1,4 Milliarden kg betragen. Gegenüber dem Jahre 1951 mit einer Molkereimilchlieferrung von rund 1,89 Milliarden kg konnte im Jahre 1952 die Milchanlieferung bei den Molkereien auf rund 1,96 Milliarden kg gesteigert werden. Im Jahre 1952 lag die Buttererzeugung mit rund 49 671 Tonnen um rund 2000 Tonnen, die Käseerzeugung mit rund 67 014 Tonnen um rund 4400 Tonnen höher als im Jahre 1951. Auch in der Herstellung von Dauermilch machte sich im Jahre 1952 gegenüber 1951 eine Steigerung um rund 5500 Tonnen bemerkbar. Hinsichtlich der Molkereimilchlieferrung steht Bayern mengenmäßig im Bundesgebiet an dritter Stelle. An der gesamten Buttererzeugung im Bundesgebiet nimmt Bayern die zweite Stelle ein; in der Käseerzeugung dagegen wird Bayern von keinem Bundesland übertroffen. Die nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten durchgeführten Stützungsmaßnahmen haben nicht nur eine Annäherung der Milchauszahlungspreise in den einzelnen Erzeugungsgebieten gebracht, sondern auch die Versorgung der Bevölkerung der größeren Verbrauchsorte in milchschwachen Erzeugungsgebieten sichergestellt. Die Bedeutung der bayerischen Milchwirtschaft im Rahmen der bäuerlichen Gesamteinnah-

men und innerhalb der gesamten Volkswirtschaft erhellt am besten die Tatsache, daß im Jahre 1952 allein über 528 Millionen DM an die Milcherzeuger ausbezahlt werden konnten, eine Einnahme, die in monatlichen Zuwendungen dem Bauernhofe zu einem erheblichen Teil die Geldbeträge bringt, die zum Umtrieb der Wirtschaft erforderlich sind. Es muß deshalb auch unser vornehmstes Ziel bleiben, die im Milch- und Fettgesetz geschaffene Milchmarktordnung unter allen Umständen aufrechtzuerhalten, weil nur mit ihr und in einer entsprechenden Qualitätsförderung diese wichtige Einnahmequelle der Landwirtschaft garantiert ist.

Der jährliche **Schlachtviehanfall** aus den bayerischen Viehbeständen überstieg 1 Milliarde DM. Der Gesamtanfall an Schlachtvieh betrug im Jahre 1952 rund 525 000 Stück Großvieh, 800 000 Kälber, 2 400 000 Schweine und 150 000 Schafe. Die Bedeutung des Schlachtviehmarktes für die Landwirtschaft und die übrigen, am Vieh- und Fleischverkehr beteiligten Kreise einschließlich der Verbraucher wird durch diese Tatsache klar ersichtlich. Fast 50 Prozent des bayerischen Schlachtviehanfalls werden über die nach dem Vieh- und Fleischgesetz anerkannten Schlachtviehgroßmärkte und Märkte umgesetzt. Daraus ergibt sich die Bedeutung der in Bayern bestehenden anerkannten Schlachtviehmärkte. Zur Zeit bestehen sechs Schlachtviehgroßmärkte und 8 anerkannte Schlachtviehmärkte. Im Monat März wurde als letzter der Schlachtviehmarkt Straubing gemäß § 4 Ziff. 2 des Vieh- und Fleischgesetzes anerkannt und seiner Bestimmung übergeben. Demgegenüber steht eine Einfuhr nach Bayern von rund 4358 Rindern, 51 885 Schweinen und 5250 Tonnen Fleisch, Speck und Innereien.

Die **Abstimmung der Importe** mit den einheimischen Marktverhältnissen durch fortlaufende Verwertung der auf den Märkten gewonnenen Zahlen ist besonders wichtig. Es wurden aber im Laufe des Jahres 1952 durch die Einfuhr- und Vorratsstelle nur zirka 4000 Rinder und etwa 3300 Schweine mit einem Wert von etwa 4 Millionen DM aus dem Markt genommen. Gleichzeitig wurden ebenfalls über das Bundesernährungsministerium, allerdings nur soweit es die handelsvertraglichen Bindungen erlaubten, Einfuhren von Vieh und Fleisch abgestoppt oder auf Zeitpunkte verschoben, in denen keine ernsthaften Störungen des innerdeutschen Marktes zu befürchten waren. Der Einfuhr- und Vorratsstelle wurde außerdem empfohlen, Fleisch aus ihren Beständen auszulagern, wenn Preisentwicklungen auf den Märkten zu beobachten waren, die mit der wahren Marktlage nicht im Einklang standen. Die zur Zeit im Zusammenhang mit anderen Absatzschwierigkeiten für die Landwirtschaft sehr ernste Preisentwicklung auf den Schlachtviehmärkten zeigt, daß der Mechanismus der Marktordnung nicht genügend funktioniert hat.

(Sehr richtig!)

Oberstes Ziel unserer Marktwirtschaft muß bleiben, die Inlanderzeugung zu festigen. Es muß deshalb Aufgabe der kommenden Monate sein, auf den Versorgungsplan für das Wirtschaftsjahr 1953/54

(Dr. Schlögl, Staatsminister)

so einzuwirken, daß der heimischen Produktion unter allen Umständen der Vorrang gesichert ist.

(Sehr richtig!)

Zur Frage der **Pferdezucht** und **Pferdehaltung** möchte ich folgendes herausstellen:

1. Auch eine wesentlich verstärkte Motorisierung macht in einem Land wie Bayern das Pferd nicht überflüssig. Das muß auch dem größten Zweifler die Hackfruchternte des letzten Jahres bewiesen haben.
2. Die Krisis in der Pferdezucht ist hervorgerufen durch den aus der Kriegszeit noch vorhandenen Überhang von alten Pferden. Es sollte daher alles und jedes getan werden, um den Absatz der Schlachtpferde, insbesondere auch im Ausland, zu beschleunigen.
3. Der derzeitige Fohlenanfall genügt keinesfalls, um einen aufs stärkste reduzierten Bestand an Arbeitspferden zu ergänzen.
4. Es muß deswegen der Versuch gemacht werden, über die heutige Krisis hinwegzukommen; insbesondere müssen die privaten und genossenschaftlichen Hengsthalter veranlaßt und durch entsprechende moralische und finanzielle Unterstützung ermuntert werden, die guten Hengste trotz der derzeit einwandfrei mangelnden Rentabilität über die nächsten Jahre zu erhalten.
5. Der Staat kann, nachdem sich derzeit Private und Genossenschaften zur Übernahme selbst von Leihhengsten aus den genannten Gründen nicht bereitfinden, im Interesse der Volkswirtschaft sich seiner Aufgabe als der größte Hengsthalter in den nächsten Jahren nicht entziehen.
6. Auch die Pferdezüchter müssen durch Hebung ihres Fachwissens krisenfester gemacht werden. Dazu gehört heute insbesondere Aufklärung der Landjugend über die Beurteilung und den Umgang mit Pferden, sowie Beratung über eine neuzeitliche Fütterung, die durch Umstellung auf vermehrte Hackfruchtgaben an Stelle von Hafer einen geringeren Bedarf an Hauptfuttermitteln zugunsten der Mehrung der Verkaufserträge ermöglicht. Den Pferdezuchtinspektionen müßte deswegen eine gewisse Verstärkung des Beraterstandes zugewilligt werden.

Die bayerische **Schafhaltung** ringt seit Jahren im wahrsten Sinne des Wortes um ihre Existenz. Die Ursachen hierfür sind Unwirtschaftlichkeit der Woll- und Fleischpreise sowie eine immer schlimmere Formen annehmende Weidenot. Der Rückgang der bayerischen Schafhaltung in den letzten vier Jahren ist erschreckend und besorgniserregend. Während die Schafzahl vom Dezember 1948 bis Dezember 1952 um 36 Prozent gesunken ist, hat sich die Zahl der Schafhalter im gleichen Zeitraum um 75 Prozent verringert.

Die **Aufgaben des Staates** für das Jahr 1953 sehe ich folgendermaßen:

1. Die Änderung der Preisverhältnisse für deutsche Wolle und Schaffleisch kann nur auf Bundesebene erfolgen.

2. Auf Landesebene muß in kurzer Zeit eine Klärung der Weidefrage durch Schaffung eines Weidegesetzes erfolgen. Auf den Initiativantrag von 25 Herren Abgeordneten zur Schaffung eines Weidegesetzes nehme ich Bezug.
3. Auch in der Schafhaltung ist ausreichendes Fachwissen die erste Voraussetzung zur Überwindung von Schwierigkeiten. Der Landesverband Bayerischer Schafzüchter e.V. hat als Berufsvertretung der bayerischen Schafzucht im vergangenen Jahr begonnen, in Triesdorf eine Lehr- und Versuchsanstalt für Schafzucht mit Zuschußmitteln meines Ministeriums einzurichten. Dieses Unternehmen muß auch im heurigen Etatjahr durch den Staat weiter gefördert werden, um die Heranbildung eines geschulten und verantwortungsbewußten Schäfer Nachwuchses zu sichern.
4. Geldmittel müssen auch für wichtige und unbedingt notwendige Förderungsmaßnahmen bereitgestellt werden. Ich nenne hier das Problem der Verbesserung von gemeindeeigenen Schafweiden, Durchführung von Weidedüngungs-, Zucht-, Mast- und Fütterungsversuchen, Abhaltung von Schäferkursen, Wollkursen, Leistungshüten, Parasitenbekämpfung usw.

Die Schafhaltung hat sich bis jetzt immer mehr oder weniger selbst geholfen, solange sie dazu aus eigenen Kräften in der Lage war. Nachdem dies seit einigen Jahren nicht mehr der Fall ist, muß der Staat eingreifen, um zu verhindern, daß diese in Notzeiten ausschlaggebende Rohstoffquelle nicht ganz versiegt.

Die **Kleintierzucht**, die **Ziegenzucht** und auch die **Fischzucht** haben gerade bei uns in Bayern eine größere wirtschaftliche Bedeutung, als gemeinhin angenommen wird. Die wertmäßige Jahreserzeugung unserer Kleintierzucht berechnet sich für 1952 auf rund $\frac{1}{4}$ Milliarde DM. Geflügelhaltung, Ziegen-, Bienen- und Kaninchenzucht sind bekanntlich auch für viele nichtlandwirtschaftliche Haushaltungen von nicht zu unterschätzender wirtschaftlicher Bedeutung. Es ist deshalb notwendig, daß auch auf diesen Gebieten alles getan wird, was zur Erhöhung der Erzeugung beitragen kann. Auch hier stehen die Bemühungen, durch Schulung und Beratung und nicht zuletzt auch durch züchterische Maßnahmen weiter vorwärtszukommen, im Vordergrund.

Die verstärkt durchgeführten **Leistungsprüfungen** haben es in Verbindung mit einer sachgemäßen Beratung zuwege gebracht, daß zum Beispiel im Landesdurchschnitt eine Leistungssteigerung von etwa 20 Eiern je Henne im Vergleich zu 1938 erreicht wurde. Das bedeutet einen Mehranfall von rund 220 Millionen Eiern im Jahr und eine jährliche Mehreinnahme für Eier von mindestens 35 Millionen DM. Wie wichtig all diese Dinge sind, ergibt sich zum Beispiel auch daraus, daß im Durchschnitt der 3700 unter Leistungsprüfung stehenden Ziegen 775 Kilogramm Milch je Ziege und Jahr angefallen sind; jede dieser Ziegen hat damit etwa das Fünzfachfache ihres Lebendgewichtes an Milch geliefert.

(Dr. Schlögl, Staatsminister)

Stärkerer Hackfruchtbau mit seinem hohen Roherttrag je Flächeneinheit ist bei uns nicht nur eine Forderung einer neuzeitlichen Betriebsorganisation, sondern auch mehr als anderwärts die Voraussetzung für eine erhöhte **Schweinehaltung**. Diese ist ungeheuer wichtig, damit vor allem unsere Kleinbetriebe mehr Einnahmen bekommen, vielseitiger und damit krisenfester werden. Die Schweinebestandszahl in Bayern, die im Jahre 1945 auf 1,27 Millionen Stück abgesunken war, hat sich erfreulich rasch auf 2,85 Millionen Stück im Dezember 1951 erhöhen können. Leider ist seitdem ein Abfall auf 2,53 Millionen Stück im Dezember 1952 eingetreten. Der Grund für diesen Rückgang der Bestände und damit auch der Erzeugung ist der Rückgang der Schweinepreise, der die Schweinemast vielfach unrentabel gemacht hat. Dabei haben wir in Bayern sowieso viel weniger Schweine als in anderen deutschen oder gar in den nordischen Ländern; in Niedersachsen zum Beispiel treffen 1,3 Schweine auf das Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche, bei uns nur 0,64 Stück. Je schärfer die Konkurrenz bei der Schweinezucht und Schweinehaltung wird, desto wichtiger ist eine genügende Ausbildung der Schweinehalter. Um auf diesem wichtigen Gebiet vorwärtszukommen, habe ich eine **Lehr- und Versuchsanstalt für Schweinezucht in Schwarzenau** errichtet. Damit ist der Zustand beendet, daß jeder, der seine Gehilfen- oder Meisterprüfung als Schweinewärter ablegen wollte, außerhalb Bayerns gehen mußte. Von großer praktischer Bedeutung ist es auch, dafür zu sorgen, daß mehr Zuchtsauen gehalten werden, damit wir von der großen Einfuhr norddeutscher Ferkel, die immer wieder Seuchen einschleppen, unabhängig werden. Im Regierungsbezirk Oberfranken wurden zum Beispiel fast zwei Drittel der benötigten Ferkel von außerhalb eingeführt. Es ist gar kein Grund vorhanden, daß dies nicht geändert werden könnte. Es müssen auch die **Zuchtleistungsprüfungen** verstärkt Eingang finden; denn es ist erwiesen, daß infolge der Zuchtleistungsprüfungen in den letzten zwei Jahrzehnten je Zuchtsau $1\frac{1}{2}$ Ferkel mehr aufgezogen werden. Über den Weg der gekörten Eber kommen diese Erfolge der ganzen Landestierzucht zugute. An die Zuchtleistungsprüfungen müssen sich die **Mastleistungsprüfungen** anschließen, da sie die Wüchsigkeit, die Futterverwertung und die Schlachteigenschaften unserer Schweine zu verbessern in der Lage sind. Auch auf diesem Gebiet ist Schwarzenau eingesetzt. Für die südbayerischen Regierungsbezirke muß eine zweite Probemastanstalt bald geschaffen werden. Dem dänischen Schweinemäster ist es mit Hilfe der Probemastanstalten gelungen, den Futterverbrauch je Kilogramm Gewichtszunahme um ein Achtel zu senken und dabei noch die Schlachtqualität zu verbessern. Es sind sehr hohe Summen, die auf diese Weise eingespart werden und der Landwirtschaft sowie dem Verbraucher zugute kommen können.

Ich möchte meine Darlegungen zum Kapitel **Flurbereinigung** kurz halten, weil die Notwendigkeit einer raschen Durchführung der Grundstücks-

zusammenlegung allgemein bekannt und anerkannt ist. Die Errichtung von zwei neuen Flurbereinigungsämtern und die bessere Ausstattung der übrigen fünf Flurbereinigungsämter hat zum Ergebnis gehabt, daß die Leistung der Flurbereinigung in Bayern jetzt schon einen Stand erreicht hat, den kein anderes Bundesland aufweisen kann. Während die höchste Jahresleistung vor dem Kriege, nämlich im Jahre 1939, bei 20 000 Hektar lag, wurden 51 200 Hektar im Jahre 1951 und 54 600 Hektar im Jahre 1952 bereinigt. Durch neue technische Verfahren ist es aber auch gelungen, die Zeitdauer der Flurbereinigungsverfahren bedeutend zu verkürzen. Während früher im Durchschnitt 4 bis 5 Jahre für die Bereinigung einer Gemeinde benötigt wurden, braucht man dazu heute nur noch $1\frac{1}{2}$ bis 2 Jahre. Zur Zeit liegen etwa 80 Anträge auf Flurbereinigung vor; die Zahl der Anträge ist im Wachsen begriffen. Mit dem derzeitigen **Personalstand der Flurbereinigungsämter** können jährlich etwa 120 Gemeinden bearbeitet werden. Jährlich kommen aber mindestens 150 Anträge neu hinzu. Das Personal der Flurbereinigungsämter muß also weiterhin vermehrt werden. Die qualifizierten Fachkräfte der Flurbereinigung haben eine neunjährige Ausbildung hinter sich zu bringen. Erst die nächsten 3 bis 4 Jahre werden genügend ausgebildete Fachkräfte für den höheren und gehobenen Flurbereinigungsdienst zur Verfügung stellen. Es ist beabsichtigt, den Personalstand der Flurbereinigungsämter Bayerns auf mindestens 1800 Dienstkräfte zu erhöhen. Erst dann wird es möglich sein, in jedem Jahr etwa 100 000 Hektar der Flurbereinigung und Arrondierung zu unterziehen. Diese Leistung ist notwendig, weil in Bayern immer noch etwa 3 Millionen Hektar auf die Bereinigung warten. Es muß auf diesem Gebiet viel geschehen, weil in Bayern heute erst etwa 17 Prozent flurbereinigt sind. Unser Nachbarland Hessen ist zum Beispiel zu 64 Prozent bereinigt. Auch die anderen Bundesländer sind durchweg in der Flurbereinigung weiter voran. Die **Arrondierungen** erfreuen sich einer ständig wachsenden Beliebtheit. Leider lassen sich die Arrondierungen nur in unkomplizierten Fluren, fast ausschließlich nur im südbayerischen Raum, durchführen. Probleme für eine Zukunftslösung sind vor allem die Aussiedlung einzelner Höfe aus dem Dorf in die Feldflur, die Aufstockung von Kleinbetrieben durch Auflösung von landwirtschaftlichen Kümmerbetrieben und die Fragen der Landschaftsgestaltung. Die Beispiele, die auf diesen Gebieten andere Länder, zum Beispiel Schweden, geben, verdienen unsere Beachtung.

Die **ländliche Siedlung** hat die Aufgabe, den leistungsfähigen und leistungswilligen bäuerlichen Menschen mit dem Grund und Boden zu verbinden und ihn auf der von ihm bearbeiteten Scholle sesshaft zu machen. Diese Aufgabe muß heute in unmittelbarer Verbindung mit den Kriegsfolgen, vornehmlich mit dem Flüchtlingsproblem, betrachtet und beurteilt werden.

Seit Kriegsende hat Bayern auch auf dem Gebiet der ländlichen Siedlung, insbesondere bei der Ein-

(Dr. Schlögl, Staatsminister)

gliederung der Heimatvertriebenen, sehr bedeutende Leistungen aufzuweisen. Nach dem Stand vom 31. Dezember 1952 wurden bisher auf Bauernstellen 4657 Familien angesetzt, und zwar 2773 Familien auf Eigentumsanwesen, 1884 Familien mit mindestens zwölfjährigen Verträgen auf Pachtanwesen. Auf Heimatvertriebene treffen hiervon insgesamt 96,7 Prozent. Im gleichen Zeitraum konnten auf Nebenerwerbsstellen 2890 Familien, hiervon 57,7 Prozent Heimatvertriebene, angesetzt werden. Schließlich wurden noch 7157 ländliche Kleinsiedlerstellen errichtet, an denen die Heimatvertriebenen mit 77 Prozent beteiligt sind. Diese Leistungen auf dem Gebiet der ländlichen Siedlung mögen auch aus den bisherigen finanziellen Aufwendungen ersehen werden. Insgesamt wurden seit der Währungsumstellung bis zum Ende des Rechnungsjahres 1952 117 802 856 DM zur Verfügung gestellt. Hieran ist das Land Bayern mit 52 991 179 DM, das sind 45 Prozent, beteiligt, während Bundeshaushaltsmittel in Höhe von 7 121 319 DM, das sind 6 Prozent, enthalten sind.

(Hört, hört! bei der SPD)

Die übrigen Mittel sind in der Hauptsache Soforthilfe- sowie ERP- bzw. ECA-Mittel. Ich glaube, daß diese bisherigen finanziellen Leistungen Bayerns sich sehr wohl sehen lassen können.

(Sehr richtig!)

Um so bedauerlicher ist es, daß im Haushaltsentwurf für die Neusiedlung sowie für die Eingliederung nach dem Flüchtlingssiedlungsgesetz nur je 6 Millionen DM vorgesehen werden konnten. Dieser Gesamtbetrag von 12 Millionen DM steht nicht mehr im richtigen Verhältnis zu der Größe der Aufgabe und zu den nunmehr auf der Grundlage des Bundesvertriebenengesetzes zu erwartenden Bundeshaushalts- und Lastenausgleichsmitteln.

(Abg. Dr. Strosche: Sehr richtig!)

Unter den künftigen Aufgaben der Siedlungsverwaltung tritt die **Beschaffung von Siedlungsland** besonders hervor. Eine flüssigere Abwicklung der Landabgabe des Großgrundbesitzes ist dringend erforderlich; nach dem Stand vom 31. Dezember 1952 sind noch 16 753 Hektar strittig.

Recht zufriedenstellend war das bisherige **Ergebnis im Vollzug des Flüchtlingssiedlungsgesetzes**, also bei der Übernahme bestehender landwirtschaftlicher Betriebe durch Heimatvertriebene. Besonders erfreulich ist die Tatsache, daß ein nahezu gleichbleibender Anfall an solchen Betrieben zu verzeichnen ist und auch Anzeichen für ein Nachlassen des Angebotes nicht ersichtlich sind. Die Entwicklung in den letzten 3 Jahren zeigen folgende Zahlen:

	übernommene Anwesen	Kauf	Pachtung
1950	1236	469	767
1951	1196	571	625
1952	1154	693	461

Die von einem Sprecher vor dem Bundesvorstand des Gesamtdeutschen Blocks (BHE) am 21. März in

München, Zeitungsmeldungen zufolge, geäußerte Behauptung, daß sich „der Widerstand gegen das Flüchtlingssiedlungsgesetz allmählich so organisiert hat — gerade in Bayern —, daß die weitere Durchführung des Gesetzes gefährdet erscheint“, kann hiernach von mir nicht anerkannt werden. Ich erhoffe vielmehr eine weitere Intensivierung des Gesetzesvollzugs insbesondere dann, wenn die abgabereifen Objekte systematisch erfaßt werden. Hier sind geeignete Maßnahmen in Vorbereitung, wobei jedoch insoweit wie bisher im wesentlichen die Organisationen und Selbsthilfeeinrichtungen tätig werden sollen. Ich begrüße die Erfolge auf diesem Teilgebiet der ländlichen Siedlung besonders auch unter dem Gesichtspunkt der Wanderung des Bodens zum besseren Wirt und damit der Produktionssteigerung. Von besonderer Wichtigkeit im gemeinsamen Interesse des einheimischen Übergebers und des heimatvertriebenen Übernehmers ist der **beschleunigte Ablauf der Kreditbewilligungsverfahren**; hier scheint mir nach Wahrnehmungen der letzten Zeit eine flottere Behandlung auf Kreisebene notwendig. Der **laufenden Betreuung der Betriebe** muß angesichts des erheblichen Einsatzes öffentlicher Gelder auch weiterhin größte Sorgfalt zugewandt werden. Erfreulicherweise kann ich die Mitteilung machen, daß, von wenigen Einzelfällen abgesehen, mit den Siedlern bisher gute und beste Erfahrungen gemacht wurden; sie haben sich ob ihrer Betriebsführung, ihres Fleißes und ihrer Anständigkeit oft schon nach kurzer Zeit die allgemeine Achtung und damit die Gleichberechtigung in der Dorfgemeinschaft erworben.

Voraussetzung für ein glückliches Gelingen all dieser Arbeit ist das gegenseitige **Verstehen zwischen Einheimischen und Heimatvertriebenen**. Es ist mein Wunsch, daß das in Bayern im Laufe der Jahre gewachsene gute Verhältnis zwischen Einheimischen und Heimatvertriebenen auf dem Lande weiterhin bestehen bleibt und wenn möglich noch vertieft wird.

Besonders am Herzen liegt mir auch, daß dieses gegenseitige Verstehen ergänzt wird durch ein gleichbleibendes **Vertrauen** beider Bevölkerungsteile **zu den Siedlungsbehörden**.

Abschließend zu dem Kapitel Siedlung möchte ich die ländliche Siedlung dem **sozialen Wohnungsbau** gegenüberstellen. Dieser war und ist als Problem Nr. 1 der Nachkriegszeit zu Recht anerkannt; er schafft jedoch lediglich die wohnraummäßige Unterbringung. Die Siedlung auf dem Lande dagegen gibt Arbeitsplatz und Existenzgrundlage einschließlich der Wohnung und trägt damit hervorragend zur Befriedigung der Bevölkerung, zum Wachsen des Volkswohlstandes und zur Festigung der bestehenden Gesellschaftsordnung bei.

(Zuruf von der CSU: Aber schneller arbeiten!)

Meine Damen und Herren! Ich komme nun zum dritten Abschnitt: **Forstwirtschaft**.

Die große Bedeutung, die der **staatlichen Forstverwaltung** im Rahmen des bayerischen Staatshaushalts und im Bereich der bayerischen Gesamt-

(Dr. Schlögl, Staatsminister)

wirtschaft zukommt, erhellt daraus, daß nach dem Ihnen vorliegenden Haushaltsplan 1953 eine Einnahme aus den Staatsforsten von über 205 Millionen DM vorgesehen ist, also in einer Höhe von rund 10 Prozent der Gesamteinnahmen des ordentlichen Staatshaushaltes. Nach Absetzung der von der Forstverwaltung benötigten Ausgaben sieht der Forsthaushalt 1953 einen Überschuß von 80 Millionen DM vor. Die Veranschlagung der Einnahmen und des Überschusses der Staatsforsten für 1953 war ursprünglich bei der Aufstellung des Etats um 25 Millionen höher angesetzt. Die Holzmarktentwicklung im Laufe des Forstwirtschaftsjahres zwang jedoch bei der Beratung im Haushaltsauschuß dazu, eine Reduzierung der Einnahmeziffern um 25 Millionen vorzunehmen. Die Staatsforsten sind, wie es vor Jahrzehnten schon war, noch immer eine sehr achtbare Stütze der Staatsfinanzen.

Die Aufgaben der Staatsforstverwaltung sind im Vorwort zum Haushaltsplan der Forstverwaltung unter Angabe der Flächenverhältnisse und der sonstigen betriebswirtschaftlich wichtigen Zahlen dargestellt. Ich brauche dies hier im einzelnen nicht zu wiederholen, möchte aber auf einige bedeutungsvolle Aufgabengebiete und auf jetzt und in nächster Zeit zu lösende Probleme im Bereich der Forstverwaltung eingehen.

Die **Personalverhältnisse** der Staatsforstverwaltung, die durch die schweren Kriegsverluste und die Maßnahmen der Entnazifizierung in Unordnung geraten waren, sind nun wieder normal. Zur Zeit sind bei der bayerischen Staatsforstverwaltung beschäftigt: 2292 Beamte, 819 Angestellte und 392 Anwärter und Lehrlinge. 616 Stellen für Beamte und Angestellte sind mit Heimatvertriebenen besetzt. 336 Beamtenstellen werden von Personen eingenommen, die an der Unterbringung nach Kapitel I des Gesetzes zu Artikel 131 des Grundgesetzes teilnehmen.

Mit Landtagsbeschluß vom 24. Juli 1952 wurde die Staatsregierung ersucht, die Beförderungsstellen des einfachen, mittleren und gehobenen Forstdienstes an Vorrückungsmöglichkeiten bei den anderen Staatsverwaltungen anzugleichen. Die im Vollzuge dieses Landtagsbeschlusses veranlaßten Stellenhebungen wurden im Entwurf des Haushaltsplanes für 1953 aufgenommen. Bei Genehmigung dieser Anträge ist die Gleichstellung mit den entsprechenden Beamten anderer Staatsverwaltungen mit Ausnahme beim gehobenen technischen Forstdienst einigermaßen erreicht. Bei der letztgenannten Laufbahn ist beabsichtigt, die noch erforderlichen Stellenerhebungen von A 4 c 2 nach A 4 b 1 in den folgenden Haushaltsplänen zu beantragen, wenn die im Gang befindliche Überprüfung der Bezirksbildung der Forstämter abgeschlossen ist.

Die **Organisation** der Forstdienststellen soll, wie seither, auch künftig den geänderten Verhältnissen angepaßt werden. Ziel ist die Schaffung von Forstämtern und Betriebsbeamtenstellen mit einer Flächengröße, die den betreffenden Beamten voll auslastet, ihm aber auch ermöglicht, die ihm obliegen-

den Dienstaufgaben gründlich zu erfüllen. Es kann sich hierbei ergeben, Forstämter neu zu errichten oder bestehende Forstämter einzuziehen beziehungsweise Forstwartstellen in Revierförsterstellen umzuwandeln und umgekehrt. Im forstamtlichen Bürodienst wurden seither in der Hauptsache Angestellte verwendet. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, daß der Wechsel und die Neueinarbeitung dieser Personen dem forstamtlichen Bürobetrieb abträglich ist. Es wird daher angestrebt, jedem Forstamt eine ständige beamtete Bürokräft je nach der Größe und dem Arbeitsanfall im gehobenen oder mittleren Dienst beigegeben zu können. Aus diesem Grunde ist im Entwurf des Haushaltsplanes für 1953 die Umwandlung von 60 Angestelltenstellen in 10 Stellen des gehobenen und in 37 Stellen des mittleren Dienstes vorgesehen. Ein Besoldungsmehraufwand ergibt sich durch diese Stellenumwandlung nicht.

Die **Forstliche Forschung** und die **Ausbildung des forstlichen Nachwuchses** waren durch die Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse praktisch zum Stillstand gekommen. Es bedurfte jahrelanger Arbeit, um die entstandenen Schäden einigermaßen zu beheben und die Ausbildung des forstlichen Nachwuchses aller Berufssparten wieder auf die notwendige Höhe zu bringen.

Die Forstliche Forschungsanstalt München, die aus 10 Instituten besteht, hatte besonders schwere Kriegsschäden erlitten. Durch Zuweisung der entsprechenden Mittel ist es in den letzten Jahren gelungen, die Institute in die Lage zu versetzen, wieder produktiv zu arbeiten. Es werden allerdings noch für eine Reihe von Jahren erhöhte Zuwendungen notwendig sein, um erstens die eingetretenen Schäden restlos zu beseitigen und zweitens die Institute mit modernen Forschungsgeräten auszustatten.

Die Arbeiten mehrerer Institute waren bei der Wiederaufforstung der riesigen Kahlflächen und der Schädlingsbekämpfung innerhalb der Waldungen aller Besitzarten von größter Bedeutung. Eine Besichtigung der Forstlichen Forschungsanstalt durch Mitglieder des Bayerischen Landtags wäre sehr erwünscht, handelt es sich doch bei dieser Forschungsstätte um eine Einrichtung, die früher Weltruf genossen hat.

An der Staatlichen Forstschule in Lohr am Main konnten in den letzten Jahren rund 650 **Nachwuchskräfte** der Revierförster-, Forstwart- und Sekretärlaufbahn ihre fachliche Ausbildung ableisten; daneben wurde auch der Bedarf der Kommunal- und Privatwaldbesitzer an vollwertig ausgebildeten Bediensteten gedeckt. Mit Ausnahme von 35 Forstwartanwärtern der Kommunal- und Privatwaldbesitzer sind alle Ausbildungsrückstände der Nachkriegszeit beseitigt. Die Letztgenannten werden im Herbst 1953 zu einem Lehrgang einberufen. Die Ausbildung der Forstbediensteten des Kommunal- und Privatwaldes an der Staatlichen Forstschule in Lohr am Main wird von diesen Verwaltungen besonders anerkannt. Trägt sie doch dazu bei, auch für die größeren Waldungen der Kommunen und der Privaten erstklassige Fachleute zur Verfügung zu stellen.

(Dr. Schlögl, Staatsminister)

Zur Aus- und Fortbildung der schon im Dienst befindlichen Beamten werden laufend **Lehrgänge** an den Waldarbeiterschulen Buchenbühl und Goldberg und in dem staatlichen Sägewerk Spiegelau abgehalten. Sowohl in der Arbeitstechnik und darüber hinaus in allen Arbeiterfragen, als auch in der Weiterverwertung des Holzes müssen sämtliche Beamte der Staatsforstverwaltung auf dem laufenden gehalten werden. Die Kurse haben sich in jeder Hinsicht sehr gut bewährt.

Die ständig zunehmende Bedeutung des Waldes für die Wirtschaft und Landeskultur macht es erforderlich, das gesamte Forstwesen nach mehr als 100jähriger Gültigkeit des Forstgesetzes vom Jahre 1852 einer gesetzlichen Neuregelung zuzuführen, die der forstpolitischen Forderung der Gegenwart gerecht wird. Außerdem ist es notwendig, das **Forststrafwesen** zu modernisieren, indem es mehr als bisher den Bestimmungen des Strafgesetzbuches, der Straf- und Zivilprozeßordnung angeglichen wird. Diese und ähnliche Erwägungen haben auch den Bayerischen Landtag veranlaßt, in seinem Beschluß vom 28. Januar 1952 die Staatsregierung zu ersuchen, einen den modernen Zeiterfordernissen gemäßen Entwurf für ein Forstgesetz vorzulegen. Die langwierigen Vorarbeiten für die Ausarbeitung eines solchen Entwurfes wurden bereits in Angriff genommen.

Auf dem Gebiete des Forstrechtswesens besteht die Absicht, eine allmähliche Bereinigung durch freiwillige **Ablösung von Forstrechten** herbeizuführen. Gemessen an der Ablösungsbereitschaft der Berechtigten und den derzeitigen Holz- und Streupreisen könnte mit einer jährlichen Geld- und Landabfindung im Werte von etwa 1,2 Millionen DM gerechnet werden. Dazu reichen jedoch die zur Verfügung stehenden Grundstockmittel in der Regel nicht aus. Die Absicht kann also nur verwirklicht werden, wenn im ordentlichen Etat zusätzliche Haushaltsmittel im jeweiligen erforderlichen Ausmaß in Zukunft für diesen Zweck bereitgestellt werden. Im Rechnungsjahr 1952 wurden mit einem Betrag von rund 540 000 DM aus Mitteln des Grundstockes 12 Nutzholzrechte, 90 Brennholzrechte und 86 Streurechte abgelöst.

Zur **Steigerung der Holzproduktion** sind im einzelnen folgende Maßnahmen erforderlich:

1. Wiederaufforstung der Kahlfleichen. Trotz mancher Rückschläge durch ungünstige Witterungseinflüsse, insbesondere durch Trockenperioden und Spätfröste, ist es in den letzten Jahren gelungen, den Umfang der Kahlfleichen von rund 50 000 Hektar im bayerischen Staatswald im Jahre 1948 auf den gegenwärtigen Stand von nur mehr 10 000 Hektar herunterzudrücken. Wenn nicht durch Dürre oder Frost wieder erneut schwere Schädigungen eintreten, werden bis zum Ende dieses Jahres die aus der Kriegs- und Nachkriegszeit stammenden Rückstände in der Kahlfleichenaufforstung im wesentlichen bewältigt werden. Für die nächsten Jahre steht nun jedoch die große Aufgabe heran, diese riesige Jungkulturfleiche von über 50 000 Hektar zu pfl-

gen, sie zu schützen gegen Unkrautwuchs, Insekten und sonstige Gefahren sowie die eintretenden Ausfälle laufend zu ergänzen.

2. Minderung der neu entstehenden Kahlfleichen. Die Anstrengungen zur Wiederaufforstung der Kahlfleichen wurden und werden wirkungsvoll unterstützt durch das Bestreben, das Entstehen neuer Kahlfleichen so weit als irgend möglich zu verhindern.
3. Verbesserung des forstlichen Saat- und Pflanzengutes. Durch Auswahl der besten Wald-Samenbestände Bayerns wurden die Voraussetzungen geschaffen, für die verschiedenen Standorte jeweils das anlagemäßig beste Forstsaatgut bereitzustellen. Für die nach Herkünften streng zu trennende Aufbereitung des Samens sind die staatseigenen Samenklengen und Waldpflanzengärten unentbehrlich.
4. Aufforstung von Ödland. Dem Auftrag des Landtags, zur Verbesserung der Wasserwirtschaft und des Klimas, zur Beseitigung und Verminderung von Erosions- und Verkarstungsschäden, Aufforstungspläne zu erstellen, wurde entsprochen. Die von der Ministerialforstabteilung ausgearbeitete Planung liegt gegenwärtig bei der Landesplanungsstelle zur Ergänzung, und steht damit vor dem Abschluß.
5. Anbau schnellwachsender Holzarten. Zur Sicherung des Anbaues schnellwachsender Holzarten wurden Pappelsorten-Versuchsflächen über das ganze Land hin in großer Zahl angelegt. Nach Vorliegen und Auswertung der Versuchsergebnisse werden auf allen pappelfähigen Standorten die jeweils geeigneten Pappelsorten angebaut werden. Gerade auf diesem Gebiet sind in den nächsten Jahren noch große Aufgaben zu bewältigen.
6. Erhebung des forstlichen Tatbestands. Grundlage für alle Maßnahmen zur Produktionssteigerung ist eine genaue Erfassung des forstlichen Tatbestandes und eine sorgfältige Planung für die Zukunft. Das ist die Arbeit der sogenannten Forsteinrichtung. Seit 1945 wurden zwei Drittel der gesamten Staatswaldfläche neu von der Forsteinrichtung bearbeitet. Zur Beschleunigung der Arbeiten wurden Luftbildaufnahmen, vor allem im Hochgebirge, zu Hilfe genommen. Die bisherigen Forsteinrichtungsarbeiten haben die erfreuliche Feststellung gebracht, daß durch die Eingriffe der Kriegs- und Nachkriegsjahre der aufstockende Holzvorrat doch nicht ganz in dem Maße gemindert wurde, wie ursprünglich befürchtet werden mußte, so daß der für 1953 vorgesehene Einschlag noch verantwortet werden kann. Die Forsteinrichtung des restlichen Drittels wird in den nächsten Jahren durchgeführt werden.

Noch auf einem Gebiet muß die Staatsforstverwaltung zur Erhaltung der Rentierlichkeit ihrer Betriebsführung erhebliche Geldaufwendungen machen, die für den Außenstehenden nicht ohne weiteres verständlich sind und deshalb oft Kritik hervorrufen; das ist auf dem Gebiete des **Wegebaues** im Wald, wofür ja die Forstverwaltung selbst —

(Dr. Schlögl, Staatsminister)

nicht etwa die Straßenbauverwaltung — sorgen muß.

In den Jahren 1939—1948 wurde der forstliche Wegebau zwangsläufig stark vernachlässigt, so daß ein sehr großer Nachholbedarf besteht. Vor allem müssen die Hauptholzbringungsadern endlich in lastautofahrbare Straßen umgebaut werden. Hierbei ist die Erweiterung und Verstärkung aller Brücken und Durchlässe dieser Straßen zur Vermeidung von Unfällen und Haftungsklagen unerlässlich. Alle Hauptholzabfuhrwege müssen allmählich mit Teerdecken versehen werden, um die beim Befahren mit schweren Lastwagen andernfalls unvermeidlichen hohen Instandsetzungskosten zu verringern. Schlechte Straßen senken die Einnahmen je Festmeter Holz unverhältnismäßig stark und machen unter Umständen eine lohnende Abfuhr schwächerer Sortimente, wie Grubenholz, Faserholz und dergleichen unwirtschaftlich. Durch den Ausbau eines zeitgemäßen, guten Straßennetzes wird auch der Marktbereich beziehungsweise der Käuferkreis besonders für bestbezahlte Spezialsortimente erweitert, so daß sich Wegebauausgaben in kürzester Frist reichlich bezahlt machen.

Die Hauptalholzreserven stehen im Bayerischen Wald und im Hochgebirge, wohin sich in den letzten Jahren die Durchführung der größeren Wegbauprojekte verlagerte. Die Erschließung des Bayerischen Waldes und des Hochgebirges erspart die bisher notwendige Lagerung des Holzes von ein bis zwei Winter, den dadurch bedingten Wert- und Zinsverlust und ermöglicht vor allem die Aushaltung von Lang- und Wertholz auch in diesen Hochlagen.

Im Vergleich zu anderen Landesforstverwaltungen mit ähnlichen Wald- und Abfuhrverhältnissen hinkt Bayern mit seinen Leistungen für Wegbauten immer noch erheblich nach. So betragen die Aufwendungen im Jahre 1950 im Nachbarland Württemberg 17,79 DM, in Südbaden 36,21 DM, in Bayern aber nur 12,08 DM je Hektar. Schon im **Generalplan** des Bayerischen Landwirtschaftsministeriums zur Wiederaufholung der Schäden in der Forstwirtschaft vom 19. Juli 1949 waren die wichtigsten Rückstände an Wegbauten aufgezählt. Es ergaben sich Rückstände von 32 654 000 DM oder von 6 531 000 DM je Jahr bei einem 5-Jahresturnus. Hierzu waren vorgesehen an laufenden Wegbauten je Jahr:

Unterhaltung 9531 km	4 054 000 DM
Neubauten 186 km	2 935 000 DM
	<hr/>
	6 989 000 DM.

Nach diesem Generalplan waren also jährlich in den Jahren 1950 mit 1954 bereits rund 14 Millionen DM forstliche Wegbauten vorgesehen. Inzwischen haben sich die Rückstände wegen Mangel an Mitteln nicht verringert, sondern erhöht. Ein noch weiteres Hinschleppen der Aufholung der riesigen Rückstände ist heute unverantwortlich und würde sich besonders in Jahren mit allgemein sinkenden

Holzpreisen auf die Gesamteinnahmen der Forstverwaltung verheerend auswirken.

Die **Technisierung** eines modernen Forstbetriebes ist in gewissem Umfang zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit notwendig. So ist bei Forstkulturen und insbesondere bei Wegbauten ohne neuzeitliche Geräte und Maschinen nicht mehr auszukommen. Die Forstverwaltung muß, wenn sie rationell und den Erfordernissen des Betriebes entsprechend arbeiten soll, einen Mindestbestand solcher betriebseigenen, modernen Maschinen zur Verfügung haben. Notwendig ist auch der Einsatz einiger moderner, spezieller Bringungsanlagen für das Hochgebirge, um aus Hochlagen, für die ein Wegbau aus wirtschaftlichen Erwägungen nicht in Frage kommt, das oberhalb von Felswänden stokkende, oft 2—3 Jahrhunderte alte, aber sehr hochwertige Starkholz unbeschädigt zu Tal zu bringen. Die Nutzung dieser Bestände eilt wegen ihrer Überalterung. Solche Anlagen amortisieren sich meist in Kürze durch ihre Leistung. Die Nutzung der Hochlagenbestände bietet die Möglichkeit, die übermäßig in Anspruch genommenen Waldgebiete im Flachland und in den fruchtgünstiger gelegenen Mittelgebirgen zu entlasten.

Nach der **Freigabe der Holzpreise** im Mai 1952 konnte sich erstmals seit 1934 ein freier Markt entfalten. Nachdem auch öffentliche Versteigerungen wieder erlaubt waren, lag die Preisbildung, wie früher, bei der Holzkäuferschaft. Zu Beginn des Forstwirtschaftsjahres 1953 wurden bei den Versteigerungen noch sehr hohe Preise geboten, die in den damals erzielbaren Erlösen für Schnitware keine Stütze fanden. Die Ursachen dafür waren wohl in der Hauptsache ein gewisser Geldüberhang bei der Sägeindustrie aus den verfloßenen guten Jahren, der bevorstehende Bilanzstichtag und auch die bedeutende Übersetzung der Sägeindustrie, die eine starke Konkurrenz hervorrief. Ganz allmählich setzte aber eine Beruhigung ein, die insbesondere durch große Schnitholzeinfuhren aus Österreich zu billigen Preisen gefördert wurde.

Heute ist der deutsche Holzmarkt kein Binnenmarkt mehr, sondern weitgehend vom Ausland abhängig, da die Grenzen für jegliche Einfuhr von Roh- und Schnitholz offen sind, keine Zölle erhoben werden und auch genügend Devisen zur Verfügung stehen. Es lassen sich daher auch sehr schwer Prognosen für die Zukunft stellen, nachdem die Holzüberschußländer Europas Industrieprodukte aus Deutschland in der Regel mit Holz finanzieren und das jeweils zu erwartende Angebot nicht vorausberechnet werden kann. Im großen gesehen ist der **Anschluß an die Weltmarktpreise** hergestellt, mit starken Erschütterungen im Preisgefüge ist kaum zu rechnen. Ebenso wenig kann aber mit einem fühlbaren Anziehen der Preise gerechnet werden, da in ganz Europa zur Zeit keine Holzmannellage besteht.

Die äußerst bedrohliche **Borkenkäferkalamität** der Jahre 1947 bis 1950 ist im Abklingen. Mit Ausnahme von kleineren Herden ist nur noch das Übergreifen des Borkenkäfers längs der tschechischen Grenze bedrohlich, da jenseits der Grenze in

(Dr. Schlögl, Staatsminister)

dem toten Raum offensichtlich keine Gegenmaßnahmen getroffen werden. Zur Zeit sind die Grenzforstämter gezwungen, ständig die überfliegenden Käfer mit Fangbäumen abzufangen und zu vernichten.

Abgesehen von örtlichen Engerlingsschäden sind Bedrohungen des Waldes durch Insekten zur Zeit in Bayern nicht gegeben; der Einsatz von Giftstoffen wird nur in den unumgänglich notwendigen Fällen angeordnet, da hiermit eine Zerstörung des Großteils der gesamten Kleinlebewesen zwangsläufig verbunden ist.

Bei dem stark überalterten **Waldarbeiterstand** sind Maßnahmen dringend notwendig, die verhindern, daß in nicht allzu ferner Zeit ein starker Waldarbeitermangel eintritt. In dem stärker industrialisierten benachbarten Württemberg kann man bereits von einer „Waldflucht“ reden; in Bayern kann es über kurz oder lang zu ähnlichen Erscheinungen kommen. Neben der Sorge für Schaffung von Wohnungen für Waldarbeiter kommt als Gegenmittel vor allem der Aufbau eines Waldfacharbeiterstandes in Betracht. Hier ist in erster Linie Schulung und Einführung neuzeitlicher Werkzeuge notwendig. Für Lehrgänge stehen die beiden **Waldfacharbeiterschulen** in Goldberg bei Kelheim und in Buchenbühl bei Nürnberg zur Verfügung. Ein 14tägiger Lehrgang kann höchstens 40 Teilnehmer umfassen. Zur Zeit besteht noch ein großer Überhang von fast 1000 älteren Waldarbeitern, welche die Voraussetzungen für einen Lehrgang mit Waldfacharbeiterprüfung erfüllen. Dringend notwendig sind weitere Haushaltsmittel, damit vorübergehend zusätzliche Lehrgänge in fremden Gebäuden (Landwirtschaftsschulen) abgehalten werden können. Neben den Lehrgängen kommt die **Wanderschulung** durch forstliche Arbeitslehrer in Frage.

Durch die beiden Arten der Schulung wurden schon gute Erfolge erzielt. Neuzeitliche Werkzeuge, zum Beispiel die arbeitsfördernde und kraftsparende Hobelzahnsäge, haben sich schon weitgehend durchgesetzt. In einem Regierungsbezirk stieg beispielsweise der Anteil an Hobelzahnsägen von 9 Prozent im Jahre 1950 auf über 35 Prozent gegenwärtig. Durch die Einführung von Beschaffungsbeihilfen sollte die Ausstattung der Waldarbeiter mit neuzeitlichem Gerät noch gefördert werden.

In Bayern gibt es rund 7000 **Gemeinde-, Stiftungs- und Körperschaftswaldungen** mit einer Fläche von 318 000 Hektar. Diese stehen nach dem bayerischen Forstgesetz unter der Oberaufsicht der staatlichen Forstdienststellen. Das Gesetz schreibt die Bewirtschaftung der Körperschaftswaldungen nach genehmigten Wirtschaftsplänen und die Betriebsführung durch voll ausgebildete forstliche Sachverständige vor. In den meisten Fällen haben die staatlichen Forstämter auch die Betriebsführung in diesen Waldungen vertraglich übernommen, weil sich die Körperschaften in der Regel keine eigenen Betriebsführer halten können. Der Staatsforstverwaltung erwächst in der Erhaltung

und sachgemäßen Bewirtschaftung dieser öffentlichen Waldungen eine wichtige Aufgabe im Interesse der Allgemeinheit.

Die dringend notwendige Erneuerung der abgelaufenen Wirtschaftspläne der Körperschaftswaldungen sowie ihre Überprüfung durch die staatlichen Aufsichtsorgane konnte in den letzten Jahren zum größten Teil erfolgen. Der Rest wird in den nächsten Jahren erneuert.

Gegenwärtig ist die Aufstellung von **Richtlinien für die Bereinigung der oft schädlichen gemeindlichen Nutzungsrechte** auf Grund der neuen Gemeindeordnung im Gang. Nächste Aufgabe wird es sein, einander entsprechende Bestimmungen über fachlich vorgebildete Betriebsbeamte und über sachgemäßen Betriebsvollzug im neuen Forstgesetz und in den Ausführungsbestimmungen zur Gemeindeordnung auszuarbeiten.

Die Aufgaben der Staatsforstverwaltung in bezug auf den Privatwald bestehen in der **Überwachung** der forstpolizeilichen Bestimmungen des bayerischen Forstgesetzes und in der **Förderung** der Privatwaldwirtschaft. Die letztere Aufgabe ist schon in den Dienstanweisungen der Jahre 1885, 1902 und 1925 festgelegt und in den Gesetzen und Verordnungen über die bayerische Landesforstverwaltung von 1935, über den Geschäftsbereich des bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten von 1946 und über die Auflösung des Reichsnährstandes von 1948 als **Dienstaufgabe der Staatsforstverwaltung** übertragen. Die Wichtigkeit dieser Aufgabe kam erst durch den drückenden Holzmangel seit dem zweiten Weltkrieg richtig zur Geltung. Die Förderung der privaten und vor allem der kleinbäuerlichen Waldwirtschaft hat nämlich eine Steigerung der Holzerzeugung zum Ziele und ist heute das allseits anerkannte forstpolitische Problem der Nachkriegszeit geworden. Diese Ertragssteigerung kann nach fachmännischen Urteilen im Laufe der Beratungszeit eine Mehrerzeugung von rund einer Million Festmeter Holz ergeben. Daß eine solche Erweiterung der Rohstoffbasis in unserem Lande nicht nur den Waldbesitzern zugute kommt, sondern der gesamten Wirtschaft einen sehr starken Auftrieb gibt und sich auch auf das Steueraufkommen auswirkt, braucht wohl nicht besonders begründet zu werden.

Dieses große Ziel soll nicht durch Zwangsbe försterung, sondern durch entsprechende Ausbildung der Waldbesitzer selbst erreicht werden, um das Privateigentum nicht zu schmälern und die private Initiative zu erhalten. Die Zahl der Waldbesitzer beläuft sich nach dem gegenwärtigen Stand der Waldaufnahme auf 340 000 mit einer zugehörigen Waldfläche von einer runden Million Hektar. In der Hauptsache sind dies Waldbesitzergrößen bis zu 10 Hektar mit einer oberen Grenze bei etwa 50 Hektar, also überwiegend Kleinwaldbesitzer.

Als Voraussetzung für die Förderungstätigkeit ist zunächst die **Fertigstellung der Privatwaldaufnahme** zwingend notwendig. Letztere bildet die Grundlage für eine wirkungsvolle Betreuung und liefert außerdem die Unterlagen für eine soziale

(Dr. Schlögl, Staatsminister)

Marktordnung, für Planungen auf dem Holzmarkt, für die Lenkung der Einfuhren usw. Bis jetzt sind 775 000 Hektar fertig aufgenommen von einer voraussichtlichen Gesamtwaldfläche von rund einer Million Hektar. Die Kosten hierfür konnten bisher aus dem Haushalt bestritten werden. Dies muß auch weiterhin geschehen; denn es wäre nicht zu verantworten, wenn die nun so weit gediehene Arbeit unvollendet eingestellt werden müßte und die dafür aufgewendeten Kosten entwertet würden.

Meine Damen und Herren! Ich darf auf Grund der in der Öffentlichkeit erfolgten **Angriffe wegen der Privatwaldbetreuung** folgende Erklärung abgeben:

Es ist nicht richtig, daß ich im Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtags der Finanzverwaltung zugesagt habe, daß ihr en bloc alle Unterlagen übergeben werden. Richtig ist, daß ich darauf aufmerksam gemacht habe, daß sowohl der Nichtstaatswald wie unsere Forstämter nach § 188 der Reichsabgabenordnung verpflichtet sind, im Einzelfall Amtshilfe zu gewähren. Wenn der Nichtstaatswald in früheren Jahren mit dem Finanzamt irgendwelche Bindungen eingegangen hat, so ist das eine Sache des Nichtstaatswaldes und nicht meines Ministeriums. Ich habe daher bei einer Unterhaltung des Bauernverbandes und des Nichtstaatswalds in meinem Ministerium kürzlich den Organisationen den Rat gegeben, sich sofort mit dem Finanzministerium in Verbindung zu setzen; denn die Regelung dieser Dinge in steuerlicher Hinsicht ist wirklich eine Aufgabe der Organisationen und nicht meines Ministeriums.

Über meine Ministerialforstabteilung habe ich für die **verstärkte Förderungstätigkeit im Bauernwald** im Jahre 1951 eingehende Anweisungen an die Forstämter gegeben. Als wichtigste Maßnahmen sind vorgeschrieben: Die Abhaltung von Sprechtagen in den Gemeinden und von Waldbegängen, praktische Vorführungen im Wald, Errichtung von Beispielsbetrieben, Haltung von Vorträgen in Waldbesitzerversammlungen u. a. m.

Für die über die Betreuung hinausgehenden forstlichen Arbeiten der Staatsforstverwaltung werden Gebühren für die Staatskasse verlangt. An solchen gegen Bezahlung ausgeführten Arbeiten wurden 1952 registriert:

für Auszeichnungen von Pflegegehieben	rund 2 800 Hektar
für Holzaushaltungen	rund 55 500 Festmeter
für Holzvermessungen, Mengen- und Sortenbildung	rund 98 000 Festmeter
für Holzpreisberechnungen	rund 28 000 Festmeter

270 bäuerliche Beispielbetriebe mit einer Waldfläche von rund 4000 Hektar konnten bisher eingerichtet werden.

Seit Ende 1950 sind zwei staatliche Forstmeister im Rahmen des allgemeinen landwirtschaftlichen Beratungsdienstes aufgestellt, die als **forstliche Landesberater** zunächst die Landwirtschaftsämter

und Forstämter, dann auch die äußere Verwaltung, die Landräte und sonstigen Organisationen mit der Bedeutung des Kleinprivatwaldes bekanntmachen. Sie haben das Land in 40 Arbeitsbereiche eingeteilt und konnten bisher etwa die Hälfte der Arbeitsbezirke hinreichend bearbeiten. Als sichtbarer Erfolg sei die Gründung von über 70 Waldbauernvereinigungen auf Forstams- und Landkreisebene sowie von weit über 100 kleineren Waldbauernvereinigungen hauptsächlich in Oberfranken genannt. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Waldbauernvereinigungen und den Forstämtern ist von grundlegender Bedeutung und fördert wesentlich die angestrebte Ertragssteigerung.

Um das Interesse der bäuerlichen Jugend für den Wald zu wecken, wurden an sämtlichen Landwirtschaftsschulen forstliche Lehrer, überwiegend aus den Reihen der Staatsforstbeamten, abgestellt, die über die „Bäuerliche Waldwirtschaft“ Unterricht erteilen und Waldbegänge abhalten. Zur forstlichen Ausbildung des Nachwuchses der bäuerlichen Waldbesitzer betreibt der Landesverband für den bayerischen Nichtstaatswald die **Waldbauernschule Hohenkammer**. Infolge der Werbung durch alle forstlichen Dienststellen erfreut sich diese eines steigenden Besuches.

Leider läßt sich die bisher schon erzielte Ertragssteigerung im Bauernwald zahlenmäßig kaum nachweisen. Für die wachsende Waldgesinnung auch der kleinen Waldbesitzer kann aber als Beweis angeführt werden, daß im Hiebjahr 1951/52 insgesamt nur 7700 Hektar kahlgeschlagen wurden, was bei einer Gesamtprivatwaldfläche von rund 1,2 Millionen Hektar den geringen Hundertsatz von nur 0,6 bedeutet. Dies ist ein wesentlicher Fortschritt gegenüber den umfangreichen schädlichen Kahlhieben der früheren Jahre und ein bedeutender Erfolg der Aufklärung und Betreuung des Kleinprivatwaldbesitzes.

Die ganze hier in einigen Hauptpunkten geschilderte Tätigkeit der Staatsforstverwaltung im Bauernwald erfordert bei weitem nicht die Millionenbeträge aus der Staatskasse, die in den bisherigen Debatten um den Landwirtschafts- und den Forsthaushalt genannt wurden. Wohl hat die Ministerialforstabteilung durch eine eingehende Erhebung für das Wirtschaftsjahr 1951 festgestellt, daß auf die Privatwaldförderung ein **Verwaltungskostenanteil** von rund 3 Millionen DM trifft. Jedoch ließe sich dieser Betrag infolge der engen räumlichen Gemengenlage von Staats- und Bauernwald und der unlösbaren Verquickung der auf die einzelnen Besitzarten treffenden Dienstgeschäfte bei den forstlichen Außenstellen bei weitem nicht in voller Höhe einsparen, wenn etwa die Betreuung des Bauernwaldes von der Staatsforstverwaltung abgetrennt würde. Vielmehr hat eine weitere Erhebung der Staatsforstverwaltung ergeben, daß dadurch nur ein Betrag von höchstens 1 Million DM eingespart werden könnte.

Ich darf zum Vergleich darauf hinweisen, daß die Berufsvertretung der Privatwaldbesitzer selbst die Kosten für eine gesonderte Privatwaldorgani-

(Dr. Schlögl, Staatsminister)

sation im Anhalt an die Kosten der früheren Reichsnährstandsforstämter auf 15 bis 20 Millionen DM jährlich einschätzt.

(Abg. Kiene: Das ist übertrieben!)

Und ich darf weiterhin anführen, daß das Land Nordrhein-Westfalen, das genaue Zahlen mitgeteilt hat, für seinen Privatwald, der einschließlich des Großprivatwaldes 431 000 Hektar beträgt, über 5 Millionen DM aufwendet, das sind je Hektar rund 12 DM. Umgerechnet auf unseren bayerischen Privatwald ergäbe das eine Summe von über 12 Millionen DM.

Wenn schon anerkannt ist, daß die Ertragssteigerung im kleinen Privatwald eine **Aufgabe von staatspolitischer Bedeutung** ist und in irgendeiner Form durchgeführt werden muß, so kann auch darüber kein Zweifel bestehen, daß diese Aufgabe weitaus am billigsten und wohl auch am zweckmäßigsten in der gegenwärtigen Organisation — nämlich durch die Staatsforstverwaltung innerhalb des Landwirtschaftsministeriums — durchgeführt wird.

Meine Damen und Herren, ich bin jetzt am Schluß meiner Darlegungen über alle wichtigen Punkte, die mich als Ressortminister berühren. Ich habe es vor allem für notwendig gehalten, auf alle die Fragen näher einzugehen, die mit den großen Entscheidungen über die zukünftige Agrarpolitik zusammenhängen. Ich hoffe, daß das deutsche Volk in der Zukunft gut beraten sein wird. Vom Bayerischen Landtag weiß ich ohnehin, daß er bisher das größte Verständnis für die Landwirtschaft aufgebracht hat. Aber es wird eine Angelegenheit des gesamten deutschen Volkes sein, noch mehr Verständnis für die Landwirtschaft und die große volkswirtschaftliche Bedeutung dieses Standes aufzubringen. Dann wird es in Zukunft keine Trennung mehr zwischen Industrie und Landwirtschaft geben. Es wird dann nicht mehr vorkommen, daß Zeitungsartikel erscheinen, die nachweisen wollen, die Parole der Zukunft laute: Industrie oder Landwirtschaft, Nein, meine Damen und Herren, die Parole der Zukunft muß lauten, wenn wir uns nicht selbst betrügen wollen: Industrie und Landwirtschaft.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Dr. Fischbacher: Ich unterbreche nun die Sitzung. Die Beratungen werden um 15 Uhr mit der Fragestunde wieder aufgenommen.

(Die Sitzung wird um 13 Uhr 16 Minuten unterbrochen)

Präsident Dr. Dr. Hundhammer nimmt die Sitzung um 15 Uhr 5 Minuten wieder auf.

Präsident Dr. Hundhammer: Die Beratungen sind wieder aufgenommen.

Zunächst möchte ich bekanntgeben, daß einem Beschluß des Ältestenrats zufolge der **Beginn der**

Parlamentsferien auf den 10. August angesetzt wird.

(Teilweise Widerspruch)

Am 21. September — es ist dies der erste Montag — sollen die Arbeiten wieder aufgenommen werden.

Der Grund für die Festsetzung dieser Zeitspanne ist, daß es der Ältestenrat als nicht möglich erachtet, jetzt innerhalb von 14 Tagen den Kultusetat, den Innenetat, den Finanzzetat und den außerordentlichen Etat aufzuarbeiten und diese Etats dann innerhalb einer Woche auch im Plenum zu verabschieden. Es müßten innerhalb dieser Zeitspanne auch die noch übrigen vorliegenden Gesetzentwürfe und zum Teil dringende Anträge erledigt werden.

Sollte die Etatberatung früher zu Ende geführt werden können, dann wird der Ferienbeginn vorverlegt, ohne daß deshalb der Schluß der Ferien vorverlegt werden würde. Der Grund dafür ist der, daß die Herren Abgeordneten jetzt disponieren müssen und einen Überblick brauchen, welche Zeit ihnen zur Verfügung steht.

Für den weiteren Verlauf der Beratungen in dieser Woche ist im Ältestenrat folgendes vereinbart worden:

Die Interpellation der FDP wird am Donnerstag früh aufgerufen werden. Dies geschieht auf Wunsch des Herrn Staatsministers der Finanzen, der die Beantwortung vornimmt.

Die Aussprache über die Haushalte 08 und 09 beginnt morgen früh, damit für die Redner eine gewisse Zeit zur Vorbereitung verbleibt; sie wird am Donnerstag zu Ende geführt werden. Bei der Aussprache wird der Forstetat, Einzelplan 09, getrennt vom Etat des Landwirtschaftsministeriums, Einzelplan 08, behandelt. Zuerst ist der Forstetat an der Reihe. Für den Forstetat sind insgesamt 2 Stunden, für den Landwirtschaftsetat insgesamt rund 4 Stunden Redezeit vorgesehen. Diese Zeitbeschränkung hat sich als notwendig erwiesen, weil wir sonst in dieser Woche unter Berücksichtigung der Interpellation, die zu erledigen ist, mit dem Etat überhaupt nicht fertig werden. Die übrigen Tagesordnungspunkte werden ohnehin nicht aufgearbeitet werden können. Die Redezeit zum Forstetat wird in folgender Weise aufgeteilt: Die CSU-Fraktion und die Fraktion der SPD haben je 35 Minuten, die Fraktion der BP 25 Minuten, die Fraktion des BHE und die Fraktion der FDP je 20 Minuten zur Verfügung. Beim Landwirtschaftsetat sind die Redezeiten verdoppelt: CSU und SPD haben je 70 Minuten, die BP 50 Minuten, der BHE 40 Minuten und die FDP ebenfalls 40 Minuten zur Verfügung. Die Reihenfolge der Redner wird so eingerichtet, daß mit den Oppositionsfraktionen beginnend jede Fraktion zunächst einen Redner vorschickt und daß in der zweiten oder in der dritten Reihe den Fraktionen noch die Redezeit zur Verfügung steht, die der erste Redner für seine Fraktion nicht aufgebraucht hat. Es ist Sache der Fraktionen, sich jetzt darüber schlüssig zu werden, in welcher Reihenfolge die Redner von ihnen benannt werden.

(Präsident Dr. Hundhammer)

Dann noch ein Wort zum Besuch der Verkehrsausstellung. Wir werden die Ausstellung nicht am kommenden Freitag besuchen, sondern dafür unter den Fraktionsvorsitzenden noch einen halben Tag in der nächsten oder in der übernächsten Woche absprechen.

Ferner mache ich darauf aufmerksam, daß für die morgige Nachmittagsfahrt nach Schleißheim, zu der ich eingeladen habe, von einigen Abgeordneten noch nicht die endgültige Zusage oder Absage vorliegt. Ich bitte um möglichst baldige Nachricht, weil noch einige Dispositionen dafür zu treffen sind.

Ich rufe nunmehr auf die Ziffer 1 der Tagesordnung:

Mündliche Anfragen gemäß § 44 Absatz 2 der Geschäftsordnung.

Als erster Redner ist gemeldet der Herr Abgeordnete Helmerich. Ich erteile ihm das Wort.

Helmerich (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren, Hohes Haus! Meine Anfrage richtet sich an den Herrn Finanzminister.

Im April habe ich Herrn Staatssekretär Fischer mündlich und schriftlich gebeten, für die im Haushalt der Obersten Baubehörde vorgesehenen **Mittel für Straßen- und Wasserbauten** sowie Binnenentwässerung etc. die **vorgriffweise Genehmigung** zu beantragen. Das ist geschehen. Das Innenministerium hat diesen Antrag an das Finanzministerium weitergegeben.

Ich frage den Herrn Finanzminister: Wann kommt dieser Antrag an den Landtag?

Präsident Dr. Hundhammer: Zur Beantwortung der Frage erteile ich das Wort dem Herrn Staatsminister der Finanzen.

Zietsch, Staatsminister: Hohes Haus! Die vorgriffweise Genehmigung von Mitteln für Straßen- und Wasserbau sowie Binnenentwässerung, wegen der der Herr Abgeordnete Helmerich im April dieses Jahres mit der Obersten Baubehörde, Ministerialdirektor Fischer, verhandelt hat, wurde von der Obersten Baubehörde beim Finanzministerium mit Vorhernote vom 11. Juni, in meinem Hause eingegangen am 13. Juni, beantragt. Die Note der Obersten Baubehörde wurde mit Schreiben meines Ministeriums vom 19. Juni, ausgelassen am 22. Juni, beantwortet. Das Finanzministerium hat dem Antrag auf vorgriffweise Genehmigung der genannten Mittel grundsätzlich zugestimmt. Es ist nunmehr **Sache der Obersten Baubehörde**, einen Entschluß des Ministerrats und des Landtags herbeizuführen.

Ich bitte den Herrn Abgeordneten Helmerich, die Zeitdauer im Finanzministerium und die Zeit der Bearbeitung in der Obersten Baubehörde bis zur Note an das Finanzministerium noch besonders zu beachten.

Präsident Dr. Hundhammer: Der Herr Abgeordnete Helmerich wünscht eine Zusatzfrage zu stellen.

Helmerich (CSU): Ich möchte den Herrn Finanzminister um Auskunft bitten, ob damit auch der Antrag zur Beilage 3970 erledigt ist.

Präsident Dr. Hundhammer: Ich erteile nochmals das Wort dem Herrn Finanzminister.

Zietsch, Staatsminister: Diese Zusatzfrage kann ich nicht beantworten, weil ich den Inhalt der Beilage nicht kenne. Aber es ist, wie ich gesagt habe, Sache der Obersten Baubehörde, sich um die Angelegenheit weiter zu kümmern.

Präsident Dr. Hundhammer: Nächster Fragesteller ist der Herr Abgeordnete Kiene. Ich erteile ihm das Wort.

Kiene (SPD): Meine Frage gilt dem Herrn Staatsminister des Innern.

Die **Vorfälle anlässlich der Offenhaltung einiger Münchner Geschäfte**, die sich am **vergangenen Samstag** ereigneten, haben weit über die Landeshauptstadt hinaus Beunruhigung hervorgerufen.

Kann der Herr Staatsminister des Innern Auskunft geben, was für Anstalten getroffen wurden, um eine Wiederholung der Vorfälle zu verhindern?

Präsident Dr. Hundhammer: Eine inhaltlich sich mit dem gleichen Problem befassende Frage will der Herr Abgeordnete Dr. Geislhöringer stellen. Ist das Hohe Haus damit einverstanden, daß ich ihm außerhalb der Reihe gleich das Wort erteile? — Es ist der Fall. Der Herr Abgeordnete Dr. Geislhöringer hat das Wort.

Dr. Geislhöringer (BP): Die gesamte bayerische Bevölkerung ist ob der **Vorgänge**, die sich in **München an zwei aufeinander folgenden Samstagen** abspielten, in tiefster Sorge um die Sicherheit des Staates und des öffentlichen Lebens. Das bayerische Volk hat kein Verständnis dafür, daß Fragen, die ausschließlich im Bereich der Rechtsaufsichtsbehörden liegen, auf der Straße ausgetragen werden. Besonders besorgt ist die Öffentlichkeit wegen der **Erklärung**, die der Herr **Innenminister** laut Mitteilung des Münchner Merkur vom 23. dieses Monats wegen der Umtriebe gewisser obskurer Elemente in Sachen des Münchner Ladenschlusses gegeben hat.

Ich frage daher den Herrn Polizeiminister: Ist der Herr Polizeiminister in der Lage und willens, die Maßnahmen zu treffen —

(Unruhe und Zurufe von der SPD)

— in diesem Falle ist er der Polizeiminister — die Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, Leben und Sicherheit der Bewohner unseres Landes gegenüber dem Gewerkschaftsterror

(Oha und erregte Zurufe von der SPD)

und gegenüber dem Straßenpöbel zu garantieren und Aufmärsche jeder Art, die den Charakter des Landfriedensbruches in sich tragen, endgültig unmöglich zu machen?

(Zurufe von der SPD — Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hundhammer: Ich möchte zunächst bemerken: Die offizielle Bezeichnung ist: „Herr Staatsminister des Innern.“

(Beifall — Sehr richtig! bei der SPD)

In der Form „der für die Polizei zuständige Minister“ kann er angesprochen werden. — Ich erteile nunmehr das Wort dem Herrn Staatsminister des Innern.

Dr. Hoegner, Staatsminister: Meine Damen und Herren! Die Frage des **Samstagnachmittag-Ladenschlusses** ist arbeits- und wirtschaftspolitischer Natur. Für die Regelung des Ladenschlusses an Werktagen ist das Arbeitsministerium zuständig. Da das Bundesverfassungsgericht mit Urteil vom 20. Mai 1952 entschieden hat, daß § 22 der Arbeitszeitverordnung die Ladenschlußzeiten in der Weise regle, daß offene Verkaufsläden in der Zeit von 7 Uhr früh bis 19 Uhr abends offengehalten werden dürfen, ist im ganzen Bundesgebiet jeder Inhaber eines offenen Ladengeschäftes berechtigt, soweit er nicht andere Abmachungen getroffen hat, auch an Samstagen bis 19 Uhr sein Geschäft offen zu halten.

Gleichzeitig ist in der Entscheidung klargestellt, daß eine Abänderung nur durch Gesetz, und zwar nur durch ein Bundesgesetz erfolgen könnte. Dabei wird allerdings noch zu prüfen sein, ob Artikel 174 der bayerischen Verfassung, der allen Arbeitnehmern grundsätzlich ein freies Wochenende garantiert, eine selbständige Bedeutung gegenüber den Bundesgesetzen besitzt.

Es steht fest, daß die Offenhaltung einiger Münchner Geschäfte am vergangenen Samstag, dem 20. Juni 1953, weitgehend zu wilden **Demonstrationen durch politisch radikale Elemente** ausgenutzt worden ist. Nachdem die zur Unterbindung dieser Unruhen von der Stadtpolizei ergriffenen Maßnahmen nicht ausreichten, wurde die bayerische Bereitschaftspolizei gemäß Artikel 42/44 des Polizeiorganisationsgesetzes zur Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe und Ordnung eingesetzt. Für die Entscheidung über die erforderlichen Maßnahmen zur Vermeidung der Wiederholung derartiger Vorfälle ist gemäß Artikel 83 der bayerischen Verfassung, Bestimmung über die örtliche Polizei, zunächst der **Stadtrat München** zuständig.

(Sehr richtig! bei der BP)

Von dessen Entscheidung wird es abhängen, ob und welche Maßnahmen des Innenministeriums sodann veranlaßt erscheinen. Meine Äußerung in der Öffentlichkeit, die vom Herrn Abgeordneten Dr. Geislhöringer angeführt wird, bezog sich nur auf die Methode des gesetzlichen Schutzes des Eigentums. Man kann durchaus der Auffassung sein, daß dieser Schutz auch mit einem weit geringeren Polizeiaufgebot gewährleistet werden kann.

(Sehr richtig!)

Gegen Ausschreitungen übler Elemente, gleich welcher politischen Richtung, wird jedenfalls mit allen gesetzlichen Mitteln eingeschritten werden.

(Bravo! bei der BP — Allgemeiner Beifall)

Präsident Dr. Hundhammer: Als nächster Fragesteller ist gemeldet der Herr Abgeordnete Reichl.

Reichl (BP): Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren! Meine Anfrage richtet sich an den Herrn Staatsminister der Finanzen.

Umlaufenden Gerüchten zufolge ist in der **Schnaps- und Likörfabrik Cerwyonka** in Niederhatzkofen, Landkreis Rottenburg/Laaber, eine Revision durchgeführt worden. Dabei sollen Steuerrückstände in Höhe von 400 000 DM festgestellt worden sein. Gleiche Gerüchte wollen wissen, daß ein maßgebliches **Mitglied der Regierung** aus dem Finanzministerium die weitere Revision durch telephonischen Anruf eingestellt hat.

Ich frage deshalb den Herrn Finanzminister

1. entsprechen diese Gerüchte der Wahrheit,
2. wenn ja,
 - a) wieso konnte es kommen, daß Steuerrückstände in Höhe von 400 000 DM aufliefen,
 - b) welche Gründe haben das Finanzministerium bewogen, die weitere Revision einzustellen?

Präsident Dr. Hundhammer: Die Frage wird beantwortet vom Herrn Staatsminister der Finanzen.

Zietsch, Staatsminister: Hohes Haus! Die Behauptung, daß bei der Firma Cerwyonka Steuerrückstände in Höhe von 400 000 DM aufgelaufen seien, ist nicht richtig. Bei dieser Firma hat im Jahre 1950 und im Jahre 1953 jeweils eine Betriebsprüfung stattgefunden. Das Finanzministerium hat die Durchführung der Betriebsprüfungen nicht beeinflußt. Insbesondere entbehrt das Gerücht, daß ein Regierungsmitglied eingegriffen und eine Betriebsprüfung eingestellt habe, jeder Begründung. Die beiden Betriebsprüfungen ergaben **Steuernachholungsbeträge**, die zusammengerechnet weit unter der genannten Summe von 400 000 DM liegen.

(Zuruf von rechts: Wieviel?)

Die Steuernachholung aus der Betriebsprüfung 1950 ist abgewickelt. Wegen der Steuernachholung aus der Betriebsprüfung 1953 wird zur Zeit noch verhandelt. Mit Rücksicht auf das Steuergeheimnis, meine sehr geehrten Herren, kann ich die Zahlen nicht nennen.

(Sehr richtig! Sehr gut!)

— Ich verstehe nicht, Herr Kollege Bantele, warum Sie lachen; das Steuergeheimnis gilt auch hier.

(Zuruf des Abg. Bantele)

Präsident Dr. Hundhammer: Der Herr Abgeordnete Reichl wünscht eine Zusatzfrage zu stellen; ich erteile ihm das Wort.

Reichl (BP): Es würde mich interessieren, Herr Staatsminister der Finanzen, ob es sich bei der Summe um Steuerrückstände oder um Steuerhinterziehungen handelt.

Präsident Dr. Hundhammer: Zur Beantwortung dieser Frage erteile ich nochmals das Wort dem Herrn Staatsminister der Finanzen.

Zietsch, Staatsminister: Ich habe in meiner Antwort erklärt, daß es sich um Steuernachholungen handelt.

(Heiterkeit — Abg. Meixner und andere:
Sehr gut!)

Präsident Dr. Hundhammer: Als Fragestellerin folgt die Frau Abgeordnete Zehner; ich erteile ihr das Wort.

Zehner (CSU): Hohes Haus! Im Beschwerdeauschuß des Bayerischen Landtags mußte schon öfter auf Grund von vorliegenden Beschwerden gegen das **Dirnenunwesen in der Stadt München** Stellung genommen werden. Das Staatsministerium der Justiz hat versprochen, Maßnahmen zu treffen, die das Dirnenunwesen erfolgreich beseitigen. Als erfolgreicher Weg wurde die Schaffung eines Arbeitshauses empfohlen. Ich frage die Staatsregierung, was zur Bekämpfung des Dirnenunwesens geschehen ist und was in Zukunft geschehen wird.

Präsident Dr. Hundhammer: Die Frage wird beantwortet durch den Herrn Staatssekretär im Staatsministerium der Justiz; ich erteile ihm das Wort.

Dr. Koch, Staatssekretär: Herr Präsident, Hohes Haus! Das bayerische Staatsministerium der Justiz wendet der Bekämpfung des Dirnenunwesens seit Jahren erhöhte Aufmerksamkeit zu.

(Abg. Dr. Brücher: Aber ohne Erfolg!)

— Das ist eine andere Frage. — Die Staatsanwaltschaften wurden mehrfach, so durch die Ministerialentscheidungen vom Juli 1949, vom November 1951 und vom 9. Mai 1952, zu energischer Strafverfolgung angewiesen. Darüber hinaus hat das bayerische Staatsministerium der Justiz wiederholt beim Bund auf die Wiedereinführung des Arbeitshauses in den Ländern der amerikanischen Zone und auf Verschärfung der Strafbestimmungen gegen die Prostitution gedrängt. Bayern ist ja in dieser Hinsicht nicht allein maßgebend; es kann nur anregen.

Der Bundestag hat nunmehr am 10. Juni 1952 das **Dritte Strafrechtsänderungsgesetz** beschlossen, nach dessen Artikel 6 das **Arbeitshaus** wieder in allen Ländern der Bundesrepublik als **Maßregel der Sicherung und Besserung** wieder zur Verfügung stehen wird. Das Gesetz wird am 26. Juni 1953 vom Bundesrat im zweiten Durchgang beraten. Mit seiner endgültigen Verabschiedung ist in Kürze zu rechnen.

In einer **Sitzung des Ministerrats** von heute morgen wurde diese Bestimmung des Gesetzes unterstützt; sie wird von Bayern auch im Bundesrat unterstützt werden.

Inzwischen ist auch das **Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten** von den Gesetzgebungsorganen des Bundes verabschiedet worden, das

ebenfalls eine wirksame Handhabe gegen geschlechtskranke Dirnen abgibt. Weitere Maßnahmen des Gesetzgebers und der Justizverwaltung erscheinen nach dem heutigen Stand der Dinge nicht mehr veranlaßt.

(Abg. Piechl: Ein Untersuchungsausschuß gehört da eingesetzt! — Heiterkeit)

Präsident Dr. Hundhammer: Nächster Fragesteller ist der Herr Abgeordnete Drechsel; ich erteile ihm das Wort.

Drechsel (SPD): Herr Präsident, Hohes Haus! Verschiedene Rundschreiben von Unternehmervereinigungen veranlassen mich zu folgender Anfrage an den Herrn Finanzminister:

Können **Beiträge** der Unternehmer zum **Verein zur Sicherung der sozialen Marktwirtschaft** und ähnlichen Organisationen als **Betriebsunkosten** abgesetzt werden?

Präsident Dr. Hundhammer: Zur Beantwortung der Frage erteile ich das Wort dem Herrn Staatsminister der Finanzen.

Zietsch, Staatsminister: Hohes Haus! Die Abzugsfähigkeit von Beiträgen an Vereine hängt von den satzungsmäßigen Zwecken und der tatsächlichen Betätigung dieser Vereine ab. Vertreten solche Vereine gesamtwirtschaftliche Interessen eines Berufsstandes oder die Einzelinteressen ihrer Mitglieder, dann bestehen gegen die Anerkennung der Beiträge als Betriebsausgaben keine Bedenken, dienen dagegen solche Vereine politischen Zwecken, insbesondere politischen Parteien, dann ist die Abzugsfähigkeit der Beiträge zu verneinen.

Präsident Dr. Hundhammer: Es folgt als Fragesteller der Herr Abgeordnete Kurz; ich erteile ihm das Wort.

Kurz (CSU): Her Präsident, meine Damen und Herren! Meine Anfrage richte ich an das Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr.

Vor Jahresfrist habe ich die Staatsregierung gebeten, sie möge in Verhandlungen mit der amerikanischen Besatzungsmacht die **Freigabe** der von dieser beschlagnahmten Hotels, Rasthäuser und Anlagen an den schönsten Seen und Plätzen des Landes, so unter anderem **des Rasthauses am Chiemsee, der Hotels am Eibsee, Badersee und Rissensee** usw. erwirken. Außer der Freigabe des Schneefernerhauses und eines geringfügigen Teiles von beschlagnahmten Wohnungen und Instituten ist ein größerer Erfolg bisher versagt geblieben.

Frage: Was hat die Staatsregierung getan und was wird sie weiterhin tun können, um endlich auch der Zivilbevölkerung des In- und Auslandes den Zutritt zu den schönsten Anlagen und Plätzen des Landes zu ermöglichen?

Präsident Dr. Hundhammer: Zur Beantwortung dieser Frage erteile ich das Wort dem Herrn Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr.

Dr. Seidel, Staatsminister: (Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die bayerische Staatsregierung ist unablässig bemüht gewesen, Freigaben der beschlagnahmten Hotels, Rasthäuser und Anlagen zu erreichen. Im vergangenen Jahr konnten insgesamt **16 Betriebe** mit über 620 Betten ihren Eigentümern **zurückgegeben** werden. An bekannten Objekten sind darunter das Hotel Schneefernerhaus, das Berghotel auf dem Predigtstuhl, das Hotel Kaiserhof in Bad Tölz und das Hotel Seehaus am Königsee. Im **deutsch-amerikanischen beratenden Landesauschuß** ist das Problem der Rückgabe auch der übrigen beschlagnahmten Objekte wiederholt behandelt worden. Ferner haben laufend Besprechungen mit den zuständigen amerikanischen Stellen stattgefunden. Es ist damit zu rechnen, daß von den zur Zeit insgesamt noch rund 6000 beschlagnahmten gewerblichen Beherbergungsbetten ein größerer Teil noch in diesem Jahr freigegeben wird, vor allen Dingen in **Berchtesgaden** und im **Werdenfelser Land**.

Den Bemühungen um Freigabe des Rasthauses am Chiemsee und der Hotelbetriebe am Badersee, Eibsee und Rissersee blieb bisher ein Erfolg versagt. Die bayerische Staatsregierung wird ihre Bemühungen um Freigabe der noch beschlagnahmten Betriebe und Anlagen mit Nachdruck fortsetzen. Die Rückgabe der zum Teil in den schönsten Gebieten unseres Vaterlandes gelegenen Betriebe ist für eine weitere Steigerung des bayerischen Fremdenverkehrs, vor allem des Ausländerreiseverkehrs, von großer Bedeutung.

Präsident Dr. Hundhammer: Es folgt als nächster Fragesteller der Herr Abgeordnete Piper. Ich erteile ihm das Wort.

Piper (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Anfrage richtet sich an den Herrn Staatsminister für Arbeit und soziale Fürsorge.

In Bayern können eine große Anzahl von **Notstandsmaßnahmen**, die mit **verstärkter Förderung** geplant sind, nicht durchgeführt werden, weil das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge die im Haushaltsjahr 1953/54 bereits vom Landtag genehmigten Mittel von 12 Millionen DM nur dann zur Verfügung stellt, wenn die Bundesregierung sich in derselben Höhe beteiligt. Die geübte Zurückhaltung der Bundesregierung hat in Bayern bisher erhebliche arbeitsmarktpolitische Schwierigkeiten verursacht und die Ausführung gemeinnütziger Arbeiten zu einem großen Teil verhindert.

Ich frage den Herrn Staatsminister für Arbeit und soziale Fürsorge, was er zu tun gedenkt, um bei den entstandenen Schwierigkeiten ausgleichend zu wirken.

Präsident Dr. Hundhammer: Die Frage wird beantwortet durch den Herrn Staatssekretär im Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge. Ich erteile ihm das Wort.

Krehle, Staatssekretär: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bayern steht mit seinen ei-

genen **Leistungen in der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge** und den damit erzielten Ergebnissen seit 1948 unbestritten an der Spitze aller Bundesländer.

(Hört, hört!)

Trotzdem sind seine Vorleistungen bei der Durchführung des sogenannten Sofortprogramms des Bundes zur Arbeitsbeschaffung im Rechnungsjahr 1951 nicht annähernd berücksichtigt worden. Die bayerische Arbeitsverwaltung ist deshalb und mit Rücksicht auf die Kürzung der Staatshaushaltsmittel für die verstärkte Förderung von 18 auf 12 Millionen DM nunmehr gezwungen, die verstärkte Förderung der einzelnen Maßnahmen davon abhängig zu machen, daß sich der **Bund** oder die **Bundesanstalt zur Hälfte** daran beteiligt.

Da die Mittel des Sofortprogramms erschöpft sind und weitere Bundes- beziehungsweise Bundesanstaltsmittel seither nicht bereitgestellt wurden, ist die Inangriffnahme von Notstandsarbeiten trotz der günstigen Jahreszeit leider gehemmt. Ende Mai 1953 waren rund 5000 Notstandsarbeiter weniger beschäftigt als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Die Zahl der beschäftigten Notstandsarbeiter ist von Ende April bis Ende Mai 1953 leicht zurückgegangen, ein Zeichen dafür, daß die aus dem Vorjahr überhängenden Notstandsarbeiten laufend zu Ende gehen und neue Arbeiten nicht in ausreichendem Maße begonnen werden können.

Das Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge bemüht sich seit geraumer Zeit beim Bundesministerium für Arbeit und bei der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung um die Bereitstellung ausreichender Bundesmittel für die verstärkte Förderung von Notstandsarbeiten. Es hat hilfsweise vorgeschlagen, ihm die vorläufige hundertprozentige verstärkte Förderung dringender Notstandsarbeiten durch die Zusicherung zu ermöglichen, daß die **bayerischen Vorleistungen** in einem künftigen Bundesprogramm berücksichtigt werden. Die Bemühungen der Bayerischen Arbeitsverwaltung werden von den Selbstverwaltungsorganen der Bundesanstalt, in denen das Staatsministerium vertreten ist, unterstützt. Sie waren trotzdem bisher ergebnislos, werden aber mit Nachdruck fortgesetzt.

Dem Vernehmen nach ist beabsichtigt, von den im Bundeshaushalt für die zusätzliche Beschäftigung von Arbeitslosenfürsorgeunterstützungsempfängern vorgesehenen 50 Millionen DM einen Teilbetrag von 12½ Millionen DM für die verstärkte Förderung freizugeben. Dieser Betrag ist, da er für das ganze Bundesgebiet bestimmt ist, viel zu gering. Es wird im Bundestag gegenwärtig ein **Antrag der CDU/CSU** usw. behandelt, der die gesetzliche Ermächtigung der Bundesanstalt zur Bereitstellung von Arbeitslosenversicherungsmitteln für die verstärkte Förderung von Notstandsarbeiten zum Ziele hat. Er ist noch nicht verabschiedet.

Ich werde dem Herrn Präsidenten des Bayerischen Landtags in den nächsten Tagen für das Präsidium und für die Fraktionen einige Über-

(Krehle, Staatssekretär)

sichten überreichen, aus denen ersichtlich ist, daß in Bayern bis zum 30. April 1953 für die verstärkte Förderung von 1607 Notstandsarbeiten mit mehr als 9 Millionen Arbeitslosentagewerken insgesamt 87,2 Millionen DM bewilligt worden sind, von denen nur 23,1 Millionen DM aus dem Bundes-sofortprogramm geflossen sind.

Präsident Dr. Hundhammer: Es folgt als Fragesteller der Herr Abgeordnete Ernst. Ich erteile ihm das Wort.

Ernst (BP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Anfrage richtet sich an das bayerische Staatsministerium des Innern. Es laufen beim Bayerischen Bauernverband von Bauern ständig Klagen darüber ein, daß sie für die **privaten Impfkosten** zur Behebung der Maul- und Klauenseuche, die ihnen nach dem **Landtagsbeschluß vom 29. Oktober 1952**, Beilage 3442, zustehen würden, bis heute noch keinen Ausgleich erhalten haben. Nach Mitteilung der Bayerischen Tierseuchenkasse sind tatsächlich noch keine Staatsmittel für die Rückerstattung dieser Impfkosten zur Verfügung gestellt.

Ich frage daher die Staatsregierung, aus welchen Gründen bis heute dem vorstehenden Landtagsbeschluß nicht Rechnung getragen wurde.

Präsident Dr. Hundhammer: Die Frage wird durch den Herrn Staatsminister des Innern beantwortet.

Dr. Hoegner, Staatsminister: Meine Damen und Herren! Am 26. Januar 1953 hat das bayerische Staatsministerium des Innern dem bayerischen Staatsministerium der Finanzen unter Mitteilung der zwischenzeitlich durch die Regierungen errechneten Impffzahlen die zur Erfüllung des Landtagsbeschlusses vom 29. Oktober 1952 erforderlichen Mittel in ungefährer Höhe von 500 000 DM bekanntgegeben und gebeten, diese Mittel zusätzlich bei Einzelplan 13, Kapitel 1211, Titel 501, Zuschüsse an die bayerische Tierseuchenkasse zur Deckung der Impfstoffkosten, zur Verfügung zu stellen, nachdem im Haushaltsplan des Innenministeriums Haushaltsmittel hierfür nicht vorgesehen sind.

Das bayerische **Staatsministerium der Finanzen** hat mit Note vom 2. März 1953 dem bayerischen Staatsministerium des Innern mitgeteilt, daß es, ehe weitere Schritte von ihm zum Zwecke der bisher nicht erfolgten Erbringung eines **Deckungsvorschlags** für die durch den Landtagsbeschluß bedingte Ausgabe unternommen werden, anheimstelle, die Frage des Kostenersatzes für die freiwillig vorgenommenen Schutzimpfungen so zu behandeln wie bei **seuchenpolizeilich angeordneten Maul- und Klauenseuche-Schutzimpfungen**, und verwies darauf, daß diese Behandlung der Kostenaufbringung wohl auch der Auffassung des Bayerischen Landtags entspreche.

Das bayerische Staatsministerium des Innern ersuchte daraufhin die **Tierseuchenkasse** um alsbal-

dige Mitteilung darüber, ob sie sich aus einmaligen besonderen Billigkeitsgründen der vom bayerischen Staatsministerium der Finanzen in Vorschlag gebrachten Kostenregelung anschließen und die **Hälfte** der durch die freiwillig vorgenommenen Impfungen entstandenen Kosten in Höhe von ungefähr 250 000 DM übernehmen könne. Mit Schreiben vom 2. April 1953 hatte die bayerische Tierseuchenkasse um stillschweigende Fristverlängerung der vorgenannten Note des Innenministeriums gebeten, da der Vorsitzende des Landesausschusses der bayerischen Tierseuchenkasse vor Einberufung des Landesausschusses sich noch an sämtliche Mitglieder des Landwirtschaftsausschusses des Bayerischen Landtags wenden wolle. Mit Schreiben vom 7. April 1953 hat sich nun der Vorsitzende des genannten Landesausschusses an den Landwirtschaftsausschuß des Bayerischen Landtags gewandt und dabei bekanntgegeben, daß eine **Kostenbeteiligung der bayerischen Tierseuchenkasse** an den in Frage stehenden Gebühren nicht möglich und vom Standpunkt der Anstalt auch **nicht vertretbar** erscheine. Darüber hinaus verbiete die Lage der bayerischen Tierseuchenkasse ein Abweichen von den satzungsgemäß festgelegten Leistungen. Der Vorsitzende des Landesausschusses der bayerischen Tierseuchenkasse bittet darüber hinaus die Abgeordneten des Landwirtschaftsausschusses des Bayerischen Landtags, zweckdienliche Maßnahmen zu ergreifen, damit die bayerische Tierseuchenkasse in die Lage versetzt werde, die notwendigen Auszahlungen vorzunehmen. Die **Eingabe** der bayerischen Tierseuchenkasse an den Landwirtschaftsausschuß des Bayerischen Landtags wurde durch diesen dem bayerischen Staatsministerium des Innern am 1. Juni dieses Jahres mit der Bitte um Stellungnahme zum 20. Juli dieses Jahres zur Kenntnis gebracht.

Die zwischenzeitlich neu aufgenommenen Verhandlungen zwischen dem bayerischen Staatsministerium des Innern und dem bayerischen Staatsministerium der Finanzen sind noch nicht abgeschlossen. Eine Beantwortung der Anfrage des bayerischen Staatsministeriums des Innern an die bayerische Tierseuchenkasse vom 21. März dieses Jahres an das Innenministerium liegt bis zur Stunde nicht vor.

Präsident Dr. Hundhammer: Es folgt als weiterer Fragesteller der Herr Abgeordnete Bauer Hannsheinz. Ich erteile ihm das Wort.

Bauer Hannsheinz (SPD): Meine Damen und Herren! Ich hätte vom Herrn Kultusminister gern Aufklärung darüber, welche Gründe ihn veranlaßt haben, das seit 1949 festgelegte **Mitentscheidungsrecht der Elternbeiräte an höheren Schulen** bei strafweiser Entlassung von Schülern neuerdings zu beseitigen und insoweit die demokratische Einrichtung des Elternrechts einzuschränken.

(Hört, hört!)

Präsident Dr. Hundhammer: Zur Beantwortung dieser Frage erteile ich das Wort dem Herrn Staatsminister für Unterricht und Kultus.

Dr. Schwalber, Staatsminister: Hohes Haus! Von einer Beseitigung des Mitwirkungsrechts der Elternvertretungen bei Entlassung von Schülern höherer Lehranstalten kann überhaupt keine Rede sein. Die frühere Bestimmung über die Mitwirkung der Elternbeiräte bei der strafweisen Entlassung eines Schülers stand in einem gewissen **Gegensatz zu den Schulstrafbestimmungen**. Schwierigkeiten sind daraus jedoch nie entstanden, weil niemand daran dachte, daß durch die Mitwirkung des Elternbeirats, die Strafgewalt des Lehrerrats etwa eingeschränkt werden sollte. Denn **nach der Schulordnung** gab es keinen Zweifel, daß **nur der Lehrerrat** die strafweise Entlassung verfügen konnte. Die neue Bestimmung in der Bekanntmachung über den Elternbeirat hat nun die Diskrepanz zwischen den beiden Vorschriften: Schulordnung und Elternbeiratsbestimmungen dem Wortlaut nach beseitigt, an der bewährten Einrichtung jedoch nichts geändert. Der Elternbeirat berät wie bisher gemeinsam mit dem Lehrerrat die in Erwägung gezogene Entlassung, wenn der Erziehungsberechtigte des betroffenen Schülers es beantragt. Die Abstimmung erfolgt wie früher getrennt. Das Ministerium wird bei einem vom Beschluß des Lehrerrats abweichenden Votum des Elternbeirats dessen Argumente würdigen — wie früher auch. Es wird lediglich nicht unmittelbar, sondern erst im Beschwerdeweg entscheiden. Denn sonst ginge dem betroffenen Erziehungsberechtigten, um dessen Rechte es doch in erster Linie geht, sein Beschwerderecht verloren, wenn sich das Ministerium bereits mit einem Entscheid über die Meinungsverschiedenheit festgelegt hätte. Die neue Formulierung ist also, wie ich ausdrücklich versichern möchte, ohne jeden Hintergedanken gewählt worden und hat tatsächlich **keine Änderung** gebracht. Das hat auch der Bayerische Philologen-Verband anerkannt, der sich auf seiner Hauptversammlung im April dieses Jahres einstimmig die Auffassung des Ministeriums zu eigen gemacht hat.

Präsident Dr. Hundhammer: Zur Stellung einer Zusatzfrage erhält nochmals das Wort der Herr Abgeordnete Bauer Hannsheinz.

Bauer Hannsheinz (SPD): Meine Frage ist dahin gegangen, warum das Mitentscheidungsrecht der Eltern eingeschränkt worden ist. Ich habe absichtlich nicht formuliert: das Mitwirkungsrecht. Warum, Herr Kultusminister, hat die Staatsregierung dann zu dem Leitartikel der „Süddeutschen Zeitung“, der immerhin sehr klar und deutlich gewesen ist, nicht in der Öffentlichkeit entsprechend Stellung genommen?

Präsident Dr. Hundhammer: Ich erteile nochmals das Wort dem Herrn Staatsminister für Unterricht und Kultus.

Dr. Schwalber, Staatsminister: Hohes Haus! Ein **Mitentscheidungsrecht** hat der Elternbeirat nie gehabt. Er hat lediglich sein Votum abgegeben. Die Entscheidung hat der Lehrerrat getroffen. Ich glaube, wir dürfen froh sein, wenn die Entscheidung von absolut objektiven Gremien getroffen

wird, wie wir im Lehrerrat eines haben. Die Rechte des Elternbeirats werden in keiner Weise verkürzt. Er wird nach wie vor sein Votum abgeben können, die **Entscheidung** aber wird in erster Linie **vom Lehrerrat** getroffen. Dann steht es dem Erziehungsberechtigten oder auch einem Mitglied des Elternbeirats frei, sich im Beschwerdeweg an eine zweite Instanz, das Kultusministerium, zu wenden. Dieses wird dann in letzter Linie entscheiden, wie es vorher auch in letzter Instanz entschieden hat.

Präsident Dr. Hundhammer: Es folgt als Fragesteller der Herr Abgeordnete Dr. Sturm. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Sturm (BP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Anfrage richtet sich an den Herrn Justizminister.

Die mir schriftlich zugestellte Antwort des Herrn Justizministers auf meine in der Fragestunde am 27. Mai dieses Jahres gestellte Anfrage betreffend die **Wiederaufnahme des Spruchkammerverfahrens gegen den ehemaligen Generaloberst Alfred Jodl** geht auf den Kernpunkt meiner Frage nicht weiter ein. Die Formulierung der Antwort berechtigt aber zu der Annahme, daß die Wiederaufnahme des Verfahrens vom Minister für politische Befreiung und nicht von amerikanischer Seite veranlaßt wurde.

Ich frage deshalb den Herrn Justizminister, ob diese Annahme zutreffend ist oder nicht.

Präsident Dr. Hundhammer: Die Frage wird beantwortet durch den Herrn Staatssekretär im Staatsministerium der Justiz.

Dr. Koch, Staatssekretär: Hohes Haus, die Frage richtet sich an den Herrn Staatsminister Weinkamm in seiner Eigenschaft als **Minister für politische Befreiung**. Sie könnte und kann nach ihrem Charakter nur vom Herrn Staatsminister Weinkamm persönlich beantwortet werden, zudem ich in dieser Hinsicht nicht sein Stellvertreter bin. Ich bitte den Herrn Fragesteller, sich vielleicht damit zufrieden zu geben, daß die Antwort schriftlich erteilt wird.

Präsident Dr. Hundhammer: Als nächster Fragesteller erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Strosche.

Dr. Strosche (BHE): Herr Präsident, Hohes Haus! Meine Anfrage richtet sich an das bayerische Staatsministerium des Innern. Beruhen die zahlreichen Pressenachrichten, daß das **Heimatvertriebenenlager Bernreuth** bei Eschenbach in der Oberpfalz außerhalb des bekannten und üblichen Lagerauflösungsprogramms vorzeitig und kurzfristig aufgelöst werden soll, auf Wahrheit? Wenn ja: Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, daß diese Auflösung dem Grundsatz einer Existenz- und Wohnungsverbesserung der Lagerinsassen gerecht wird?

Präsident Dr. Hundhammer: Die Frage wird durch den Herrn Staatssekretär für Angelegenheiten der Heimatvertriebenen beantwortet; ich erteile ihm das Wort.

Dr. Oberländer, Staatssekretär: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Es darf zunächst festgestellt werden, daß es sich bei der **Barackensiedlung Bernreuth** um kein der Flüchtlingsverwaltung unterstehendes Lager handelt. Die Wohnsiedlung, in der nicht nur Heimatvertriebene untergebracht sind, ist nach Ausbau durch die Flüchtlingsverwaltung im Einvernehmen mit dem bayerischen Staatsministerium der Finanzen dem bayerischen Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung übergeben worden.

Am 18. Mai 1953 hat beim bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr eine **Besprechung** der mit der Räumung der Siedlung zusammenhängenden Fragen stattgefunden. Die Räumung mußte deswegen in Erwägung gezogen werden, weil die Eisenwerksgesellschaft Maximilianshütte dem bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr am 13. Dezember 1952 mitgeteilt hat, daß **im Bereich der Siedlung Eisenerze** anstehen, die nach Menge und Qualität erstklassig sind und daher von der bayerischen Wirtschaft nicht entbehrt werden können. Der fortgeschrittene Abbau der Grube Nitzlbuch erfordert, daß schon in den nächsten Jahren — längstens bis zum Jahre 1956 — mit der Erzgewinnung der Siedlung Bernreuth begonnen werden muß. Da mit dem Abbau eine starke Absenkung des Taggeländes verbunden ist, sei der Fortbestand irgendwelcher Baulichkeiten unmöglich. Die Federführung für diesen Fragenkreis liegt beim bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr.

Dem Vernehmen nach soll auch die **Besatzungsmacht** wegen des in unmittelbarer Nähe der Siedlung Bernreuth gelegenen Truppenübungsplatzes Grafenwöhr die Räumung der Siedlung in Erwägung gezogen haben. Konkrete Unterlagen liegen in dieser Beziehung jedoch noch nicht vor. Sollte die Besatzungsmacht tatsächlich die Räumung der Siedlung Bernreuth aus militärischen Gründen fordern, würde eine entsprechende Anzahl von Ersatzwohnungen beim Bund beantragt und diese in der bisher geübten Weise gebaut werden.

Präsident Dr. Hundhammer: Als Fragestellerin folgt Frau Abgeordnete Dr. Brücher; ich erteile ihr das Wort.

Dr. Brücher (FDP): Hohes Haus! Meine Anfrage richtet sich an den Herrn Finanzminister; sie betrifft die für die bayerischen Gemeinden, Städte und Landkreise lebenswichtige Frage des **Finanzausgleichs**. Die gesamte bayerische Selbstverwaltung ist durch die Politik des Herrn Finanzministers in der Frage des Finanzausgleichs außerordentlich beunruhigt. Ich möchte mir deshalb die Frage erlauben, ob dem Herrn Finanzminister die **Denkschrift des Stadtrats München** zur Frage des Finanzausgleichs zwischen Staat und Gemeinden bekannt ist, welche Stellung er dazu einnimmt, ob er der Anregung des Stadtrats auf Bildung einer überparteilichen Kommission zum Studium dieser Frage Rechnung zu tragen gedenkt, und wenn nicht: Warum nicht?

(Abg. Bantele: Es gibt eine bessere Denkschrift vom Deutschen Städteverband!)

Präsident Dr. Hundhammer: Die Frage wird durch den Herrn Staatsminister der Finanzen beantwortet; ich erteile ihm das Wort.

Zietsch, Staatsminister: Hohes Haus! Der Finanzminister wird zu Unrecht allein wegen dieser Frage angegriffen. Es handelt sich beim Haushaltsentwurf 1953/54 um eine **Vorlage der bayerischen Staatsregierung**. Die **Denkschrift der Stadt München** zur Frage des Finanzausgleichs — ebenso wie die Denkschrift des Städtetags — ist mir bekannt. Sie ist am 5. Juni 1953 in meinem Ministerium eingelaufen. Zur Zeit wird sie geprüft.

Die Stellungnahme zu den in der Denkschrift angeschnittenen Fragen geht weit über den Rahmen einer kurzen Anfrage hinaus. Ich werde zu diesen Fragen bei der Beratung der den Finanzausgleich betreffenden Haushaltsansätze im Einzelplan 13 sehr eingehend Stellung zu nehmen haben.

(Abg. Dr. Brücher: Dann ist es zu spät, Herr Finanzminister!)

Präsident Dr. Hundhammer: Die Frau Abgeordnete Dr. Brücher stellt eine Zusatzfrage. Ich erteile ihr das Wort hierzu.

Dr. Brücher (FDP): Herr Finanzminister, meine konkrete Frage betraf vor allem die angeregte **Kommission**, in der Vertreter von beiden Seiten einmal überparteilich diese Frage prüfen sollen. Denn es steht ja Aussage gegen Aussage. Diese Anregung wäre vielleicht ein Ausweg aus den Meinungsverschiedenheiten. Das wäre meine erste Zusatzfrage.

Als zweites wollte ich sagen, daß es bei den Beratungen des Haushaltsausschusses natürlich schon zu spät ist, eine solche Kommission zu bilden oder noch etwa Grundsätzliches zu ändern.

Präsident Dr. Hundhammer: Ich erteile nochmals das Wort dem Herrn Staatsminister der Finanzen.

Zietsch, Staatsminister: In dieser Frage wird es bei den Beteiligten keine Überparteilichkeit geben können, verehrte Frau Kollegin Brücher!

(Abg. Dr. Brücher: Laßt Zahlen sprechen!)

Es handelt sich auf beiden Seiten, insbesondere auf seiten der kommunalen Spitzenverbände, zweifelsfrei um **Interessenten**. Der Finanzausgleich ist aber eine **politische Frage** von solch großer Bedeutung, daß sie im Haushaltsausschuß schon sehr eingehend beraten werden wird. Außerdem haben solche Gespräche bereits stattgefunden. Aber nun ist die Vorlage dem Hohen Hause zugegangen. Das Hohe Haus hat zu dieser Vorlage Stellung zu nehmen. An diesen Beratungen nimmt jedes beteiligte Ministerium, hier insbesondere das des Innern und das der Finanzen, teil.

(Abg. Dr. Brücher: Also keine Kommission!)

Präsident Dr. Hundhammer: Nächster Fragesteller ist Abgeordneter Dr. Schubert.

Dr. Schubert (CSU): Hohes Haus! Meine Anfrage richtet sich an den Herrn Staatsminister der Finanzen.

(Dr. Schubert [CSU])

Bis wann kann damit gerechnet werden, daß die **Unterhaltszuschüsse** und die Vergütungen für Beschäftigungsaufträge der **Lehramtsanwärter** und **Beamtenanwärter** sowie der Referendare endlich den gesteigerten Lebenshaltungskosten angeglichen werden, nachdem bereits zwei Landtagsbeschlüsse darüber vorliegen; der erste Landtagsbeschluß wurde am 18. Dezember 1952, der zweite am 16. April 1953 auf Grund eines Dringlichkeitsantrags aller Fraktionen gefaßt, der eine sofortige entsprechende Anordnung der Staatsregierung forderte.

Präsident Dr. Hundhammer: Die Frage beantwortet der Herr Staatsminister der Finanzen.

Zietsch, Staatsminister: Hohes Haus! Die Unterhaltszuschüsse und Vergütungen für Beschäftigungsaufträge können nicht nur für die Junglehrer, sondern sie müssen für **alle Beamtenanwärter** erhöht werden. Nach Eingang des entsprechenden Entwurfs des Bundes über die in Aussicht genommene Erhöhung der Sätze ist der **bayerische Entwurf** unverzüglich mit Schreiben vom 12. Juni sämtlichen Staatsministerien mit der Bitte um Stellungnahme bis 25. Juni, also übermorgen, zugegangen. Es kann daher damit gerechnet werden, daß die neugefaßte Bekanntmachung über die Unterhaltszuschüsse und Vergütungen bei Beschäftigungsaufträgen für Beamtenanwärter mit den dem Bund angeglichenen erhöhten Sätzen bereits im Staatsanzeiger der nächsten Woche erscheinen kann.

Präsident Dr. Hundhammer: Ich erteile weiter das Wort dem Herrn Abgeordneten Pittroff.

Pittroff (SPD): Meine Damen und Herren! Ich bitte den Herrn Staatsminister für Unterricht und Kultus um Auskunft in folgender Angelegenheit: Heuer werden zum erstenmal Abiturienten aus der **Oberschule in Kurzform** entlassen. Im Herbst sollen wieder neue Schüler in diese siebenklassige höhere Schule aufgenommen werden. Nun wurde in den letzten Wochen bekannt, daß die Universität München der Aufnahme von Abiturienten dieser eigens von Bayern eingerichteten Oberschule ablehnend gegenüberstehe. Über diese Haltung sind die Eltern dieser Oberschüler überrascht und entrüstet. Sie fühlen sich über den Wert des Abiturs enttäuscht und erwarten, daß das Staatsministerium die Bedeutung dieser Oberschule verteidigt, die bei der Gründung dieser neuen Art einer bayerischen Schule vom Ministerium seinerzeit eindeutig definiert wurde. Es wird daher gebeten, die Angelegenheit rasch zu klären und den Eltern unzweifelhaft zu sagen,

1. ob der Wert des Abiturs der Oberschule in Kurzform mit dem Wert der anderen höheren Schulen gleich ist, und
2. ob den Abiturienten dieser Oberschulen Nachteile in ihrer akademischen Ausbildung erwachsen können.

Präsident Dr. Hundhammer: Zur Beantwortung dieser Frage erteile ich das Wort dem Herrn Staatsminister für Unterricht und Kultus.

Dr. Schwalber, Staatsminister: Hohes Haus! Die Oberschule in Kurzform hat die Aufgabe, Schüler, die erst nach dem Besuch der 6. Volksschulklasse den Übergang zur höheren Schule erstreben, in einem siebenjährigen Lehrgang zur Hochschulreife zu führen. Die gegenüber der Normalform um zwei Jahre kürzere Dauer des Bildungsganges ist dadurch ermöglicht, daß die zwölfjährigen begabten Schüler gegenüber den Zehnjährigen in ihrer allgemeinen geistigen Entwicklung so weit voraus sind, daß ihnen ein rascheres Arbeitstempo zugemutet werden kann und deshalb die zu erreichenden Ziele gegenüber den Vollarbeiten nicht zurückgestellt zu werden brauchen. Die Oberschule in Kurzform vermittelt daher die **uneingeschränkte Hochschulreife** für das Studium aller akademischen Berufe. Die Tatsache, daß diese Schulart durch ihre besondere Pflege der deutschen Sprache und der musischen Fächer für das Studium des Volksschullehrerberufes vorzüglich geeignet erscheint, bedeutet keine Einschränkung ihres allgemeinen Bildungswertes.

Die Vorbedingungen für die Erteilung der Hochschulreife werden nicht von den Universitäten, sondern vom **Staatsministerium für Unterricht und Kultus** festgesetzt.

Präsident Dr. Hundhammer: Ich erteile als nächstem Fragesteller das Wort dem Herrn Abgeordneten Roßmann.

Roßmann (BP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Anfrage richtet sich an den Herrn Staatsminister der Finanzen.

Auf meine detaillierte Anfrage in der 48. Sitzung des Bayerischen Landtags vom 6. November 1951 bezüglich des **Konkurses der Erwin-Schnittert-Werke, Kulmbach**, und deren Zweigfirmen hat der Herr Staatsminister geantwortet, daß die staatsverbürgten Kredite ausreichend abgesichert sein dürften. Er sagte ferner, daß die Verhältnisse mit aller Beschleunigung geprüft werden und daß sich die Landesanstalt für Aufbaufinanzierung weiter mit dem Fall Schnittert beschäftigt. Meine Frage:

- a) Mit welchen tatsächlichen Ausfallsummen hat der bayerische Staat zu rechnen?
- b) Waren die Sicherheiten, gegen die der bayerische Staat die Kredite hingab, nach banktechnischen Begriffen hieb- und stichfest?

Präsident Dr. Hundhammer: Ich erteile das Wort zur Beantwortung dieser Frage dem Herrn Staatsminister der Finanzen.

Zietsch, Staatsminister: Hohes Haus! Die Firmen Schnittert-Werke KG., Lotto-Klinder-Werke KG. sowie Mechanische Netzfabrik Klinder KG., sämtliche in Kulmbach, befanden sich im überwiegenden Eigentum des Erwin Schnittert. Sie bildeten eine wirtschaftliche Einheit und haben über ver-

(Zietsch, Staatsminister)

schiedene Bankinstitute in den Jahren 1949 und 1950 vier staatsverbürgte Flüchtlingsproduktivkredite in Höhe von insgesamt 560 000 DM erhalten. Eine weiterhin von der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank beantragte Bürgschaft für einen Flüchtlingsproduktivkredit von 100 000 DM wurde nicht mehr übernommen. Die Kredite waren abgesichert durch:

- a) Grundschuld auf Erbbaurecht an dem Betriebsgrundstück der Firma in Höhe von insgesamt 300 000 DM,
- b) Übereignung von Maschinen 78 000 DM,
- c) Übereignung von Fertigwaren 208 000 DM,
- d) Übereignung von Rohstoffen 160 000 DM,
- e) aus Forderungsabtretungen 100 000 DM

sowie durch selbstschuldnerische Bürgschaften der drei Firmen und ihrer Gesellschafter.

Die Sicherheiten waren ihrem Zeitwert nach ausreichend. Im Zuge der Liquidation ist jedoch mit erheblichen Mindererlösen zu rechnen. Die Kreditabwicklung ist noch nicht abgeschlossen, die Sicherheiten sind noch nicht restlos verwertet. Bisher erbrachte insbesondere die Verwertung der Grundschulden einen Betrag von 200 000 DM. Es wird mit einem Gesamtausfall zu Lasten der Staatsbürgschaften in Höhe von etwa 250 000 DM zu rechnen sein. Die Überprüfung wird zur Zeit von der Bayerischen Landesanstalt für Aufbaufinanzierung durchgeführt.

Präsident Dr. Hundhammer: Es folgt als Fragesteller der Herr Abgeordnete Mittich; ich erteile ihm das Wort.

Mittich (BHE): Herr Präsident, Hohes Haus! Meine Anfrage richtet sich an den Herrn Staatsminister für Unterricht und Kultus: Von den etwa 185 vollmatrikulierten Studierenden der Chemie an der Hochschule in Bamberg führen zur Zeit 30 Studenten eine Diplomarbeit aus in der Absicht, in Kürze ihre Diplomhauptexamen abzulegen. Weitere 27 Studierende können keine Diplomarbeit bekommen. Der Grund dafür sei, daß man im Kultusministerium in diesem Sommersemester von einer festen Zusage, die der Herr Minister Dr. Schwalber im Oktober vorigen Jahres den an der Hochschule in Bamberg verbliebenen Studenten für die Ablegung des Diplomexamens gegeben habe, angeblich nichts mehr wissen wolle.

Ich frage daher den Herrn Kultusminister, wie der Sachverhalt liegt beziehungsweise ob der Herr Staatsminister bereit ist, da dem bayerischen Staat durch die Ablegung des Examens angeblich keine finanziellen Belastungen entstehen, den Studierenden an der Hochschule in Bamberg zu helfen.

Präsident Dr. Hundhammer: Zur Beantwortung dieser Frage erteile ich das Wort dem Herrn Staatsminister für Unterricht und Kultus.

Dr. Schwalber, Staatsminister: Hohes Haus! Die Abhaltung von Diplomprüfungen an der Philoso-

phisch-theologischen Hochschule Bamberg wird erst dann endgültig genehmigt werden können, wenn der Studienbetrieb an dieser Hochschule die zur Zeit vom Ministerium bearbeitete grundlegende Neuordnung erfahren hat. Hierbei wird die Sektion für Naturwissenschaften in Bamberg einen Ausbau erfahren. Insbesondere ist die Einführung des Diplomstudiums für Chemie beabsichtigt. Die Neuordnung des Studienbetriebs in Bamberg setzt auch die Schaffung von Planstellen und die Bereitstellung von sächlichen Mitteln im Haushalt voraus. Beides wird bei der Aufstellung des Haushaltes für 1954 vorgesehen sein.

(Zuruf der Abg. Dr. Brücher)

Dann wird vermutlich die Debatte darüber fortgesetzt werden, und bis zum Jahre 1954 sind ja die Mittel im bisherigen Umfang vorgesehen.

Die Abhaltung der Diplomprüfungen für Chemie an der Hochschule Bamberg bedingt ferner eine Änderung der reichsrechtlich geregelten Diplomprüfungsordnung für Chemiestudierende, da nach der geltenden Regelung das Vollstudium der Chemie bisher nur an einer Universität oder einer Technischen Hochschule möglich ist. Die Abänderung der reichsrechtlichen Regelung durch eine landesrechtliche ist zwar verfassungsmäßig möglich; doch muß dafür Sorge getragen werden, daß das an einer philosophisch-theologischen Hochschule abgelegte Diplom die Anerkennung der übrigen deutschen Universitäten, Technischen Hochschulen und der Unterrichtsverwaltungen der Länder findet. Sofern diese Anerkennung nicht erreicht wird, würde den Studierenden mit der Zulassung zur Diplomprüfung in Bamberg kein guter Dienst erwiesen werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß die Spitzenvereinigung der deutschen physikalischen Gesellschaften sich unlängst sogar gegen die Anerkennung des an einer philosophisch-theologischen Hochschule ausgestellten Vordiploms für Physik gewandt hat. Deshalb wurden Verhandlungen mit den Universitäten Würzburg und Erlangen eingeleitet mit dem Ziel, eine Mitwirkung der dortigen Lehrstuhlinhaber an den in Bamberg abzuhaltenden Diplomprüfungen sicherzustellen. Sofern diese Mitwirkung erreicht werden kann, wird den an der Hochschule Bamberg studierenden Chemikern ein Abschluß ihres Diplomstudiums in Bamberg ermöglicht werden können.

(Abg. Dr. Brücher: Ich denke, die Hochschule in Bamberg soll nicht weiter ausgebaut werden?)

Präsident Dr. Hundhammer: Nächster Fragesteller ist der Herr Abgeordnete Dr. Keller.

Dr. Keller (BHE): Hohes Haus! Meine Anfrage richtet sich ebenfalls an den Herrn Kultusminister: In allen beteiligten Kreisen wird die Durchführungsgesetz dringend erwartet. Ist die Staatsregierung in der Lage, eine derartige Durchführungsverordnung bald zu verabschieden?

Präsident Dr. Hundhammer: Zur Beantwortung der Frage erteile ich das Wort dem Herrn Staatsminister für Unterricht und Kultus.

Dr. Schwalber, Staatsminister: Hohes Haus! Bei den Beratungen des Berufsschulgesetzes wurde wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß dieses Gesetz eine grundsätzliche Neuordnung der gesamten Berufsschulverhältnisse bringt, und zwar sowohl hinsichtlich der Organisation und insbesondere der Aufbringung des Schulbedarfes als auch der Gestaltung des Unterrichtes selbst. Dabei wurde hervorgehoben, daß mit einer **längeren Anlauffrist** gerechnet werden müsse. Das ergibt sich auch daraus, daß in den Übergangsvorschriften drei Jahre vorgesehen sind, bis der Staat die Höchstzuschüsse gewährt, und fünf Jahre, bis der äußere Aufbau erreicht werden soll. Es ist selbstverständlich, daß von den Gemeinden mit 60 landwirtschaftlichen Berufsschülern nicht erwartet werden kann, daß sie sofort mit Inkrafttreten des Gesetzes die neuen Schulen einrichten, und ebenso ist selbstverständlich, daß von den Städten mit 800 berufsschulpflichtigen Jugendlichen nicht erwartet werden kann, daß sie in ganz kurzer Zeit die Gebäude und das Lehrpersonal für die zu errichtenden nichtlandwirtschaftlichen Berufsschulen zur Verfügung stellen. Dementsprechend müssen auch die **Durchführungsvorschriften** sorgfältig erwogen und auf die **jeweiligen Zeitabschnitte des Aufbaus** abgestellt sein. Es ist in dieser Vorarbeit bereits Wesentliches geleistet worden. Die rein organisatorischen Bestimmungen befinden sich schon seit längerer Zeit beim Ministerium in der Ausarbeitung und sind schon verhältnismäßig weit fortgeschritten. Die Bestimmungen über die Lehrbesoldung bedürfen noch der Beratungen mit den beteiligten Organisationen, insbesondere dem Städte- und Landkreisverband sowie den Berufsschullehrerorganisationen. Für die Gemeinden ist es von größter Bedeutung, daß die Mittel, die das Berufsschulgesetz erfordert, im Haushalt 1953 bereits untergebracht sind und daß ein Teil dieser Mittel schon im ersten Rechnungsvierteljahr als Abschlagszahlung hinausgegeben wurde.

Für die Gestaltung des Berufsschulunterrichtes ist wesentlich, daß nach Beratungen mit allen beteiligten Organisationen, insbesondere mit den Vertretern der Industrie- und Handelskammern sowie der Gewerkschaften, **Richtlinien für die Lehrpläne** der gewerblichen, kaufmännischen, hauswirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Berufsschulen ausgearbeitet wurden, die ich am 17. Juni unterzeichnet habe.

Ich glaube, daß damit bereits wesentliche Vorarbeiten für die weitere Durchführung des Berufsschulgesetzes geleistet wurden, und versichere Ihnen, daß ich mit allem Nachdruck diese Arbeiten weiter verfolgen werde, um möglichst rasch das volle Anlaufen der Berufsschulausbildung zu ermöglichen.

Präsident Dr. Hundhammer: Die Fragestunde ist geschlossen.

Ich rufe auf Ziffer 5 der Tagesordnung:

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Steuergutscheine (2. Steuergutscheinänderungsgesetz) — Beilage 4208.

Über die Beratungen des Ausschusses für den Staatshaushalt (Beilage 4231) berichtet der Herr Abgeordnete Ortloph; ich erteile ihm das Wort.

Ortloph (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, Mitglieder des Bayerischen Landtags! Der Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Steuergutscheine liegt Ihnen auf Beilage 4208 vor und ist von der Regierung eingehend begründet. Der Entwurf wurde beraten in der 202. Sitzung des Haushaltsausschusses. Berichterstatter war Abgeordneter Ortloph, Mitberichterstatter Abgeordneter Dr. Lacherbauer.

Mit diesem Entwurf soll eine Verlängerung der Laufzeit der Steuergutscheine um 3 Monate erreicht werden. Dadurch soll bewirkt werden, daß der bayerische Staat einmalig 3 Monate lang keine Ausgaben für die Einlösung von Steuergutscheinen zu leisten hat, wodurch ein Überschuß von 61,65 Millionen DM im ordentlichen Haushalt erzielt wird, der dann dem außerordentlichen Haushalt zugute kommen soll. Das ist der Sinn und Zweck dieses Entwurfs.

Es war notwendig, an dem Ihnen vorliegenden Entwurf eine Änderung in Artikel 1 vorzunehmen, wie sie in Beilage 4231 niedergelegt ist. Berichterstatter und Mitberichterstatter haben beantragt, dem Entwurf mit dieser Änderung zuzustimmen. Der Haushaltsausschuß hat den Entwurf einstimmig angenommen. Ich bitte Sie, dem Beschluß des Haushaltsausschusses beizutreten.

Präsident Dr. Hundhammer: Über die Beratungen des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen (Beilage 4233) berichtet der Herr Abgeordnete Dr. Sturm. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Sturm (BP), Berichterstatter: Mit der gleichen Materie befaßte sich der Rechts- und Verfassungsausschuß in seiner 159. Sitzung am 18. Juni 1953. Berichterstatter war Herr Dr. Zdralek, Mitberichterstatter war ich. Rechtliche Bedenken wurden nicht erhoben. Der Gesetzentwurf wurde einstimmig angenommen. Ich empfehle Ihnen, in gleicher Weise zu verfahren.

Präsident Dr. Hundhammer: Ich schlage dem Hohen Hause vor, die allgemeine und besondere Erörterung miteinander zu verbinden.

Wir treten in die erste Lesung ein. Ich eröffne die Aussprache. Eine Wortmeldung erfolgt nicht. — Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte Sie, Beilage 4208 zur Hand zu nehmen. Ich rufe auf Artikel 1. Der Haushaltsausschuß beantragt, daß Artikel 1 Ziffer 2 gemäß Beilage 4231 geändert wird. Unter Berücksichtigung dieser Änderung lautet dann Artikel 1:

(Präsident Dr. Hundhammer)

Das Gesetz über Steuergutscheine in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. März 1952 (GVBl. S. 100) wird geändert wie folgt:

1. § 1 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Der Freistaat Bayern gibt Steuergutscheine aus, deren Laufzeit bei Verrechnung auf Steuern, Abgaben und sonstige Einnahmen des Staates 9 Monate, bei Bareinlösung 15 Monate beträgt.“

2. In § 6 tritt an die Stelle der Zahl „96“ die Zahl „95,90“. Ferner werden vor den Worten „gegen Barzahlung verkauft“ die Worte „mit 95,90 v. H. ihres Nennwerts, bei einem höheren Börsenkurs zu diesem Kurs“ eingefügt.

3. In § 7 tritt in Absatz 1 a an die Stelle der Zahl „6“ die Zahl „9“ und in Absatz 1 b an die Stelle der Zahl „12“ die Zahl „15“.

4. In § 8 Abs. 1 erhält die Zahlentabelle folgende Fassung:

— Die Fassung liegt Ihnen vor. Ich bitte Sie, mir die Verlesung der Zahlentabelle zu erlassen. — Das Hohe Haus ist damit einverstanden.

Wer dem Artikel 1 in dieser Fassung, wie ich sie jetzt bekanntgegeben habe, die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Liegen Stimmenthaltungen vor? — Das ist nicht der Fall. Artikel 1 ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf Artikel 2. Er lautet:

(1) Dieses Gesetz ist dringlich. Es tritt am 1. Juli 1953 in Kraft.

(2) Für die bis zum Tage des Inkrafttretens ausgegebenen Steuergutscheine verbleibt es bei den bisher geltenden gesetzlichen Bestimmungen.

Wer diesem Artikel 2 die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenstimmen. — Liegen Stimmenthaltungen vor? — Beides ist nicht der Fall. Artikel 2 ist gleichfalls einstimmig angenommen.

Die erste Lesung ist damit abgeschlossen. Ich schlage vor, die zweite Lesung sofort folgen zu lassen. — Eine Erinnerung dagegen wird nicht geltend gemacht.

Wir treten in die zweite Lesung ein. Ich eröffne die Aussprache. — Eine Wortmeldung hierzu erfolgt nicht.

Wir kommen zur Abstimmung. Dieselbe erfolgt unter Zugrundelegung der Beschlüsse der ersten Lesung. Ich rufe auf Artikel 1 —. Ohne Erinnerung, Artikel 2 —. Ohne Erinnerung. Ich stelle fest, daß beide Artikel des Gesetzes auch in der zweiten Lesung die einstimmige Billigung gefunden haben. Damit ist die zweite Lesung beendet.

Wir kommen zur Schlußabstimmung über das ganze Gesetz. Ich schlage dem Hohen Hause vor, sie in einfacher Form vorzunehmen. —

Dagegen wird kein Widerspruch erhoben. Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hohen Hauses, die dem Gesetz in der Fassung der Beschlüsse der zweiten Lesung die Zustimmung erteilen, sich vom Platz zu erheben. — Die Zustimmung ist einstimmig erteilt worden.

Das Gesetz hat den Titel:

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Steuergutscheine (2. Steuergutscheinänderungsgesetz).

— Ich stelle fest, daß auch die Überschrift des Gesetzes vom Hohen Haus gebilligt ist. Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung abgeschlossen.

Ich rufe auf die Ziffer 6 b der Tagesordnung:

Antrag der Abgeordneten Dr. Baumgartner, Klotz und Fraktion, Bezold und Fraktion betreffend Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Behebung von Frostschäden an den Landstraßen I. Ordnung (Beilage 3970).

Über die Beratungen des Ausschusses für den Staatshaushalt (Beilage 4071) berichtet an Stelle des Herrn Abgeordneten Eberhard der Herr Abgeordnete Beier. Ich erteile ihm das Wort.

Beier (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Antrag auf Beilage 3970 hat den Haushaltsausschuß in der 188. Sitzung beschäftigt. Der Dringlichkeitsantrag lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, unverzüglich ausreichende Mittel bereitzustellen, damit die sofortige Behebung der starken Frostschäden an den Landstraßen I. Ordnung in Angriff genommen werden kann. Außerdem sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um weitere Beschädigungen durch den starken Lastwagenverkehr zu verhindern.

Nach längerer Aussprache wurde dieser Antrag einstimmig gebilligt. Ich bitte Sie, ihm ebenfalls zuzustimmen.

Präsident Dr. Hundhammer: Eine Wortmeldung zu diesem Ausschlußbeschluß erfolgt nicht. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem einstimmigen Ausschlußvorschlag die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten. — Stimmenthaltungen? — Sind nicht vorhanden. Das Plenum hat den Ausschlußvorschlag auch seinerseits einstimmig gebilligt.

Es folgt die Ziffer 7 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das öffentliche Versicherungswesen (Beilage 3987).

Über die Verhandlungen des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen (Beilage 4131) berichtet an Stelle des Herrn Abgeordneten Dr. Zdrálek der Herr Abgeordnete Zillibiller. Ich erteile ihm das Wort.

Zillibiller (CSU), Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Auf Beilage 3987 hat die Staatsregierung den Entwurf eines Gesetzes zur Ände-

(Zillibiller [CSU])

zung des Gesetzes über das öffentliche Versicherungswesen vorgelegt. Damit ist ein Wunsch des Rechts- und Verfassungsausschusses erfüllt worden, der bei der Beratung der Gemeindeordnung geäußert wurde.

In seiner Sitzung vom 19. Mai hat der Rechts- und Verfassungsausschuß diese Gesetzesvorlage beraten. Darin ist vorgesehen, daß der Artikel 42 des früheren Gesetzes in Absatz I geändert wird, und zwar dahingehend, daß die Zahl 20 000 durch die Zahl 100 000 und das Wort „Bezirke“ durch das Wort „Landkreise“ ersetzt wird. Während es über den zweiten Vorschlag, das Wort „Bezirke“ durch „Landkreise“ zu ersetzen, keinerlei Debatte gab, hat sich über die erste Änderung des alten Gesetzes eine Diskussion entwickelt. Dabei führte der Berichterstatter aus, daß sieben Gemeinden durch dieses Gesetz betroffen würden. Damit würde der Versorgungsverband, bei dem bisher eine Begrenzung auf 20 000 Einwohner galt, auf eine breitere Basis gestellt, und zwar dadurch, daß 7 Gemeinden bis zu 100 000 Einwohnern aus freiwilligen Mitgliedern Zwangsmitglieder werden müßten. Der Berichterstatter wies ausdrücklich darauf hin, daß der Städteverband, der Städtetag und der Landkreisverband dieser Änderung des Gesetzes die Zustimmung erteilt haben. Von einem Eingriff in die Selbstverwaltung könne nicht gesprochen werden, da dieser Einwand bisher schon bei der Grenze von 20 000 Einwohnern gegeben gewesen wäre.

Der Mitberichterstatter forderte, die Satzungen des Versorgungsverbands zu überprüfen. Der Ausschuß stellte sich aber auf den Standpunkt, daß die Überprüfung der Satzungen nicht Sache des Landtags oder eines seiner Ausschüsse sein könne, sondern Sache des Versorgungsverbandes selbst sei und lediglich der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedürfe. Der Mitberichterstatter sah in der Gesetzesvorlage einen Eingriff in die Selbstverwaltung, wenn aus einem bisher freiwilligen Eintritt durch die Änderung des Gesetzes ein zwangsweiser Eintritt werde.

Es wurde dann noch darauf hingewiesen, daß die heutigen schlechten Verhältnisse des Versorgungsverbandes, die verhältnismäßig hohe Umlage und die gegenüber früher geringere Auszahlung darauf zurückzuführen seien, daß die Nachkriegsverhältnisse, die vielfachen Pensionierungen infolge der Entnazifizierung usw. die ganzen Bedingungen verschlechtert haben.

Bei der Abstimmung wurde die Bestimmung unter a) gegen drei Stimmen, die Bestimmung unter b) einstimmig angenommen. Als Tag des Inkrafttretens des Gesetzes wurde der 1. April 1954 vorgeschlagen, und zwar mit Rücksicht auf den Beginn des neuen Etatjahres.

Präsident Dr. Hundhammer: Wir treten in die erste Lesung ein. Ich eröffne die Aussprache. — Eine Wortmeldung erfolgt nicht. Wir kommen zur Abstimmung. Ihr liegt, soweit ich nichts ande-

res erkläre, der Wortlaut des Gesetzes auf Beilage 3987 zugrunde.

Ich rufe auf den § 1. Er lautet:

Art. 42 des Gesetzes über das öffentliche Versicherungswesen (VersG.) vom 7. Dezember 1933 (GVBl. S. 467) wird wie folgt geändert:

In Abs. I werden ersetzt:

- a) die Zahl „20 000“ durch die Zahl „100 000“,
- b) das Wort „Bezirke“ durch das Wort „Landkreise“.

Wer dem § 1 die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten. — Gegen eine Stimme — Stimmenthaltungen? — Ohne Stimmenthaltungen. Der § 1 ist angenommen.

Ich rufe auf den § 2. Der Rechts- und Verfassungsausschuß beantragt folgende Formulierung:

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April 1954 in Kraft.

Wer dem zustimmt, wolle Platz behalten. — Stimmenthaltungen? — Liegen nicht vor. § 2 ist einstimmig angenommen.

Damit ist die erste Lesung beendet. Ich schlage vor, sofort die zweite Lesung folgen zu lassen. — Dagegen erhebt sich keine Erinnerung. Ich eröffne die Aussprache. — Eine Wortmeldung erfolgt nicht. Wir kommen zur Abstimmung. Ihr werden die Beschlüsse der ersten Lesung zugrunde gelegt.

Ich rufe auf § 1 — ohne Erinnerung; § 2 — gleichfalls ohne Erinnerung. Beide Paragraphen haben die Zustimmung des Hauses auch in der zweiten Lesung gefunden. Die zweite Lesung ist beendet.

Wir kommen zur Schlußabstimmung über das ganze Gesetz. Ich schlage vor, sie in einfacher Form vorzunehmen. — Das Hohe Haus ist damit einverstanden.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hohen Hauses, die dem Gesetz in der Fassung der Beschlüsse der zweiten Lesung die Zustimmung erteilen, sich vom Platz zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Gegen eine Stimme ist das Gesetz angenommen.

Das Gesetz hat den Titel:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das öffentliche Versicherungswesen.

Ich stelle fest, daß auch die Überschrift des Gesetzes die Zustimmung des Hauses gefunden hat. Der Gegenstand der Tagesordnung ist abgeschlossen.

Ich rufe auf Ziffer 8 der Tagesordnung:

Einwendungen des Senats gegen das Gesetz über Röntgenreihenuntersuchungen (Anlagen 368, 370).

Den Bericht über die Beratungen des Ausschusses für sozialpolitische Angelegenheiten (Beilage 4053) erstattet der Herr Abgeordnete Loos; ich erteile ihm das Wort.

Loos (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der sozialpolitische Ausschuß hat sich in seiner 37. Sitzung mit den Einwendungen des Senats zum Gesetz über Röntgenreihenuntersuchungen befaßt. Berichterstatter war ich selbst, Mitberichterstatter der Herr Abgeordnete Dr. Soenning.

Der Senat hatte seine Einwendungen in folgender Form erhoben:

1. In Art. 1 des Gesetzes sind die Worte „frühestens alle drei Jahre“ zu streichen.
2. Folgende Bestimmungen sind in das Gesetz aufzunehmen als

„Art. 2

Als vordringlich sind die nachstehend aufgeführten Personen und Angehörigen von Berufsgruppen aufzufordern:

1. Alle Personen, die in Lebensmittelbetrieben, Geschäften und Lagern, in Gaststätten und Beherbergungsbetrieben, in Friseurbetrieben und sonstigen gesundheitsgefährdeten Betrieben tätig sind.
 2. Alle Angehörigen der öffentlichen und privaten Verkehrsbetriebe, einschließlich der Post, sowie alle Angehörigen von Betrieben, die ständig in unmittelbarem Verkehr mit dem Publikum stehen.
 3. Alle Lehrkräfte in öffentlichen und privaten Schulen, einschließlich der Hochschulen.
 4. Alle Ärzte, Zahnärzte, Dentisten, Apotheker, Heilpraktiker und deren Hilfskräfte sowie die Angehörigen der niederärztlichen Heilberufe, einschließlich der Hebammen.
 5. Das Krankenpflegepersonal von öffentlichen und privaten Krankenanstalten, einschließlich Heil- und Pflegeanstalten, Erholungsheimen, Altersheimen, Kinder- und Säuglingsheimen.
 6. Das Pflege- und Aufsichtspersonal von Internaten, öffentlichen und privaten Fürsorgeerziehungsanstalten und sonstigen geschlossenen Anstalten.
 7. Alle Insassen von Strafanstalten sowie deren Pflege- und Aufsichtspersonal.
 8. Alle Personen, die von Berufs wegen einer Kasernierung, wenn auch nur vorübergehend, unterliegen, sowie alle Insassen von Wohn- und Barackenlagern.
 9. Alle Schüler und Schülerinnen der letzten Klassen sämtlicher Fortbildungs- und Berufsschulen sowie der Klassen von Mittelschulen und sämtlichen höheren Lehranstalten, welche dieser Altersstufe entsprechen.“
3. Die Einschlebung des neuen Art. 2 bedingt eine entsprechende Umbenennung der bisherigen Art. 2 mit 8 in Art. 3 mit 9.

4. Als Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes ist statt des 1. April 1953 der 1. Oktober 1953 zu bestimmen.

Der Berichterstatter betonte nach der Bekanntgabe der Einwendungen des Senats, daß bezüglich der Ziffer 1 der sozialpolitische Ausschuß ursprünglich auf dem Standpunkt gestanden sei, keine zeitliche Begrenzung in das Gesetz aufzunehmen, vielmehr der Exekutive die Möglichkeit zu geben, je nach den sich ergebenden Notwendigkeiten die Frist zu verkürzen oder zu verlängern. Trete zum Beispiel in einem Barackenlager die Tbc besonders kraß auf, dann müßten die Behörden in der Lage sein, eine Untersuchung nach einem kürzeren Zeitabstand anzuordnen. Daher könne man der Einwendung des Senats zustimmen.

Aus der Aufzählung der Gruppen, die nach dem Vorschlag des Senats vordringlich untersucht werden sollen, sei zu ersehen, wie schwer es ist, eine Begrenzung zu finden. Es sei richtiger, es bei der vom Landtag angenommenen Fassung zu belassen. Den Gesundheitsbehörden solle es freistehen, einzelne Personenkreise herauszugreifen. Mit der Ablehnung dieser Einwendung würde auch die Einwendung des Senats in Ziffer 3 hinfällig werden.

Was den Vorschlag des Senats, den Tag des Inkrafttretens zum 1. Oktober 1953 festzusetzen, betrifft, so halte er es für zweckmäßig, nicht über den 1. Juli hinauszugehen. Der 1. April 1953 sei allerdings vorzuziehen.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Stöhr, sowie der Mitberichterstatter, Abgeordneter Dr. Soenning, begrüßten es, daß der Senat im wesentlichen dem Gesetz seine Zustimmung gegeben habe. Abgeordneter Dr. Soenning befürwortete ebenfalls die Einwendungen des Senats, und zwar sowohl zu Artikel 1 wie auch zu Artikel 2.

Für das Staatsministerium des Innern erklärte Ministerialrat Hopfner die Zustimmung zu den Einwendungen des Senats und gab die Begründung für seinen Standpunkt sowohl in medizinischer als auch in praktischer Hinsicht. Ferner wurden die Kostenberechnung und die Amtshilfe der Gemeinden erläutert, sowie als Termin für das Inkrafttreten des Gesetzes der 1. Oktober 1953 vorgeschlagen.

Der Vorsitzende Stöhr glaubte nicht an eine wesentliche Belastung der Gemeinden und ersuchte die Exekutive, in den entsprechenden Kontakt mit den Versicherungsträgern zu kommen.

Abgeordneter Euerl bezeichnete die Einwendungen des Senats als sehr beachtlich. Sie müßten irgendwie berücksichtigt werden. Wenn man aber der Ziffer 1 der Einwendung des Senats Rechnung trage, bedeute das eine sehr starke weitere finanzielle Belastung. Was die Aufzählung der Personengruppen betreffe, die vordringlich untersucht werden sollen, so sei zu erwägen, ob es notwendig ist, diese Gruppen im Gesetz festzulegen, oder ob man sie nicht besser in die Ausführungsbestimmungen verweist. Man müsse bestrebt sein, ein Gesetz so kurz wie möglich abzufassen und das übrige in die Ausführungsbestimmungen hineinzuziehen.

(Loos [SPD])

nehmen. Es sei also zu erwägen, ob man der Einwendung des Senats in der Ziffer 2 nicht dadurch Rechnung trägt, daß man die Katalogisierung in die Ausführungsbestimmungen verlegt. Die Festlegung des Inkrafttretens auf den 1. Oktober begrüße er; denn die Vorarbeiten für ein solches Gesetz müßten in einer Weise durchgeführt werden, daß ein Erfolg garantiert ist. Er ersuchte also darum, dem 1. Oktober als Tag des Inkrafttretens zuzustimmen, den vorgeschlagenen neuen Artikel 2 in die Ausführungsbestimmungen zu verweisen und im übrigen die Einwendungen zur Beratung an die Fraktionen zurückzugeben.

Abgeordneter **Th an b i c h l e r** sprach sich dafür aus, der Ziffer 1 der Einwendungen des Senats Rechnung zu tragen. Es könne vorkommen, daß zwei Tage nach der Untersuchung eine Ansteckung erfolgt. Damit decke sich die vordringliche Untersuchung gewisser Personenkreise. Zum Beispiel müßten die Melker sehr bald zum Zuge kommen. Gegenüber dem Hinweis auf die finanziellen Auswirkungen erinnerte er daran, daß man über die 20prozentige Gehaltserhöhung fast nichts gesprochen habe. Eine Zurückverweisung an die Fraktionen sei nicht notwendig; denn man habe schon genug über das Gesetz debattiert.

Abgeordneter **S t r e n k e r t** glaubte, daß für die Hereinnahme der Frist von drei Jahren finanzielle Erwägungen maßgebend waren.

Abgeordneter **W e i s h ä u p l** war der Meinung, man solle der Einwendung des Senats zu Artikel 1 Rechnung tragen. Denn jeder Termin binde die Gesundheitsbehörde an Formen, die sich mit den gesundheitspolitischen Auffassungen nicht vereinbaren lassen. Wenn die Gesundheitsbehörde auf Grund der Finanzlage des Staates weniger Mittel zur Verfügung gestellt bekomme, werde sie einen bestimmten Zeitpunkt sowieso nicht einhalten können, sondern die Bevölkerung anstatt alle Jahre nur alle drei oder vier Jahre zur Untersuchung auffordern, jeweils nach den vorhandenen Mitteln. Hinsichtlich der zweiten Einwendung, schloß er sich **E u e r l** an. Gesetze sollten nicht kompliziert, sondern für jeden gleich verständlich sein. Wenn bestimmte Berufsgruppen vor der übrigen Bevölkerung untersucht werden sollten, sei eine entsprechende Regelung in den Durchführungsbestimmungen zu treffen. Man müsse im übrigen an die Schwierigkeiten der praktischen Durchführung denken. Das einfachste Verfahren sei die geschlossene Untersuchung der Bevölkerung einer Gemeinde durch einen Schirmbildtrupp. Nehme man gewisse Gruppen heraus, müsse man die übrige Bevölkerung später gesondert untersuchen. Am 1. April als Tag des Inkrafttretens sollte man festhalten; denn nur auf Grund eines rechtsgültig gewordenen Gesetzes könne das Innenministerium alle notwendigen Vorbereitungen treffen.

Der **Berichterstatter** verwies auf die Schwierigkeiten, die bei der gesonderten Untersuchung einzelner Personengruppen entstehen. Man könne zwar die Eisverkäufer der Stadt München oder auch die von Nürnberg oder Augsburg gesondert zur Untersuchung auffordern, anders sei es

aber in kleineren Orten. Dort habe es keinen Sinn, zum Beispiel das Personal der Lebensmittelbetriebe herauszugreifen. Daher könne man eine derartige Regelung nicht in das Gesetz aufnehmen. Da die Gesundheitsbehörde nichts unternehmen könne, solange das Gesetz nicht in Kraft ist, sei dafür ein früherer Termin anzusetzen. Man sollte daher am 1. April festhalten, jedenfalls nicht über den 1. Juli hinausgehen.

Abgeordneter **D r. L i p p e r t** sprach sich dafür aus, den Einwendungen des Senats nicht Rechnung zu tragen. Die zeitliche Begrenzung sei nur deshalb in das Gesetz gekommen, um denjenigen, die Bedenken hatten, entgegenzukommen. Berechtigt sei es, bestimmte Berufsgruppen vordringlich zu behandeln. Man könne sich mit einer Erklärung seitens der Gesundheitsbehörde zufrieden geben, wenn dem in den Ausführungsbestimmungen Rechnung getragen werde. Über das Inkrafttreten des Gesetzes könne man sich noch nicht einig werden. Wäre das Gesetz schon früher in Kraft getreten, hätte der Finanzminister jedenfalls einen Betrag im Etat eingesetzt. Er sei enttäuscht, daß nicht wenigstens vorsorglich ein Betrag aufgenommen worden sei.

Ministerialrat **H o p f n e r** ging nochmals auf die finanziellen Auswirkungen und auf die Zusammenarbeit mit den Versicherungsträgern und den Gesundheitsbehörden ein.

Oberregierungsrat **B a c h t h a l e r** betonte, das Finanzministerium dürfe im Haushalt nichts einstellen, wozu es keine gesetzliche Verpflichtung habe. Gegen den Vorschlag des Abgeordneten **D r. L i p p e r t**, den 1. Juni als Tag des Inkrafttretens durch das Plenum festsetzen zu lassen, machte Abgeordneter **W e i s h ä u p l** geltend, entweder man trage den Einwendungen des Senats Rechnung und damit dem 1. Oktober als Termin des Inkrafttretens oder man lehne sie ab; dann bleibe es beim 1. April. Man könne nicht einen dazwischen liegenden Zeitpunkt wählen.

Nach diesen eingehenden Beratungen kam folgender Beschluß zustande:

Die Ziffer 1 der Einwendungen des Senats mit dem Wortlaut: In Artikel 1 des Gesetzes sind die Worte „frühestens alle drei Jahre“ zu streichen, wird mit 16 gegen 2 Stimmen angenommen.

Die Ziffer 2 der Einwendungen des Senats wird mit 14 gegen 5 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung abgelehnt.

Die Ziffer 3 der Einwendungen ist damit hinfällig.

Die Ziffer 4 der Einwendungen wird mit 13 gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Ich bitte das Hohe Haus, den Beschlüssen des Sozialpolitischen Ausschusses beizutreten.

Präsident Dr. Hundhammer: Über die Beratungen des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen (Beilage 4110) berichtet der Herr Abgeordnete **Weishäupl**. Ich erteile ihm das Wort.

(Zuruf: Keine Diskussion!)

(Präsident Dr. Hundhammer)

— Ich bitte trotzdem, den Bericht möglichst kurz zu fassen, damit wir die Gesamtmaterie der Tagesordnung erledigen können.

Weishäupl (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Rechts- und Verfassungsausschuß ist folgendes zu berichten:

Der Ausschuß hatte am 22. Mai die Aufgabe, die Einwendungen des Senats gegen das Gesetz über die Röntgenreihenuntersuchungen (Anlagen 368 und 370) nach der rechtlichen und verfassungsmäßigen Seite zu überprüfen. Mir wurde die Berichterstattung übertragen, Mitberichterstatte war der Herr Kollege Simmel.

Der Berichterstatter nahm zunächst Bezug auf den Bericht des Ausschusses für sozialpolitische Angelegenheiten auf Beilage 4053, wonach der Einwendung des Senats, in Artikel 1 des Gesetzes „frühestens alle drei Jahre“ zu streichen, Rechnung getragen wird, während die übrigen Einwendungen nicht berücksichtigt werden. Die Gesundheitsbehörden wünschten keine Bindung an einen bestimmten Termin.

Bezüglich der zweiten Einwendung des Senats auf Einfügung von Bestimmungen, wonach bestimmte Berufsgruppen als vordringlich zur Röntgenreihenuntersuchung aufzufordern sind, hatte der Regierungsvertreter die befriedigende Erklärung abgegeben, daß den Anregungen des Senats in den Durchführungsbestimmungen zum Gesetz Rechnung getragen wird.

Was die letzte Einwendung des Senats anlangt, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes vom 1. April auf den 1. Oktober 1953 zu verlegen, vertrat der Berichterstatter die Auffassung, man solle von dem vom Landtag beschlossenen Zeitpunkt für das Inkrafttreten nicht abgehen. Erst nach Inkrafttreten sei das Finanzministerium verpflichtet, die notwendigen Mittel für die Durchführung des Gesetzes bereitzustellen.

Der Mitberichterstatte sah keinen Anlaß zu rechtlichen Einwendungen gegen die Stellungnahme, die der sozialpolitische Ausschuß zu den Einwendungen des Senats am 23. April 1953 abgegeben hatte.

An die Berichterstattung im Ausschuß schloß sich eine lebhafte Diskussion an, an der sich nacheinander die Abgeordneten Junker, Dr. Fischer, Knott, Kramer und der Berichterstatter beteiligten. Diese Diskussion befaßte sich aber zumeist mit dem materiellen Inhalt des Gesetzes, der nicht Gegenstand der Überlegungen des Rechts- und Verfassungsausschusses sein sollte. Jedenfalls erklärte Ministerialrat Hopfner von der Gesundheitsabteilung des Innenministeriums zu dem Problem abschließend, daß man bei der geringen Zahl von nur acht Röntengeräten, die in den ersten Jahren zur Verfügung stünden, 6½ Jahre brauche, um die gesamte Bevölkerung zu röntgen. Deshalb sei in den Durchführungsbestimmungen vorgesehen, zuerst jene Gruppen als vordringlich zu bezeich-

nen, die entweder besonders gefährdet sind oder besonders gefährdend wirken. In der Einschränkung auf eine Frist von mindestens 3 Jahren sehe die Gesundheitsverwaltung eine Gefährdung des Vollzugs des Gesetzes. Bei der Durchführung der Untersuchungen könne sich ergeben, daß Gegenden vorhanden sind, die als besonders gefährdet bezeichnet werden müßten. In diesen Gegenden müsse dann die Bevölkerung sogar alle zwei oder eineinhalb Jahre durchleuchtet werden.

Nach Abschluß der Diskussion erging mit allen gegen 2 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung der Beschluß, daß gegen die Beschlußfassung des sozialpolitischen Ausschusses keine rechtlichen Bedenken geltend gemacht werden. Ich bitte die Mitglieder des Hohen Hauses, dem Beschluß beizupflichten.

Präsident Dr. Hundhammer: Wir treten in die Aussprache ein. Zum Wort meldet sich der Herr Abgeordnete Dr. Franke; ich erteile ihm das Wort.

Dr. Franke (SPD): Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will keine offenen Türen mehr einstoßen, sondern nur ganz kurz folgendes sagen: Ich spreche sehr dafür, daß diese Klausel in Satz 1 wieder fortgenommen wird, und zwar aus folgendem einfachen Grund: Andere Länder sind in der glücklichen Lage, sogar ein eigenes Staatssekretariat zur Bekämpfung der Tuberkulose zu besitzen. Wir haben leider in unserem Innenministerium noch kein Staatssekretariat für das Gesundheitswesen. Ich würde ein solches sehr begrüßen. Aber wir haben doch eine treffliche Leitung unseres Gesundheitswesens, und hier möchte ich nun einsetzen: Das Gesetz wollte diesen Herren eine gewisse **Freizügigkeit** in der Ausführung ihres Auftrages der Seuchenbekämpfung vermitteln. Und wenn hier Bedenken wären und es hieße, mehr kann man niemandem zumuten als alle 3 Jahre vor dem Röntgenschild anzutreten — diesen Ausdruck fand ich in der Presse, ich finde ihn wenig nett, er erinnert an eine gewisse Tendenz früherer Zeiten, die gar nichts mit dem Zweck der Gesundheitswahrung zu tun hat —, so meine ich eben im allgemeinen, man sollte es voll und ganz dem Gesundheitsamt überlassen, weil es ein vernünftiges und pflichtbewußtes Amt ist und weiß, wann es seine Mittel, die wir ihm zugebilligt haben, einzusetzen gedenkt.

Präsident Dr. Hundhammer: Die Aussprache ist geschlossen; wir kommen zur Abstimmung.

Der erste Punkt der Einwände betrifft die Streichung der Worte „frühestens alle 3 Jahre“ im Artikel 1 des Gesetzes. Die beiden Ausschüsse, die sich mit der Angelegenheit befaßt haben, schlagen vor, der Einwendung des Senats zu diesem Punkt Rechnung zu tragen. Wer dem beitrifft, wolle sich vom Platz erheben. — Ich stelle fest, daß einstimmig im Sinne der Ausschußvorschläge beschlossen ist.

Zu Ziffer 2 der Einwendungen des Senats, die Ihnen auf Anlage 368 vorliegen, schlagen die beiden Ausschüsse vor, nicht zuzustimmen. Wer im Sinne der Ausschußvorschläge beschließen will,

(Präsident Dr. Hundhammer)

möge sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Gegen 1 Stimme und bei 2 Stimmenthaltungen ist im Sinne der Ausschlußvorschläge beschlossen, der Einwendung des Senats zu diesem Punkt nicht Rechnung zu tragen.

Ziffer 3 der Senatsvorlage entfällt, nachdem sie nur die Konsequenz einer Annahme der Ziffer 2 wäre.

Zu Ziffer 4 der Senatseinwendungen schlagen die beiden Ausschüsse vor, der Einwendung nicht Rechnung zu tragen. Wer im Sinne der Ausschlußvorschläge entscheiden will, möge sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Gegen 1 Stimme bei 3 Stimmenthaltungen ist auch vom Plenum im Sinne der Ausschlußvorschläge beschlossen.

Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung beendet.

Ich rufe auf Ziffer 9 der Tagesordnung:

Antrag der Abgeordneten von Knoeringen, Dr. Seitz und Fraktion und Dr. Soenning betreffend Gesetz über die Schaffung eines Landesgesundheitsrates (Beilage 1754).

Über die Beratungen des Ausschusses für sozialpolitische Angelegenheiten (Beilage 4133) berichtet der Herr Abgeordnete Strenkert; ich erteile ihm das Wort.

Strenkert (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am 5. Mai 1951 stellten die Abgeordneten von Knoeringen, Dr. Seitz und Fraktion den Antrag auf Schaffung eines Landesgesundheitsrates. Der Text des Gesetzentwurfes liegt Ihnen auf Beilage 1754 vor.

Der sozialpolitische Ausschuß befaßte sich in vier Vollsitzungen und zwei Sitzungen des gebildeten Unterausschusses mit dem Inhalt des Gesetzesantrags. Der Abgeordnete Dr. Soenning, der anfangs als Berichterstatter eingesetzt war, trat dem Entwurf als Antragsteller bei. Weiterer Berichterstatter war meine Person und Mitberichterstatter der Herr Abgeordnete Loos.

Im Verlauf der umfangreichen Beratungen in den vier Sitzungen des sozialpolitischen Ausschusses wurden an dem ersten Entwurf verschiedene Änderungen vorgenommen. Das Ergebnis der Beratungen liegt dem Hohen Hause auf Beilage 4133 vor. In der Schlußabstimmung am 28. April 1953 gab der sozialpolitische Ausschuß diesem Entwurf mit allen Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen die Zustimmung.

Trotz der Wichtigkeit dieses Gesetzes möchte ich der Gepflogenheit des Hohen Hauses entsprechend bei dieser nahezu einstimmigen Entscheidung nicht ausführlich über die Verhandlungen berichten.

Der Landesgesundheitsrat soll ein umfassendes, beratendes, gesundheitspolitisches Gremium für alle auf dem Gebiete des Gesundheitswesens tätigen Kräfte sein. Die Zahl seiner Mitglieder setzt sich aus 28 auf den Gebieten des Gesundheits-

wesens erfahrenen Personen zusammen: 14 Mitglieder werden von den Fraktionen der im Landtag vertretenen Parteien entsprechend ihrem Stärkeverhältnis für die Dauer der jeweiligen Legislaturperiode des Landtags nominiert. Diese 14 Personen müssen jedoch nicht dem Landtag angehören, es ist vielmehr den Fraktionen überlassen, Parlamentarier oder außerhalb des Parlaments stehende Personen zu nominieren. Für den gleichen Zeitraum werden weitere 14 Mitglieder von 14 Verbänden und auf dem Gebiete des Gesundheitswesens tätigen Körperschaften vorgeschlagen und vom Landtag bestätigt. Die Tätigkeit im Landesgesundheitsrat ist ehrenamtlich und soll sich auf Grund einer zu schaffenden Geschäftsordnung vollziehen. Als geschäftsführende Stelle ist das Staatsministerium des Innern vorgesehen.

Im Ausschuß wurde, wie schon erwähnt, der Entwurf, wie er Ihnen auf Beilage 4133 vorliegt, mit allen Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen. Ich bitte das Hohe Haus, dem Entwurf ebenfalls die Zustimmung zu geben.

Präsident Dr. Hundhammer: Über die Beratungen des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen (Beilage 4133) berichtet der Herr Abgeordnete Weishäupl; ich erteile ihm das Wort.

Weishäupl (SPD), Berichterstatter: Der Rechts- und Verfassungsausschuß befaßte sich am 19. Mai mit dem Antrag der Abgeordneten von Knoeringen, Dr. Seitz und Fraktion, Dr. Soenning betreffend Gesetz über die Schaffung eines Landesgesundheitsrates. Mitberichterstatter war der Herr Kollege Saukel, Berichterstatter ich.

Der Berichterstatter konnte nach eingehender Überprüfung des Gesetzentwurfes in der vom sozialpolitischen Ausschuß vorgeschlagenen Fassung keinen Widerspruch mit dem Grundgesetz, der bayerischen Verfassung und sonstigen Gesetzen feststellen.

Der Mitberichterstatter erhob ebenfalls keine rechtlichen oder verfassungsmäßigen Bedenken, so daß im Rechts- und Verfassungsausschuß der Beschluß zustande kam, keine rechtlichen Einwendungen gegen die §§ 1 mit 6 in der Fassung des Ausschusses für sozialpolitische Angelegenheiten vom 28. April 1953 zu erheben. In der Schlußabstimmung wurde das ganze Gesetz bei 4 Stimmenthaltungen angenommen. Ich bitte dem beizutreten.

Präsident Dr. Hundhammer: Ich schlage dem Hohen Hause vor, die allgemeine und die besondere Erörterung miteinander zu verbinden. — Das Hohe Haus ist damit einverstanden.

Wir treten in die erste Lesung ein. Ich eröffne die Aussprache. Zum Wort meldet sich der Herr Abgeordnete Weishäupl; ich erteile ihm das Wort.

Weishäupl (SPD): Ich schlage dem Hohen Hause eine kleine redaktionelle Änderung zu § 2 Absatz 3

(Weishäupl [SPD])

vor: An Stelle der Worte „ein Vertreter der RVO-Kassen“ müßte es besser heißen: „ein Vertreter der Träger der gesetzlichen Krankenversicherung“, weil das Wort „RVO-Kassen“ in den Gesetzen nicht gebräuchlich ist.

Präsident Dr. Hundhammer: Eine weitere Wortmeldung erfolgt nicht. Die Aussprache ist geschlossen; wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte Sie, die Beilage 4133 zur Hand zu nehmen.

§ 1: Die Ausschlußfassung liegt Ihnen gedruckt vor. Ich bitte, mir bei dem Umfang der einzelnen Paragraphen die Verlesung zu erlassen. — Das Hohe Haus ist damit einverstanden. Wer mit der Fassung des § 1 in der Formulierung der beiden Ausschüsse einverstanden ist, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — § 1 ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den § 2. Hier stimmen wir zunächst ab über die von dem Herrn Abgeordneten Weishäupl vorgeschlagene Änderung, bei dem Absatz 3 anstatt „RVO-Kassen“ zu setzen „Träger der gesetzlichen Krankenversicherung“. Wer mit dieser Abweichung von den Ausschlußbeschlüssen einverstanden ist, möge Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Die Änderung ist als solche einstimmig gebilligt.

Wir stimmen über § 2 im ganzen ab, und zwar in der gedruckten, in der erwähnten Beilage vorliegenden Fassung. Wer ihr die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — § 2 ist mit der vorher beschlossenen Änderung einstimmig angenommen.

§ 3 ist von den Ausschüssen neu eingefügt; die Formulierung haben Sie zur Hand. Wer ihr zustimmt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen liegen nicht vor. § 3 ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf § 4. Er ist ebenfalls von den Ausschüssen neu eingefügt. Der Text liegt Ihnen vor. Wer hierzu die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen — liegen nicht vor. § 4 ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den § 5; das war der § 3 der ursprünglichen Vorlage. Er lautet nach den Ausschlußbeschlüssen:

Die Geschäftsordnung gibt sich der Landesgesundheitsrat selbst. Das Staatsministerium des Innern führt die Geschäfte.

Wer dem zustimmt, wolle Platz behalten. — Stimmenthaltungen? — § 5 ist einstimmig angenommen.

Es folgt § 6; das ist der § 4 des ursprünglichen Entwurfs. Er lautet nach den Ausschlußbeschlüssen:

(1) Das Gesetz tritt am 1. Juli 1953 in Kraft.

(2) Das Staatsministerium des Innern beruft den Landesgesundheitsrat zu seiner ersten Sitzung ein.

Wer dem zustimmt, wolle Platz behalten. — Stimmenthaltungen? — Auch der § 6 ist einstimmig angenommen.

Damit ist die erste Lesung beendet. Ich schlage vor, die zweite Lesung unmittelbar folgen zu lassen. — Das Hohe Haus ist damit einverstanden.

Ich eröffne die Aussprache.

(Zuruf des Abg. Dr. Lippert)

— Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Lippert.

Dr. Lippert (BP): Meine Damen und Herren! Ich habe im Sozialpolitischen Ausschuß schon dafür plädiert, **keine Abgeordneten** in den Landesgesundheitsrat zu entsenden, und zwar aus folgenden Gründen: Der Landesgesundheitsrat wird doch überwiegend ein Beratungsorgan der Exekutive und insofern wird die Aufgabe der Parlamentarier entstellt, die ja überwiegend die Regierung zu überwachen, aber nicht zu beraten haben.

Aber davon abgesehen, sprechen noch ein paar wichtige Tatsachen dafür, keine Abgeordneten in den Landesgesundheitsrat zu entsenden. Denken wir daran, wie viele Kollegen bereits Landräte, Bürgermeister, Stadt- und Kreisräte sind! Nichts gegen die Herren Bürgermeister, nichts gegen die Herren Landräte; aber durch diese vielseitige Inanspruchnahme sind wir vielfach schon gezwungen, in den Ausschüssen zur Halbtagsarbeit überzugehen. Durch Entsendung von weiteren Abgeordneten in den Landesgesundheitsrat würde nun eine weitere **Zersplitterung der parlamentarischen Tätigkeit** eintreten. Ich hielte es deshalb für das Richtige — da ja alle Parteien über entsprechende Reserven verfügen —, sonstige Angehörige in den Landesgesundheitsrat abzuordnen, die ja auch von sich aus die Möglichkeit und Gelegenheit haben, den entsprechenden **Kontakt mit den Fraktionen** und damit mit dem Bayerischen Landtag herzustellen. Damit die demokratische Verantwortung nicht allzu stark bloß auf den 204 Abgeordneten ruht, plädiere ich dafür — ganz unmaßgeblich, aber ich bitte die Fraktionen, sich das doch zu überlegen — in den Landesgesundheitsrat andere Mitglieder ihrer Parteien als gerade die Abgeordneten zu entsenden.

Präsident Dr. Hundhammer: Der Herr Abgeordnete Stöhr erhält das Wort.

Stöhr (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, daß im sozialpolitischen Ausschuß allgemein die Ansicht vertreten wurde, der Landesgesundheitsrat habe nur dann einen Sinn, wenn **auch Vertreter dieses Hauses** dort mit tätig sind. Wir stellen uns diesen Landesgesundheitsrat als ein umfassendes gesundheitspolitisches Gremium vor, und ich kann mir nicht denken, daß dieses Gebilde ohne Mitglieder dieses Hauses vollständig wäre. Wenn wir beschlossen haben: „14 Mitglieder werden von den Fraktionen der im Landtag vertretenen Parteien entsprechend ihrem Stärkeverhältnis für die Dauer der jeweiligen Legislaturperiode des Landtags nominiert“,

(Stöhr [SPD])

fasse ich das so auf, daß es nicht unbedingt Mitglieder dieses Hauses sein müssen, sondern die einzelnen Fraktionen eben Leute, die ihrer Meinung in ihrem Interesse entsprechen, in den Landesgesundheitsrat delegieren können. Anders wurde es nicht aufgefaßt. Ich möchte das Hohe Haus schon bitten, der Vorlage so, wie sie gegeben ist, zuzustimmen.

(Abg. Dr. Lippert: Ich habe keinen Abänderungsantrag gestellt!)

Präsident Dr. Hundhammer: Der Herr Abgeordnete Dr. Lippert hat keinen Abänderungsantrag gestellt, sondern nur eine Anregung für die Durchführung gegeben. Die Anregung aufzunehmen und ihr Rechnung zu tragen, ist Sache der einzelnen Fraktionen.

Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung in der zweiten Lesung. Zugrundegelegt werden die Beschlüsse der ersten Lesung.

Ich rufe auf § 1 — ohne Erinnerung, § 2 — ohne Erinnerung, § 3 — ohne Erinnerung, § 4 — ohne Erinnerung, § 5 — desgleichen, § 6 — ebenfalls. Damit ist die Abstimmung auch in der zweiten Lesung beendet.

Wir kommen zur **Schlufabstimmung** über das ganze Gesetz. Ich schlage vor, sie in einfacher Form vorzunehmen. — Dagegen wird kein Widerspruch erhoben.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hohen Hauses, die dem Gesetz in der Fassung der Beschlüsse der zweiten Lesung die Zustimmung erteilen, sich von ihren Plätzen zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Bei 2 Stimmenthaltungen ist das Gesetz angenommen.

Das Gesetz hat den Titel:

Gesetz über die Schaffung eines Landesgesundheitsrates.

Auch die Überschrift ist vom Hohen Haus gebilligt. Damit ist die Ziffer 9 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe auf die Ziffer 10 a:

Antrag der Abgeordneten Drechsel, Bachmann Wilhelm und Genossen, Dr. Geiselhöringer und Dr. Schweiger, Mittich und Luft betreffend vorübergehende Sperre von Straßen für Schwerlastkraftwagen (Beilage 4151).

Berichterstatter über die Verhandlungen des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr (Beilage 4151) ist der Herr Abgeordnete Pösl. — Der Berichterstatter ist nicht im Haus. Ich bitte das Landtagsbüro, ihn sofort zu verständigen.

Ich rufe auf die Ziffer 10 b:

Antrag des Abgeordneten Helmerich und Genossen betreffend Aufhebung des § 64 Absatz 2 letzter Satz der Straßenverkehrszulassungsordnung (Beilage 3647).

Über die Beratungen des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr hierzu (Beilage 4226) berichtet der Herr Abgeordnete Lindig. Ich erteile ihm das Wort.

Lindig (SPD), Berichterstatter: Hohes Haus, meine Damen und Herren! In der 95. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr vom 11. Juni 1953 wurde der Antrag des Herrn Kollegen Helmerich und Genossen betreffend Aufhebung des § 64 Absatz 2 letzter Satz der Straßenverkehrszulassungsordnung behandelt, den Sie auf Beilage 3647 vorfinden. Berichterstatter war meine Wenigkeit, Mitberichterstatter Herr Kollege Luft.

Der Berichterstatter wies darauf hin, daß sich der Wirtschaftsausschuß mit diesem Antrag bereits einmal befaßt, ihn aber dann an den Landwirtschaftsausschuß hinübergegeben habe. Der Landwirtschaftsausschuß habe sich mit dem Antrag beschäftigt und ihn insofern abgeändert, als er eine Frist eingefügt habe. Der Antrag des Landwirtschaftsausschusses lautet:

Die Staatsregierung wird ersucht, beim Bund dahin zu wirken, daß die in der Straßenverkehrszulassungsordnung § 64 Abs. 2 letzter Satz in der Fassung vom 25. November 1951 getroffene Anordnung für Bayern auf weitere 5 Jahre keine Anwendung findet.

Der Mitberichterstatter erklärte, der Landwirtschaftsausschuß sei in dieser Frage als ein Fachgremium anzusehen. Man möge deshalb diesen Beschluß die Zustimmung geben.

Nach kurzer Aussprache wurde der Antrag in der vom Landwirtschaftsausschuß vorgeschlagenen Fassung einstimmig angenommen. Ich bitte das Hohe Haus, diesem Beschluß beizutreten.

Präsident Dr. Hundhammer: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wir stimmen ab.

Wer dem einstimmigen Vorschlag des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr die Zustimmung erteilt, möge Platz behalten. — Stimmenthaltungen? — Das Plenum hat den Ausschlußvorschlag einstimmig gebilligt.

Ich rufe auf den

Antrag des Abgeordneten Dr. Sturm betreffend Neuzulassung von privaten Omnibusunternehmen (Beilage 4058).

Den Bericht über die Beratungen des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr (Beilage 4227) erstattet der Herr Abgeordnete Ospald. Ich erteile ihm das Wort.

Ospald (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Da es sich um keinen einstimmigen Beschluß handelt, bin ich gezwungen, etwas ausführlicher zu berichten.

In der 95. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr wurde der Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Sturm auf Beilage 4058 beraten. Der Antrag lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, Maßnahmen zu veranlassen und dafür zu sorgen, daß bei künftigen Konzessionierungen von privaten Omnibusunternehmen der strengstmögliche Maßstab angelegt und vor allem der

(Ospald [SPD])

Nachweis der wirtschaftlichen und fachlichen Zuverlässigkeit und Eignung in jedem Einzelfall einwandfrei erbracht wird.

Berichterstatter war ich selbst, Mitberichterstatter Herr Kollege Stain.

Der Berichterstatter wies darauf hin, daß der Antrag aus der Besorgnis über die Zunahme der Omnibusunternehmen entstanden sei. Eine Rückfrage beim Verkehrsreferat der Regierung von Schwaben habe ergeben, daß die Grundlage für die Zulassung von Omnibussen immer noch das Personenbeförderungsgesetz vom 4. Dezember 1934 in der Fassung vom 6. Dezember 1937 sei. Im Gegensatz zum Güterkraftverkehr sei weder offiziell noch inoffiziell eine Höchstzahl für die zuzulassenden Omnibusse festgelegt. Die Festsetzung einer Höchstzahl sei bei der derzeitigen Rechtslage und auch im Hinblick auf die Rechtsprechung des bayerischen Verwaltungsgerichtshofs nicht möglich. Was die Bedürfnisfrage anlangt, so könne nicht von einem örtlichen Bedürfnis ausgegangen werden. In Auswirkung einer Anordnung der Militärregierung gebe es nur ein öffentliches Verkehrsbedürfnis. Daher dürfen Wettbewerbsinteressen der vorhandenen Verkehrsunternehmen nicht entscheidend für die Versagung der Genehmigung sein. Bei einem Antrag auf Genehmigung von Linien- wie auch Gelegenheitsverkehr müssen die Eisenbahndirektion, die Oberpostdirektion, die Industrie- und Handelskammern gehört werden, beim Linienverkehr außerdem alle an dem beantragten Unternehmen interessierten Verkehrsträger.

Der Mitberichterstatter konnte die Annahme des Antrags ebenfalls nicht empfehlen, da eine reine Bundesangelegenheit vorliege. Bei dem Antrag scheine es sich um das Verfahren bei der Gründung von Omnibusunternehmen zu handeln, und zwar im Sinne einer Einschränkung der Gewerbefreiheit. Der Nachweis der wirtschaftlichen Zuverlässigkeit sei in diesem Zusammenhang ungerechtfertigt.

Der Antragsteller, Kollege Dr. Sturm, erklärte, Veranlassung für diesen Antrag sei für ihn die katastrophale Notlage des privaten Omnibusgewerbes gewesen. Das Personenbeförderungsgewerbe sei außerordentlich stark übersetzt. Im Bundesgebiet gebe es heute um ein Drittel Omnibusse mehr als vor dem Kriege in ganz Deutschland. Dazu komme die scharfe Konkurrenz durch Bundesbahn, Bundespost und gemeindliche Verkehrsbetriebe. Die Folge der Übersetzung seien selbstmörderische Preisunterbietungen. Sie seien der Grund für die Verschuldung des Beförderungsgewerbes. Von einer auch nur bescheidenen Rentabilität sei unter den heutigen Umständen nicht mehr zu sprechen. Die Kosten für eine Generalüberholung seien durch die Einnahmen nicht mehr zu decken. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit müsse die Legislative sich dieser Angelegenheit annehmen; außerdem dürfte eine Einschränkung der bisherigen Konzessionsfreudigkeit eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit darstellen, um eine Ver-

schlechterung und Verschleuderung volkswirtschaftlicher Werte zu vermeiden.

Dazu sagte Kollege Luft, die Wirtschaft verlange auf der einen Seite die Freiheit, auf der anderen Seite rufe sie aber bei der geringsten Unordnung sofort nach dem Eingreifen des Staates. Kollege Dr. Schödl stellte ebenfalls fest, daß die bestehenden Vorschriften völlig ausreichen, um die öffentliche Sicherheit im Personenverkehr mit Omnibussen zu garantieren. Der Unternehmer erhalte für ein bestimmtes, genau bezeichnetes Fahrzeug seine Lizenz, und dieses Fahrzeug unterliege einer laufenden scharfen Kontrolle. Komme der Unternehmer den Auflagen der Überwachungsstelle nicht nach, so werde ihm die Konzession entzogen.

Im Ausschuß wurde auch der Vorsitzende des Landesverbandes bayerischer Omnibusunternehmen gehört. Er führte unter anderem aus, daß bei dem Problem „Schiene und Straße“, das der Wirtschaftsausschuß beraten habe, die Meinung entstanden sei, eine Koordinierung von Schiene und Straße sei nur zu erreichen, wenn auch auf dem Gebiet des Straßenverkehrs eine gewisse Ordnung herbeigeführt werde. Sonst ergebe sich ein Druck auf die Fahrtarife, der nicht nur die privaten Betriebe, sondern auch die der öffentlichen Hand schädige. Der Vertreter des Wirtschaftsministeriums, Dr. Mühlburg, bestritt, daß das Wirtschaftsministerium eine besondere Konzessionsfreudigkeit an den Tag lege, im Gegenteil sei das Wirtschaftsministerium die Stelle, die am zurückhaltendsten arbeite. Wie er ausführte, habe er gerade vor dieser Sitzung mit dem Vorsitzenden des Landesverbandes eine Aussprache über Neuerteilung von Konzessionen gehabt.

Der Kollege Schmid sagte unter anderem, das Beförderungsgewerbe sei ein im Aufsteigen begriffenes Gewerbe. Daher sei der Wunsch verständlich, in dieses Gewerbe hineinzukommen. Die Wirtschaftlichkeit eines neu zu gründenden Unternehmens müsse man aber nicht nachweisen. Vielleicht könnten die Fachverbände wenigstens die Unternehmer beraten.

Der Berichterstatter sah in der Einführung einer Kontingentierung im Omnibusgewerbe das Ende der freien Wirtschaft. Wenn man den Staat um Hilfe rufe, um seine Existenz zu sichern, müsse man auch bereit sein, dem Staat in die Kalkulationsgrundlagen Einsicht zu gewähren. Der Staat müsse dann unter Zugrundelegung angemessener Verdienstspannen von sich aus die Beförderungspreise festlegen. Das werde dem Beförderungsgewerbe aber sicher nicht gefallen.

Der Kollege Dr. Sturm erklärte, die finanzielle Lage des Omnibusgewerbes sei heute sehr schlecht; die meisten Omnibusse würden auf Kredit gekauft. Man könne es den schönen Omnibussen nicht ansehen, daß sie noch nicht bezahlt sind.

Kollege Drechsel sagte unter anderem, der Antrag des Kollegen Dr. Sturm führe eigentlich die freie Marktwirtschaft ad absurdum; man solle aber auf keinen Fall wieder zur Zwangswirtschaft zurückkehren. Der Vorsitzende des Landesverbandes erklärte nochmals, daß das nicht beabsichtigt sei.

(Ospald [SPD])

Kollege Dr. Schedl führte erneut aus, er habe die größte Hochachtung vor den Leuten, die die Fahrpreise so ansetzen könnten, daß auch arme Teufel einmal eine Urlaubsfahrt unternehmen könnten.

Mitberichterstatter und Bericht-erstatter beantragten die Ablehnung des Antrags Dr. Sturm, der auf Beilage 4058 abgedruckt ist.

Diesem Antrag der beiden Berichterstatter entsprach der Ausschuß mit 11 gegen 3 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen. Ich bitte das Hohe Haus, dem Beschluß des Ausschusses beizutreten.

Präsident Dr. Hundhammer: Ich eröffne die Aussprache. Zum Wort meldet sich der Herr Abgeordnete Dr. Sturm. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Sturm (BP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann mich kurz fassen und will nicht wiederholen. Die Begründung, die ich seinerzeit im Wirtschaftsausschuß gegeben habe, ist hier schon in allen Teilen vorgetragen worden. Ich will hier auch nicht auf die Forderungen des privaten Omnibusgewerbes eingehen: Schaffung eines neuen Personenbeförderungsgesetzes und Verleihung des Mitsprache- beziehungsweise Widerspruchsrechts. Denn hier ist nicht der Ort dafür.

Ich möchte aber doch darauf hinweisen, daß dem privaten Omnibusgewerbe schon sehr viel gedient wäre, wenn künftig **bei der Neuzulassung** eine strengere, **intensivere Siebung** erfolgen würde, vor allem wenn der Omnibusunternehmer, also der Firmeninhaber selbst, die entsprechende **fachliche Eignung und Zuverlässigkeit** nachweisen müßte, wenn man es also nicht dabei bewenden läßt, daß nur die Chauffeure und das technische Personal über die fachliche Eignung verfügen müssen. Darum, meine Damen und Herren, würde ich Sie bitten, meinem Antrag zuzustimmen. Ich glaube, der Dank des ganzen privaten Omnibusgewerbes wäre Ihnen sicher.

Präsident Dr. Hundhammer: Als nächster Redner folgt der Herr Abgeordnete Stain.

Stain (BHE): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Dank der ausführlichen Berichterstattung des Herrn Kollegen Ospald sind eigentlich schon sämtliche Beweggründe des Dafür und Dawider erörtert worden. Wer aufmerksam zugehört hat, wird sich eigentlich für jede Version ein Stück abschneiden können.

Nun bat Herr **Dr. Sturm**, seinen Antrag trotzdem anzunehmen, mit der Begründung, daß vor allem die **fachliche Eignung** nicht nur des Kraftfahr-, sondern auch des technischen Personals und des Omnibusbesitzers nachgewiesen werden müßte. Mit dieser an sich kurzen Begründung ist es aber, glaube ich, doch nicht möglich, nun den Antrag nach der Behandlung im Wirtschaftsausschuß anzunehmen, weil der Antrag ja nicht nur die Frage der fachlichen Eignung enthält, die, wie der Berichterstatter auch bereits erwähnte, von Dr. Schedl

dahingehend ausgelegt wurde, daß es genügend Bestimmungen gebe, um diese fachliche Eignung tatsächlich zu überprüfen, sondern es steht ja in diesem Antrag der wesentliche Punkt der **wirtschaftlichen Nachprüfung**. Ich möchte hier das wiederholen, was ich bereits im Ausschuß gesagt habe. Entweder man stellt sich auf den Standpunkt der freien Wirtschaft oder man ist dagegen.

(Zuruf: Hat damit nichts zu tun!)

Wenn man sich auf den **Standpunkt der freien Wirtschaft** stellt, meine Damen und Herren, kann man in Fällen, wo kein staatliches Geld zum Einsatz gelangt, nicht die wirtschaftliche Nachprüfung bei der Eröffnung eines Unternehmens verlangen.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, es ist immer noch eines jeden einzelnen Sache, wie er wirtschaftlich fundiert ist und wie er gedenkt, ein Unternehmen aufzuziehen.

Nun lassen Sie mich noch einige Dinge dazu sagen, die die Besorgnisse des Herrn Dr. Sturm bezüglich der Übersetzung des Gewerbes widerlegen sollen. Wir haben für den Güterkraftverkehr im vergangenen Jahr das sogenannte **Güterkraftverkehrsgesetz** erhalten. Das gesamte Güterkraftverkehrsgewerbe läuft heute Sturm gegen dieses Güterkraftverkehrsgesetz, weil es eben diese und jene unangenehmen Einschränkungen bringt. Es war deshalb unverständlich, daß der Landesvorsitzende des Verbands der Omnibusunternehmer nun im Wirtschaftsausschuß gerade im Hinblick auf das Güterkraftverkehrsgesetz erwähnte, daß doch schließlich Bundesbahn und Bundespost daran interessiert wären, einheitliche Regelungen für das Personenbeförderungsgewerbe einzuführen.

Ich muß sagen, hier wird mit zwei Zungen geredet. Derselbe Verband würde dann, wenn man einheitliche Einschränkungen wie beim Güterkraftverkehr einführt, als erster Sturm dagegen laufen. Ich kann mir das nur dadurch erklären, daß hier einige wenige Unternehmer, die sich in Funktionsstellungen befinden, interessiert sind, daß ihr Gewerbe mehr oder weniger als legal betrachtet und niemand Gelegenheit geboten wird, ihnen nun eine **Konkurrenz** zu bieten.

Meine Damen und Herren! Wie sieht es mit der **Preisgestaltung** aus? Soweit es sich um Linienverkehr handelt, haben wir eine Preisgestaltung, die sowieso von der Bundesbahn und der Bundespost diktiert wird. Wir befinden uns gegenwärtig in einer Situation, die uns geradezu gute Verkehrsverbindungen befiehlt, weil wir in den nächsten 5 bis 10 Jahren sämtliche Arbeitnehmer an die Arbeitsplätze hinbringen müssen. Es wäre außerdem wirtschaftlich ein Unsinn, wenn wir Mammutstädte schaffen würden und nicht die gesunde Wohnsiedlung auf dem Lande fördern, da im Zuge der weiteren Einstellung von Arbeitskräften auf Grund des steigenden Bedarfs eine Zunahme der Personenbeförderung zu erwarten ist.

Es kommt ein weiterer Punkt hinzu. Das ist der **Ausflugsverkehr**. Dr. Sturm hat im Wirtschaftsausschuß das Beispiel eines Bamberger Lehrers erwähnt, der für eine sehr billige Summe einen Aus-

(Stain [BHE])

flugsverkehr nach Lindau am Bodensee, ins Rheinland, oder vielleicht war auch von Italien die Rede, durchführt. Auch hier, meine Damen und Herren, hat Herr Dr. Schedl gesagt, man müsse diesen Leuten dankbar sein, daß sie einen billigen Urlaub ermöglichen. Wir haben festgestellt, daß von Jahr zu Jahr immer mehr Leute in den Arbeitsprozeß eingeschaltet werden. Leute, die vor einem oder vor zwei Jahren eingeschaltet wurden, sind vielleicht dieses oder voriges Jahr noch nicht in Urlaub gefahren. Sie werden sich zuerst Möbel und sonstigen Hausratsbedarf anschaffen. Aber sie sind wahrscheinlich in ein bis zwei Jahren daran interessiert, auch wieder einmal in Urlaub zu fahren. Und dem trägt der Omnibusverkehr Rechnung, der mit **Sonderfahrten**, die der Bundesbahn in den meisten Fällen keine Konkurrenz machen, die besten Gelegenheiten gibt, die Naturschönheiten im bayerischen Oberland oder sonst irgendwo kennenzulernen. Meine Damen und Herren! Wollen wir uns dagegen wehren, daß es für die arbeitende Bevölkerung billige Möglichkeiten gibt, in Urlaub zu fahren? Ich glaube doch, daß wir bei der Vernunft bleiben sollten — bei der wirtschaftlichen Vernunft, meine ich — und daß wir die geltenden Bestimmungen, die dem Omnibusfahrer erst einmal nach einer gewissen Fahrpraxis überhaupt den Erwerb des Führerscheins und damit das Fahren von Omnibussen erlauben, als ausreichend betrachten sollten, daß wir außerdem unsere Straßenverkehrsämter, die ja immer wieder die Nachprüfungen an den Fahrzeugen selber vorzunehmen haben, ebenfalls als ausreichend betrachten sollten. Im übrigen müssen wir aber eine Nachprüfung der Wirtschaftlichkeit ablehnen, solange nicht die öffentliche Hand Gelder an ein Unternehmen gibt.

In diesem Sinne bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen.

Präsident Dr. Hundhammer: Die Aussprache ist geschlossen; wir kommen zur Abstimmung. Wer sich den Ihnen auf Beilage 4227 vorliegenden Vorschlag des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr auf Ablehnung des Antrags laut Beilage 4058 zueigen macht, wolle Platz behalten. — Stimmenthaltungen? — Gegen einen Teil der Stimmen der Bayernpartei ist bei einer Anzahl von Stimmenthaltungen beschlossen, wie vom Ausschuß vorgeschlagen. Der Antrag ist also abgelehnt.

Inzwischen ist der Berichterstatter zu Ziffer 10 a der Tagesordnung, der Herr Abgeordnete Pösl, erschienen.

Ich rufe auf den

Antrag der Abgeordneten Drechsel, Bachmann Wilhelm und Genossen, Dr. Geiselhöringer und Dr. Schweiger, Mittich und Luft betreffend vorübergehende Sperre von Straßen für Schwerlastkraftwagen.

Zur Berichterstattung über die Beratungen des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr (Beilage 4151) erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Pösl.

Pösl (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr hat in seiner 93. Sitzung im Zusammenhang mit der Beratung der Dringlichkeitsstufen für den Ausbau der Landstraßen I. Ordnung den eben genannten Antrag behandelt. Der Antrag selbst lautet:

Die Staatsregierung wird ersucht, im Benehmen mit dem Bund die Frage einer vorübergehenden Sperre von Straßen für Schwerlastkraftwagen zur Vermeidung von Frostaufbrüchen zu prüfen.

Der Abgeordnete Sichler äußerte Bedenken, weil er meinte, bei einer solchen Straßensperre käme die letzte noch lebende Industrie im Grenzgebiet zum Erliegen.

Der Abgeordnete Michel verwies darauf, daß sogar in dem reichen Amerika bei Tauwetter Straßen für bestimmte Kraftfahrzeuge rücksichtslos gesperrt würden. Darum müsse es auch bei uns möglich sein, dafür zu sorgen, daß die Straßen nach Frost nicht länger kaputtgefahren werden. Damit im Zusammenhang wurde noch darauf hingewiesen, daß eine solche Maßnahme für unser ganzes Verkehrswesen in dieser Zeit sehr einschneidend wäre.

Der Ausschuß hat aber trotzdem mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die sich gerade in der letzten Zeit infolge von Frostaufbrüchen immer wieder herausstellten, den Antrag in folgender Fassung einstimmig beschlossen:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, im Benehmen mit dem Bund die Frage einer vorübergehenden Sperre von Straßen für Schwerlastkraftwagen zur Vermeidung von Frostaufbrüchen zu prüfen.

Ich bitte das Hohe Haus, diesem Antrag beizutreten.

Präsident Dr. Hundhammer: Wer diesem Antrag, wie vom Ausschuß vorgeschlagen, die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Stimmenthaltungen. — Der Ausschußvorschlag ist gegen 1 Stimme ohne Stimmenthaltungen zum Beschluß erhoben.

Ich rufe auf die Ziffer 11 der Tagesordnung:

Antrag des Abgeordneten Dr. Keller betreffend Hilfsmaßnahmen für die durch eine Unwetterkatastrophe betroffenen Gebiete des Spessarts (Beilage 4149)

und

Antrag des Abgeordneten Kraus betreffend Hilfsmaßnahmen für die durch eine Unwetterkatastrophe betroffenen Gebiete des Landkreises Marktheidenfeld (Beilage 4163).

Zur Berichterstattung über die Beratungen des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (Beilage 4222) erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Hettrich.

Hettrich (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft hat sich in seiner 63. Sitzung mit einem Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Keller betreffend Hilfsmaßnahmen für die durch eine Unwetterkatastrophe betroffenen Gebiete des Spessarts (Beilage 4149) und einem etwa gleichlautenden Antrag des Herrn Abgeordneten Kraus betreffend Hilfsmaßnahmen für die durch eine Unwetterkatastrophe betroffenen Gebiete des Landkreises Marktheidenfeld (Beilage 4163) befaßt, in denen die Staatsregierung ersucht wird, den durch Unwetter schwer betroffenen Gebieten, insbesondere der Gemeinde Altenbuch, die nötige finanzielle Hilfe zuteil werden zu lassen. Berichterstatter war meine Wenigkeit, Mitberichterstatter der Herr Abgeordnete Frühwald.

Der Berichterstatter unterstützte den Antrag und schlug vor, das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten möge aus seinem Katastrophenfonds auf Grund von Anträgen, die von den zuständigen Behörden geprüft werden, Mittel für die betroffenen Gebiete zur Verfügung zu stellen. Der Antrag des Mitberichterstatters ging in derselben Richtung. Ministerialrat Müller teilte mit, das Landwirtschaftsministerium habe schon von sich aus finanzielle Hilfe gewährt.

Der Ausschuß stimmte den beiden Anträgen einstimmig zu. Ich bitte das Hohe Haus; diesen Beschlüssen beizutreten.

Präsident Dr. Hundhammer: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wir stimmen ab. Wer den Ausschußvorschlägen die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten. — Es ist einstimmig im Sinne der Ausschußvorschläge beschlossen.

Ich rufe auf:

Antrag des Abgeordneten Haas betreffend Verbleib der staatlichen Hufbeschlagschule in Nürnberg (Beilage 3805).

Über die Beratungen des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (Beilage 4107) berichtet der Herr Abgeordnete Falk; ich erteile ihm das Wort.

Falk (FDP), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auf Beilage 3805 hat der Herr Kollege Haas folgenden Antrag eingebracht:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird beauftragt, die staatliche Hufbeschlagschule in Nürnberg zu belassen.

Der Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft hatte sich mit dieser Angelegenheit schon einmal beschäftigt, da seinerzeit ein Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Schönecker vorlag, die Hufbeschlagschule nach Ansbach zu verlegen. Damals stellte sich das Plenum des Landtags auf den Standpunkt, diese Angelegenheit sei Sache der Exekutive und nicht der Legislative, weshalb der Herr Abgeordnete Dr. Schönecker seinen Antrag

zurückzog. Auf den gleichen Standpunkt hat sich der Ausschuß neuerdings gestellt und mit dieser Begründung nach Vorschlag der beiden Berichterstatter den Antrag mit 11 gegen 3 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt. Ich bitte, dem Ausschußantrag stattzugeben.

Präsident Dr. Hundhammer: Zum Wort ist gemeldet der Herr Abgeordnete Haas; ich erteile ihm das Wort.

Haas (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben vom Herrn Berichterstatter gehört, daß der Antrag nicht deshalb abgelehnt wurde, weil man ihn vielleicht für unzweckmäßig hielt, sondern weil man glaubte, es handle sich allein um eine **Angelegenheit der Exekutive**. Ich habe den Ausschußberatungen beigewohnt und dabei festgestellt, daß die Haltung der Ausschußmitglieder sehr geteilt war und daß die Kollegen eigentlich nicht wußten, wie sie sich entscheiden sollten. Erst als festgestellt wurde, daß es nicht Sache des Landtags wäre, hier eine Entscheidung zu treffen, hat man eine konsequentere Haltung eingenommen.

Ich halte es aber doch für notwendig, auch in diesem größeren Rahmen einiges dazu zu bemerken. Die **Hufbeschlagschule** in Nürnberg ist mit großem Idealismus **von der Handwerkskammer und von den Schmieden in Nürnberg aufgebaut** worden. Die Schmiede haben beträchtliche Mittel in diese Hufbeschlagschule investiert, obwohl sie eine staatliche Angelegenheit ist. Man hat von überall die Geräte zusammengetragen, hat die Schule aufgebaut und nun ist aus irgendwelchen Gründen, auf die ich noch zu sprechen komme, einfach der Gedanke aufgetaucht, diese Hufbeschlagschule von Nürnberg wegzuverlegen. Zunächst möchte ich noch feststellen, daß, bevor dieser Antrag eingereicht wurde, keine der Innungen und auch nicht die Handwerkskammer gefragt worden sind, ob sie für die Verlegung der Hufbeschlagschule von Nürnberg nach Ansbach sind. Es hat sich nachher herausgestellt, daß fast sämtliche Innungen — es wurde mir eben mitgeteilt, daß die Ansbacher Innung dagegen sei — für die Beibehaltung der Hufbeschlagschule in Nürnberg sind. Ich darf ausführen, daß sich auch der Landesverband der Handwerkskammern energisch gegen die Verlegung der Schule von Nürnberg nach Ansbach gewehrt hat.

Warum hat man diesen Antrag überhaupt eingebracht? Es bestand damals **Gefahr für das Gestüt in Ansbach** und die Herren Antragsteller glaubten, man könnte das Gestüt in Ansbach leichter halten, wenn man auch noch die Hufbeschlagschule dorthin bekäme. Man hat verschiedene Gründe angegeben: Dort sei ein staatliches Gebäude und es käme in Ansbach billiger. Aber ich möchte doch darauf hinweisen, daß unterdessen der Landtag großzügig entschieden hat, daß das Gestüt in Ansbach erhalten bleibt, so daß also der Antragsgrund, der in der Hauptsache vorhanden war, nämlich das Gestüt in Ansbach zu erhalten, vollkommen in Wegfall kommt. Ich möchte doch

(Haas [SPD])

darum bitten, daß man den **Idealismus**, der in Nürnberg zum Aufbau dieser Schule aufgewendet worden ist, nicht auf diese Weise nun belohnt. Es wird behauptet, daß ja in Ansbach dieselben Voraussetzungen seien wie in Nürnberg. Demgegenüber möchte ich aber darauf hinweisen, daß von allen Beteiligten gewünscht wird, daß die Hufbeschlagschule in Nürnberg bleibt, schon allein aus verkehrstechnischen Gründen, weil Nürnberg immerhin ein Verkehrszentrum ist, während man sonst von Nürnberg aus noch extra — das größere Gebiet für diese Hufbeschlagschule liegt ja oberhalb von Nürnberg — nach Ansbach fahren müßte. Außerdem ist den Teilnehmern an der Hufbeschlagschule in Nürnberg die Möglichkeit gegeben, die Zeit besser auszunützen durch Beschäftigung der Lehrlinge im Schweißen usw.

(Zuruf: Ansbach!)

— Hier handelt es sich um ein Volksbildungswerk, bei dem keine Gewähr dafür gegeben ist, Herr Kollege Mack, daß während der Schulzeit auch Schweißkurse usw. stattfinden. Die Voraussetzungen sind in Nürnberg auf jeden Fall schulisch viel besser; außerdem sind Betriebsbesichtigungen und dergleichen für die Schmiede von außerordentlicher Bedeutung. Diese Möglichkeit sollte ihnen in Nürnberg erhalten bleiben.

Ich möchte deshalb das Hohe Haus bitten, obwohl ich weiß, daß das Landwirtschaftsministerium bereits eine Verfügung herausgegeben hat, die zunächst noch zurückgehalten wird, sich ernsthaft zu überlegen, ob man hier, wenn man diesen Weg geht, nicht einen **Schildbürgerstreich** begeht; denn in Nürnberg würde die Verlegung der Hufbeschlagschule nach Ansbach als Schildbürgerstreich bezeichnet werden. Die Zeitungen haben in dieser Weise bereits dazu Stellung genommen. Außerdem haben wir die Sache im Haushaltsausschuß aufgegriffen und festgelegt — es war bereits Ansbach eingefügt —, daß nun wieder Nürnberg als Sitz der staatlichen Hufbeschlagschule gilt.

Obwohl die Exekutive darüber zu entscheiden hat, möchte ich, da sich der Landtag schon dreimal in einem Ausschuß mit dieser Frage beschäftigt hat, doch bitten, einen günstigen Entscheid für die Beibehaltung der Hufbeschlagschule in Nürnberg herbeizuführen.

Präsident Dr. Hundhammer: Es folgt als Redner der Herr Abgeordnete Dr. Schönecker.

Dr. Schönecker (BP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich den Eindruck verwischen, daß ich vielleicht aus Lokalpatriotismus für Ansbach spreche. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß der **Landwirtschaftsausschuß** sich zunächst **einstimmig** dafür ausgesprochen hat, die Schule nach Ansbach zu verlegen. Die Angelegenheit ist aber nicht durch einen persönlichen Antrag aufgegriffen worden; vielmehr hat sich das **Landwirtschaftsministerium** vor einem Jahr dazu entschlossen, die Schule von Nürnberg nach Ansbach

zu verlegen. Ich bin überzeugt, daß das Landwirtschaftsministerium die Gründe, die dafür sprechen, eingehend geprüft hat. Damals ist das Ministerium an die Stadt Ansbach mit dem Wunsch hergetreten, sie möchte dafür sorgen, daß drei Wohnungen, die in dem vorgesehenen Gebäude belegt waren, frei gemacht werden. Die Stadt Ansbach hat unter Aufwand von einigen tausend Mark dies getan. Dann kam der Antrag, von der Verlegung abzusehen.

Ich möchte mich hier auf einige sachliche Gründe beschränken. Ob nun die Schmiedeinnung gerade die maßgebende Organisation ist, die darüber zu entscheiden hat, möchte ich bezweifeln. Im übrigen steht die Schmiedeinnung nicht geschlossen hinter dem Antrag des Abgeordneten Haas. Denn die **Schmiedeinnung von Ansbach** hat sich sogar schriftlich an das Ministerium gewandt und erklärt, sie befürworte dringend die Verlegung nach Ansbach. Was für Ansbach gilt, gilt auch für Nürnberg. Damit kann man schließlich keinen Beweis führen.

(Zurufe)

— Die Schmiedeinnung von Nürnberg vielleicht, aber die Schmiedeinnung von Ansbach ist anderer Meinung. Jedenfalls ist sie für diese Gegend genau so maßgebend. Der Schmiedeinnungsverband von Bayern hat damit vielleicht sehr wenig zu tun.

Wenn nun behauptet wird, Nürnberg sei zentral gelegen und besser zu erreichen, so dürfte es sehr lange her sein, daß Nürnberg besser zu erreichen war als Ansbach.

(Widerspruch)

Ansbach liegt zumindest zentral in Mittelfranken.

(Abg. Haas: Rosenheim ist auch besser zu erreichen als München!)

— Nach Rosenheim gehen die Ansbacher nicht und die Nürnberger nicht. — Wenn der Osten nach Nürnberg näher hat, so hat der Westen nach Ansbach näher. Das wird sich immer ausgleichen.

Aber es gibt noch einige andere sachliche Gründe. Wenn behauptet wird, in Ansbach könne die **Meisterprüfung** nicht abgelegt werden, so ist das nicht richtig. Es ist bekannt, daß in Ansbach genau so alle Meisterprüfungen abgelegt werden wie in Nürnberg. Wenn zu einer Prüfung vielleicht ein oder zwei Herren von Nürnberg nach Ansbach fahren, ist es immer noch besser, als wenn eine ganze Schule von Ansbach nach Nürnberg fährt.

Wenn nun behauptet wird, es sei in Ansbach nicht möglich, daß die Schüler nebenbei das Schweißen, die Buchführung oder sonstige Dinge erlernen, so sind derartige Einrichtungen in Ansbach genau so vorhanden wie in Nürnberg, vielleicht noch besser.

Nun ist sogar behauptet worden, in Ansbach sei nicht genügend Pferdmaterial vorhanden; das könne man nur in Nürnberg haben, weil dort die Pferde auf dem Pflaster ihre Hufe schief treten und deshalb ein **geeignetes Lehrmaterial** seien. Ich glaube, daß in Ansbach die Pferde auch nicht auf dem Parkett gehen, sondern genau so auf dem

(Dr. Schönecker [BP])

Pflaster. Außerdem stehen die Pferde des Gestüts zur Verfügung; das sind mehr, als in Nürnberg zur Verfügung gestellt werden können.

Wenn nun von **Einsparung** gesprochen wird, so ist Tatsache, daß in Nürnberg die Schule in einem gemieteten Gebäude untergebracht ist und jährlich 10 000 bis 12 000 DM für die Miete der Schule aufgebracht werden müssen. In Ansbach steht ein **staatseigenes Gebäude** zur Verfügung, und es ist nicht einzusehen, warum man ein Gebäude für eine Schule mieten soll, wenn ein geeignetes staats-eigenes Gebäude vorhanden ist. Auf anderen Gebieten wird das genau so sein. Es wird noch weiter eingespart werden können; denn bei Verlegung nach Ansbach kann das Landgestüt zum Beispiel einen Beschlagschmied einsparen. Beim Landgestüt können auch die **Tierärztkosten** eingespart werden, weil der Leiter der Hufbeschlagschule die tierärztliche Überwachung des Landgestüts mit übernehmen kann. In Nürnberg ist in der gemieteten Schmiede kein ausreichender **Raum für die Schule vorhanden**. Eine Erweiterung ist auch nicht möglich.

(Abg. Haas: Kann alles geschehen!)

In Ansbach ist es ohne weiteres möglich, in dem Gebäude moderne Unterrichts- und Lehrräume zu schaffen und genügend Lehrräume einzubauen. Und es besteht die Möglichkeit, sogar die Schüler unterzubringen und das wird sicher sehr viel wert sein. In Nürnberg dürfte das erheblich schwerer sein.

(Abg. Haas: Das ist alles geregelt!)

Dann könnte der Leiter der Hufbeschlagschule ebenso wie der Lehrschnied in Ansbach durch die **Verbindung mit dem Landgestüt und der Pferdezüchtinspektion** verstärkt zur Beratung der Schmiede und Pferdezüchter und -halter und zur Hufbeschlagsbewertung bei Hengsten und zu Stutenkörnungen, die in Ansbach stattfinden, und bei Prämierungen herangezogen werden. Das sind ohne Zweifel sehr viel sachliche Gründe. Das Ministerium wird sie sicherlich eingehend geprüft haben. Ich halte es daher nicht für richtig, dem Antrag stattzugeben, die Verlegung zu unterlassen. Das Ministerium war bereits entschlossen. Es hat sich nicht umsonst an die Stadt gewandt, die Voraussetzungen wegen der Wohnungen zu schaffen. Daher erscheint die Verlegung sehr zweckmäßig.

(Abg. Donsberger: Ich habe andere Mitteilungen!)

Präsident Dr. Hundhammer: Hohes Haus! Zu der Frage sind jetzt noch drei Redner gemeldet. Ich bitte zuzustimmen, daß ich die Rednerliste schließe. — Das Hohe Haus ist damit einverstanden. Die Rednerliste ist geschlossen. Es erhält zunächst das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Eberhardt.

Dr. Eberhardt (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was ich zu sagen habe, ist ganz kurz. Ich bin weder Ansbacher noch Nürnberger, weder Pferdezüchter noch Mitglied der Schmiede-

innung. Aber ich möchte die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses darauf lenken, daß die Frage, die wir diskutieren, vom **Obersten Rechnungshof** in seinem Bericht über das Rechnungsjahr 1950 auf Seite 55 sehr eingehend behandelt ist. Dort befaßt sich der Oberste Rechnungshof mit den Gestüts-ämtern in Ansbach und Landshut und kommt zum Ergebnis, daß das Gestütsamt Ansbach, wenn schon von Sparsamkeit im Staat überhaupt soll gesprochen werden können, demnächst zu verschwinden habe. Er sagt im Zusammenhang damit:

Der Oberste Rechnungshof würde es in diesem Zusammenhang daher für verfehlt halten, wenn die in Aussicht genommene Verlegung der Hufbeschlagschule von Nürnberg nach Ansbach durchgeführt würde. Eine Verwirklichung dieser Absicht würde bei der im Hinblick auf die Finanzlage nicht zu umgehenden Auffassung wenigstens des Gestütsamts Ansbach eher hinderlich als förderlich sein.

Ich wollte das Hohe Haus auf diese objektive Beurteilung hinweisen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Hundhammer: Es folgt der Herr Abgeordnete Schmid Karl als Redner.

Schmid (CSU): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren! In Nürnberg geht manchmal die Rede, die Landeshauptstadt München habe für Nürnberg oder andere Städte in Bayern nicht viel übrig. Ich möchte jetzt das Gegenteil beweisen, indem ich mit allem Nachdruck dafür ein-trete, daß die Hufbeschlagschule in Nürnberg bleibt,

(Beifall)

und zwar deshalb, weil es sich bei der Hufbeschlagschule nicht so sehr um die Pferde handelt, sondern um die Leute, die das Beschlagen lernen sollen, das **Schmiedehandwerk**. Nachdem der Landesverband des Schmiedehandwerks, wie Kollege Haas schon angeführt hat, die Hufbeschlagschule nach dem Zusammenbruch mitaufgebaut hat, wäre es ein Akt der Undankbarkeit, wenn man sie Nürnberg jetzt wegnehmen würde.

(Sehr gut!)

Was nüchterne Gründe der Ersparnis anlangt, so habe ich das Gefühl, daß es sich nicht um weltbewegende Summen handeln kann, sofern dabei überhaupt Ersparnisse erzielt werden.

Meiner Rede kurzer Sinn ist also: Ich bitte Sie, dafür einzutreten, daß die Hufbeschlagschule in Nürnberg bleibt.

Präsident Dr. Hundhammer: Es folgt der Herr Abgeordnete Mack.

Mack (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als Ansbacher mußte ich mich auch zum Wort melden. Ich möchte folgendes sagen: Mir scheint die Frage des Landgestüts und der Hufbeschlagschule eine **Prestigefrage** für Nürnberg und Ansbach zu sein. Im Landwirtschaftsausschuß war man sich ohne Kampf klar und einig, daß die

(Mack [CSU])

Zweckmäßigkeitsgründe für Ansbach sprechen. Der Herr Kollege Dr. Schönecker hat sie ja alle angeführt. Kollege Haas sagte wohl, Nürnberg habe sehr viel für die Hufbeschlagschule getan. Ich weiß nicht, was Nürnberg getan hat. Die Hufbeschlagschule ist ja heute noch in gemieteten Räumen. Ist das wohl eine Tat, wenn Nürnberg einen Raum an den Staat vermietet, vielleicht durch eine dritte Person? Ich bin der Auffassung, daß man hier doch nicht zwischen den beiden Städten einen solchen Gegensatz aufreißen sollte. In Nürnberg hat es wohl Pferde gegeben. Das steht fest. Aber heute sieht man fast keine Pferde mehr.

(Widerspruch bei der SPD)

Wenn Sie aber mit dem Fahrzeug nach Ansbach hinaufkommen, dann sehen Sie auf der Straße noch sehr viele Pferde. In Nürnberg, kann ich mir vorstellen, gibt es nur noch „blecherne Pferde“. Die wird es in großem Maße in Nürnberg geben. Es ist eine Prestigefrage, die wir hier zu erledigen haben.

Nun aber zur praktischen Seite: Tatsächlich hat der Oberste Rechnungshof damals wohl eine Meinung vertreten. Wir wissen ja, wie der Oberste Rechnungshof zu fürchten ist. Er hat gesprochen, ohne daß er die Meinung des Landwirtschaftsausschusses respektiert hat; er hat also nur vorher eine Meinung kundgetan. Nachher war man sich darüber einig, daß das Landgestüt doch in Ansbach bleiben soll. Eines steht fest — nun rufe ich die Nürnberger wieder als Mannschaft auf —: Wir Nordbayern wollen doch auch noch ein Gestüt haben. Die Pferde wollen wir behalten; die sollen nicht nur in Oberbayern gehalten werden, so daß das Landgestüt in Ansbach auch für die kommende Zeit eine Daseinsberechtigung hat. Wenn man dann noch die Hufbeschlagschule dazunimmt, wird es eine gute Sache werden. Die zwei oder drei Herren, die dort tätig sind, wird man noch unterbringen. Ein Tierarzt ist im Landgestüt sowieso vorhanden, und die Pferde, die am Landgestüt gehalten werden, zeigen die verschiedensten Variationen, so daß die Hufbeschlagschüler dort gut eingeführt werden können.

Ich hätte schon darum gebeten, der praktischen Sache Verständnis entgegenzubringen und in dieser Prestigefrage Ansbach-Nürnberg nicht mit der plumpen Stimmenmehrheit zu entscheiden. Ich fürchte mich nicht vor dieser Abstimmung, aber ich habe schon eine gewisse Ahnung. Ich habe den Eindruck, daß ich noch einmal an die Vernunft der einzelnen appellieren muß.

(Oho-Rufe)

— Gibt es keine Vernunft mehr?! Ich nehme es doch an, und in diesem Hause erst recht. Ich hoffe, daß Sie dem kleinen Ansbach helfen. Ich möchte schließlich die FDP aufrufen, die in Mittelfranken außerordentlich stark landwirtschaftlich interessiert ist. Sie soll sich daran erinnern, daß sie eine Aufgabe zu erfüllen hat. Ich möchte Sie noch einmal auffordern, bei dieser Abstimmung das Richtige zu wählen.

Präsident Dr. Hundhammer: Die Aussprache ist geschlossen; wir kommen zur Abstimmung. Der Antrag lautet:

Die Staatsregierung wird beauftragt, die staatliche Hufbeschlagschule in Nürnberg zu belassen.

Der Ausschuß schlägt vor, diesen Antrag abzulehnen. Wer im Sinne des Ausschußvorschlages für Ablehnung stimmt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Die Abstimmung ist unklar; es muß namentlich abgestimmt werden.

(Heiterkeit)

Für die Abstimmung bitte ich folgendes zu beachten: Wer dem Ausschußvorschlag auf Ablehnung des Antrags Haas zustimmt, nimmt die blaue Karte, wer den Ausschußvorschlag ablehnen will, die rote.

Die Abstimmung beginnt. —

(Nach dem Aufruf von Dr. Ehard) Ich unterbreche einen Augenblick die Abstimmung. Es sind anscheinend doch noch Zweifel gewesen. Ich betone ausdrücklich: Wer mit rot stimmt, stimmt in dem Fall für Nürnberg, wer blau stimmt, stimmt für Ansbach. —

Das Alphabet wird wiederholt. —

Die Abstimmung ist geschlossen.

Ich schlage vor, daß bis zur Feststellung des Abstimmungsergebnisses noch die Punkte 12 a und 12 b der Tagesordnung — in beiden Fällen liegen einstimmige Ausschußvorschläge vor — vorweg erledigt werden. — Das Hohe Haus ist damit einverstanden.

Ich rufe auf:

Antrag der Abgeordneten Donsberger, Dr. Fischer und Dr. Schubert betreffend Einbeziehung der Lehrer höherer Schulen in den unter § 6 des Dritten Besoldungsänderungsgesetzes fallenden Personenkreis (Beilage 4120).

Den Bericht über die Beratungen im Ausschuß für Besoldungsfragen (Beilage 4220) erstattet der Herr Abgeordnete Walch; ich erteile ihm das Wort.

Walch (SPD), Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Besoldungsfragen hat sich in seiner 46. Sitzung am 8. Juni 1953 mit dem eben angeführten Antrag der Abgeordneten Donsberger, Dr. Fischer und Dr. Schubert beschäftigt, der Ihnen auf Beilage 4120 vorliegt. Berichterstatter war meine Wenigkeit, Mitberichterstatter der Herr Kollege Engel.

Als Berichterstatter bat ich, den Antrag mit Rücksicht auf die Eingaben von Lehrern anderer Schulgattungen, wie der Mittelschullehrer und Realschullehrer, deren Berechtigung durchaus anzuerkennen sei, auf die Lehrer aller Schulgattungen außer den Volksschulen auszudehnen. Dies könne in der Form geschehen, daß man alle in Frage kommenden Schulgattungen in Klammern beifügt.

(Walch [SPD])

Da dies keinerlei Widerspruch hervorrief, waren es dann die Kollegen Donsberger und Eberhardt, die sagten, daß eine namentliche Aufzählung überflüssig sei, wenn man zu folgender Fassung käme:

Die Staatsregierung wird ersucht, außer den Lehrern an Volksschulen auch die Lehrer der anderen Schularten einschließlich der fachlichen Schulaufsichtsbeamten in Bayern in den Kreis der unter § 6 Ziff. 3 des Dritten Bundesgesetzes zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts vom 27. März 1953 (BGBl. I S. 81) fallenden Personen einzubeziehen.

Dieser Antrag fand die einstimmige Billigung des Ausschusses, und ich bitte Sie, ebenfalls zuzustimmen.

Präsident Dr. Hundhammer: Wer dem Ausschlußvorschlag die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten. — Stimmenthaltungen? — Der Ausschlußvorschlag ist vom Plenum einstimmig gebilligt.

Ich rufe auf

Antrag der Abgeordneten Dr. Fischer, Donsberger und Ortloph betreffend Verbesserung der Besoldung der Richter und Staatsanwälte (Beilage 4145).

Den Bericht über die Beratungen im Ausschuß für Besoldungsfragen (Beilage 4221) erstattet der Herr Abgeordnete Dr. Eberhardt. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Eberhardt (FDP), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auf Beilage 4145 ist der von Dr. Fischer zusammen mit seinen Kollegen Donsberger und Ortloph gestellte Antrag wegen Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten und der Besoldung der Richter und Staatsanwälte abgedruckt. Der Besoldungsausschuß hat sich mit dieser Frage befaßt und ist einstimmig zu der auf Beilage 4221 im Druck niedergelegten Fassung des Antrags gekommen, die dahin geht:

Die Staatsregierung wird ersucht, die infolge geringerer Beförderungsmöglichkeiten bestehende Benachteiligung eines Teiles der bayerischen Richter und Staatsanwälte durch Schaffung neuer Beförderungsstellen im nächsten Haushalt zu beseitigen und um eine allgemeine Verbesserung der Besoldung der Richter und Staatsanwälte bemüht zu sein.

Dieser Antrag wurde im Ausschuß einstimmig angenommen, und ich bitte das Plenum, ebenso zu beschließen.

Präsident Dr. Hundhammer: Wer dem Ausschlußvorschlag die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Der Ausschlußvorschlag ist einstimmig gebilligt.

Ich gebe nunmehr das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Ziffer 11 b der Tagesordnung bekannt.

An der Abstimmung haben sich 156 Abgeordnete beteiligt. Mit Ja stimmten 62 Abgeordnete, mit Nein 61

(Heiterkeit)

und mit „Ich enthalte mich“ 33.

Der Antrag hatte gelaute:

Die Staatsregierung wird beauftragt, die staatliche Hufbeschlagschule in Nürnberg zu belassen.

Der Ausschuß hatte vorgeschlagen, den Antrag abzulehnen. Der Ablehnungsantrag ist vom Plenum gebilligt worden.

Mit Ja stimmten die Abgeordneten:

Dr. Ankermüller, Bachmann Georg, Bachmann Wilhelm, Bantele, Baur Leonhard, Bielmeier, Drexler, Eisenmann, Elsen, Engel, Ernst, Falk, von Feury, Dr. Fischbacher, Dr. Fischer, Gärtner, Gaßner Alfons, Gaßner Wilhelm, Dr. Geiselhöringer, Greib, Dr. Guthsmuths, Haisch, Helmerich, Hettrich, Höllerer, Hofmann Engelbert, Karl, Kerber, Klotz, Kotschenreuther, Kraus, Krehle, Dr. Lacherbauer, Lallinger, Lang, Lanzinger, Lechner, Dr. Lenz, Lutz, Mack, Mergler, Michel, Mittich, Nerlinger, Ortloph, Ostermeier, Pfeffer, Piechl, Pösl, Puls, Roßmann, Saukel, Seibert, Schmidramsl, Dr. Schönecker, Schuster, Stegerer, Strohmayr, Dr. Sturm, Ullrich, Weinhuber, Dr. Weiß.

Mit Nein stimmten die Abgeordneten:

Bauer Hannsheinz, Baur Anton, Beier, Bezold, Bitom, Dr. Brücher, Dr. Bungartz, Demeter, Dietl, Drechsel, Donsberger, Dr. Eberhardt, Euerl, Falb, Förster, Dr. Franke, Frenzel, Frühwald, Gabert, Gräßler, Hagen Lorenz, Haas, Hauffe, Heigl, Hillebrand, Högn, Dr. Hoegner, Kiene, Klammt, Dr. Korff, Kramer, Krüger, Kunath, Laumer, Lindig, Loos, Maag, Müller, Nagengast, Narr, Op den Orth, Ospald, Piper, Pittroff, Prandl, Rabenstein, Scherber, Schmid, Schreiner, Sebald, Seifert, Dr. Seitz, Sichler, Stain, Stöhr, Strobl, Thieme, Walch, Weishäupl, Wimmer, Zietsch.

Mit Ich enthalte mich stimmten die Abgeordneten:

Bauer Georg, Dr. Becher, Dotzauer, Dr. Eckhardt, Eichelbrönner, Elzer, Geiger, Hadasch, von Haniel-Niethammer, Dr. Dr. Hundhammer, Dr. Keller, von Knoeringen, Köhler, Dr. Kolarczyk, Luft, Meixner, Dr. von Prittwitz und Gaffron, Riediger, Dr. Schedl, Dr. Schier, Dr. Schlögl, Dr. Schubert, Simmel, Dr. Soenning, Strenkert, Dr. Strosche, Thanbichler, Thellmann-Bidner, Wölfel, Wolf Hans, Dr. Wüllner, Zehner, Zillibiller.

Ich schlage vor, die Sitzung jetzt zu beenden, da eine Koalitionsbesprechung anberaumt ist. Wir fahren in der Tagesordnung morgen früh 9 Uhr weiter, und zwar mit der Aussprache über den Forstetat.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 18 Uhr 8 Minuten)